

Inhalt

Aus Geschichte und Kulturgeschichte

- Die Krückau – „Problemfluss“ oder Lebensader einer Industriestadt
Von Peter Danker-Carstensen 3

Berichte und Mitteilungen

- Der Arbeitskreis für Wirtschafts- und Sozialgeschichte
Schleswig-Holsteins im Jahr 2010
Von Klaus-J. Lorenzen-Schmidt 18

- Klöster, Stifte und Konvente nördlich der Elbe
Von Katja Hillebrand und Marina Loer 20

- Privatarchiv des Politikers Adolph v. Moltke im Landesarchiv
Von Bettina Dioum 25

- Buchpräsentation:
Schleswig-Holsteinische Identitäten von Knud Andresen
Von Frank Lubowitz 27

Museen, Institutionen, Ausstellungen

- Der Jersbeker Gutspark – Konzept für eine moderne Vermarktung
und Besucherinformation
Von Burghard von Hennigs 30

Diskussion

- Erklärungen und Einsendungen zum Beitrag von
Dr. Jan Schlürmann zum Idstedt-Löwen, MGSHG 79, Okt. 2010 38

- Diskussionsbeiträge zur neuen Ausstellung im
Marine-Ehrenmal Laboe 76

Neue Forschungsvorhaben

- Reform vor der Reformation: Die Windesheimer und Bursfelder Reformbewegungen
in den Klöstern Holsteins und der Hansestädte Lübeck und Hamburg
Von Marina Loer 85

Hinweise

Erinnerung an die Exkursionen im Jahre 2011	90
811-2011 – 1200 Jahre deutsch-dänische Grenze. Aspekte einer Nachbarschaft Fachtagung des Lehrstuhls für Nordeuropäische Geschichte in Kiel vom 13.-15. Mai 2011	92
1111-2011: 900 Jahre Belehnung des Hauses Schauenburg mit Holstein und Stormarn Landesgeschichtliche Tagung in Itzehoe am 4. Juni 2011	97
Themen und Tendenzen der Regionalgeschichtsforschung Kolloquium im Historischen Seminar der Universität Kiel	99
Herausforderung Landesgeschichte Landesgeschichtliche Vortragsreihe des SHHB	101
Vortragsreihe im Nordfriisk Instituut 2011 (21. Nordfriesisches Sommer-Institut)	101

Mitteilungen des Vorstandes

Protokoll der ordentlichen Mitgliederversammlung der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte in der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek in Kiel am 23. November 2010	103
Einladung zur Mitgliederversammlung am 2. Juli 2011 in Kiel	105
Bericht über die Tätigkeit der Gesellschaft im Jahre 2010	108
Bericht des Rechnungsführers	111
Preis der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 2012	113
Verstorbene Mitglieder	114
Neue Mitglieder	114
Mitarbeiter des Heftes	115
Bildquellen	115

Die Krückau – „Problemfluss“ oder Lebensader einer Industriestadt

Am 18. und 19. Februar 2011 veranstaltete das Museum für Hamburgische Geschichte zusammen mit dem Arbeitskreis für Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins und dem Hamburger Arbeitskreis für Regionalgeschichte eine Tagung unter dem Titel „Leben am Wasser: Flüsse in Norddeutschland“. Während dieser Tagung präsentierten über 20 Fachleute aus ganz Norddeutschland ihre Forschungsergebnisse. Die Vorträge werden sowohl in den „Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins“ als auch in der „Schriftenreihe des Landschaftsverbandes der ehemaligen Herzogtümer Bremen und Verden“ im nächsten Jahr publiziert.

Der vorliegende Aufsatz ist ein Auszug aus dem Beitrag von Peter Danker-Carstensen über die Krückau und deren vielfältige Einflüsse auf die Stadt Elmsborn.

Von der Quelle bis zur Mündung – Nebenflüsse und Flussbegradigungen

Die Krückau ist ein rechtsseitiger Nebenfluss der Elbe, rund 37 km lang und entspringt südlich von Kaltenkirchen im ehemaligen Gut Kaden im Kisdorfer Wohld, Kreis Segeberg. Die Quelle liegt 28,6 m über Normal Null (NN). Der Fluss wird von den Nebenflüssen bzw. Bächen Höllenbek, Ekholter Au sowie Offenau und Kaltenweiderau sowie unterhalb Elmsborns von den Flamwettern und Bauerndeichswettern gespeist und fließt in

*Die Krückau
als Bach in der
Gemeinde
Langeln,
Krs. Pinneberg.*



westlicher Richtung zur Elbe. Der schiffbare Unterlauf der Krückau vom Elmshorner Hafen bis zur Mündung in die Elbe hat eine Länge von 11 km und ist als Bundeswasserstraße eingestuft, auf der die Seeschiffahrtsstraßenordnung gilt. Mit ihren Nebenflüssen, Bächen und Gräben entwässert die Krückau ein Gebiet von rund 270 km².

Das Flussbett, besonders das des Unterlaufes hat sich immer wieder verändert. So gab es bis ins 19. Jahrhundert hinein im heutigen Elmshorner Stadtgebiet, aber auch unterhalb Elmshorns zahlreiche Flussschleifen, die für die Schifffahrt auf dem Fluss ein ständiges Problem darstellten. Die Beseitigung bzw. Begradigung dieser Schleifen war für 200 Jahre das bestimmende Thema, wenn von der Krückau und Elmshorn die Rede war. Der heutige Verlauf des Flusses ist das Ergebnis von zahlreichen Begradigungen und Kanalisierungen, die bis ins 20. Jahrhundert hinein vorgenommen wurden. Im heutigen Elmshorner Stadtgebiet folgte der Fluss ursprünglich dem Verlauf des später *Schlangenu* genannten Nebenarms, querte den Mühlendamm, floss als *Alte Au* genannt durch die heutigen Steindammwiesen, folgte westlich des Bahndammes dem Verlauf der Hafensbahn und erreichte ungefähr in Höhe der Deichstraße wieder das heutige Flussbett. Unterhalb Elmshorns befanden sich drei enge Flussschleifen, die ebenfalls im 19. Jahrhundert alle durchschnitten bzw. abgeschnitten wurden.

Auch der Abschnitt der Krückau zwischen Elmshorn und Barmstedt war mehrfachen wasserbaulichen Veränderungen bzw. Begradigungen ausgesetzt. Praktisch der gesamte Oberlauf zwischen den beiden Orten erhielt seit den 1880er Jahren einen begradigten Verlauf.

Durch den Mühlendamm der Rantzauer Wassermühle bei Barmstedt wurde der Fluss aufgestaut und überschwemmte regelmäßig die oberhalb der Schlossinsel(n) gelegenen Wiesen. Dieses niedrige Gelände wurde 1934 bis 1938 durch den Reichsarbeitsdienst (RAD) zu einem See umgestaltet, der nach dem Zweiten Weltkrieg als Rantzauer See mit Gaststätten, Uferpromenade, Bootsverleih und Freibad zum beliebten Naherholungsziel wurde. Der Fluss, nun durch einen schmalen Damm vom See getrennt, wurde in einem neuen Bett südöstlich um den See und die Schlossinsel herum geleitet und ist durch zwei Wehre mit dem See verbunden.

Oberhalb Barmstedts waren die Veränderungen des Flusslaufes ähnlich gravierend, da auch hier der Fluss, der eigentlich einem Bach ähnlich war, auf weite Strecken kanalisiert bzw. begradigt wurde.

Seesterau, Elmshorner Au, Barmstedter Au – Der Fluss und seine Namen

Die Krückau als küstennaher Nebenfluss der Elbe ist geprägt durch die Tide, den stetigen Wechsel von Ebbe und Flut. Die wechselnde Fließrichtung und der Verlauf des Unterlaufes des Flusses durch die nur wenige Dezimeter über Normal Null liegenden Elbmarschen bedingten den bis

ins 19. Jahrhundert sehr verschlungenen Verlauf der Au. Dieser Umstand verhalf dem Fluss zu seinem heutigen Namen Krückau; bis ins 19. Jahrhundert hieß er allgemein *Elmshorner Au* oder *Seester Aue* bzw. *Seesterau*. Der letztere Name leitet sich von den mittelalterlichen bzw. frühneuzeitlichen Namensformen *iuxta fluuium Ciestera* (1141), *Zeistere* (1144) *Ciestre* (1123), *iuxta Ksester* (1223), *de Xesterowe*, *de Zesterowe* (1624), *die Zeester Owe* (1624), *über die Zester-Owe* (1681), *die Seester Aue* (1698) ab. Später lebte der Name *Seester* als Kirchspiel bzw. Kirchort wieder auf. Als Flussname verschwand dieser aber im 17. Jahrhundert. An seine Stelle rückten wegen der zahlreichen Flusskrümmungen die Bezeichnungen *die Krockaw* (1652), *die Krück* (1681), *bey der so genandten Ellmshorner Krücke* (1698), *auf der Ellmshorner Krückau* (1701), *längst der Krück Aue* (1731), *bis an die Elmshörner Aue* (1747), *bey der Elmshorner Krücke* (1764), *an der Elmshörner Aue* (1843), über die *Krückau* (1843). So wurde aus der *Seesterau* die *Elmshorner Aue* und schließlich die *Krückau*. Bei diesen Namensänderungen müssen auch die möglichen Veränderungen des Flusslaufes im Mittelalter in Betracht gezogen werden, die aber quellenmäßig nicht exakt erfasst werden können.

Im Zusammenhang mit den verschiedenen Bezeichnungen des Flusses tauchen auch die Bezeichnung *Crucken* (1373), *hinter der Krücke hinauff* (1699), später *auf der Kruck* oder *bey der Kruck* auf. Damit war meist ein Ankerplatz bzw. ein Lösch- und Ladeplatz an einer der Flussbiegungen gemeint. Der heutige Ortsname *Kruck* am nördlichen Krückauufer geht offensichtlich auf eine der zahlreichen Fluss Schleifen zurück.

Für den Oberlauf des Flusses oberhalb von Barmstedt war auch die Bezeichnung *Längelbeck* (1650) oder *Länglenbeck* (1652) bzw. *Langlerau* (1830) in Gebrauch, die sich alle auf das Dorf Langeln östlich von Barmstedt beziehen. Für den Abschnitt von Barmstedt bis nach Elmshorn war im 19. Jahrhundert die Bezeichnung *Barmstedter Au* gebräuchlich. Im heutigen Elmshorner Stadtgebiet existiert für einen ehemaligen Nebenarm der *Oberau* die volkstümliche Bezeichnung *Schlangenu*, die sich auf einen Flussabschnitt oberhalb der Mühlendamm-Brücke bezieht und heute die Grünanlagen des Elmshorner Freibads umfließt.

Schleifen und Schlick – die problematischen Wasserverhältnisse und die zahlreichen Versuche, diese zu verbessern

Der Verkehrsweg Krückau galt immer als Problem für das Elmshorner Gewerbe, da die Schifffahrt durch die zahlreichen Krümmungen des Flusses, durch unzureichende Wassertiefe und ständige Verschlickung aufgrund der wechselnden Fließrichtung durch die Tide stark eingeschränkt war. „Obgleich die Krückau von Elmshorn bis zur Mündung von jeher für die Schifffahrt benutzt worden ist, so war sie doch früher durchaus keiner Aufsicht unterworfen und es fanden keine Bestimmungen über die Breite und Tiefe

derselben statt“ schreibt Rauert. Da die Probleme zum Teil hausgemacht erschienen, weil „die Landanlieger den schlechten Zustand (...) durch Einbaue und Furten veranlaßt hatten“, wollte man die zuständigen Behörden auffordern, die Schifffahrtshindernisse wegräumen zu lassen. Dies erwies sich aber als sehr schwierig, da der betroffene Flussabschnitt zwischen Elmshorn und der Kruck zu drei verschiedenen Jurisdiktionen bzw. Territorien gehörte, nämlich der Grafschaft Rantzau, der Herrschaft Pinneberg und dem Kloster Uetersen (Flecken Klostersande) und „die verschiedenen Obrigkeiten sich über die Grundsätze für die Beurtheilung dieser Mißbräuche nicht vereinigen konnten“(Rauert). Es wurde daher zunächst einmal eine Kommission aus Vertretern der drei betroffenen Gebiete gebildet, die sowohl eingehende Vorschläge von lokalen Sachverständigen prüfen, als auch eigene Vorstellungen für eine dauerhafte Unterhaltung des Fahrwassers entwickeln sollte. Nach Auffassung der Kommission „war die Versandung der Krückau außer allen Zweifel und es stand zu befürchten, daß die dadurch gehemmte Schifffahrt in einigen Jahren gänzlich aufhören müsse, wenn ihr nicht durch Vertiefung des Flußbettes und Durchstiche der Krümmungen baldigst geholfen werde.“ Vorgeschlagen wurde, „der Au eine Tiefe von 5 ½ Fuß unter ordinärer Fluth bei 23 Fuß Bodenbreite zu geben. Diese Arbeiten wurden zwischen 1827 und 1829 durchgeführt. Die engen Fluss Schleifen unterhalb Elmshorns blieben allerdings bestehen, so dass es zu keiner grundlegenden Änderung der schlechten Fahrwasserhältnisse kam. In den 1830er Jahren wurden die Klagen wieder akut, so dass die Kommission erklären musste, „daß die Au größtentheils in eben so schlechtem Zustand sei, wie vor dem Jahre 1827, und daß der bedeutende Kostenaufwand gänzlich nutzlos sein würde, wenn dem Uebelstande nicht baldigst abgeholfen (...) würde (Rauert).

Die wirtschaftliche Bedeutung des Flusses wie auch die bekannten Probleme erforderten offensichtlich staatliche Regelungen für die Unterhaltung des Flussbettes und für die Benutzung als Wasserweg. So erließ – nach Vorarbeiten seit 1837 – die schleswig-holsteinische Regierung auf Gottorf 1839 die „*Provisorischen Anordnungen zum Behuf der Erhaltung der Schiffbarkeit der Krückau*“. In dieser ersten „Wasserstraßenordnung“ für die Krückau wurde die Oberaufsicht der Rantzauer Administratur, die Feststellung und die Behebung von Mängeln der Elmshorner Kirchspielsvogtei übertragen. Zur ständigen Sicherung der Schiffbarkeit wurde außerdem eine „Schauungs-Commission“ unter Leitung des Elmshorner Kirchspielvogtes eingesetzt, die in regelmäßigen Frühjahrs- und Herbstschauungen den Zustand des Gewässers und seiner Ufer feststellte, Mängel protokollierte und deren Behebung veranlasste. Ein besonders Kapitel befasste sich mit der „Reinigung“ des Flussbettes. Für das jährliche Ausbaggern mit der Muddermaschine (*Modermaschine* bei Rauert) und die Beseitigung von Untiefen galt

das bei einer der ersten Flussbegradigungen 1828 festgestellte Bestick von 5 ½ Fuß Tiefe unter Mittelhochwasser und 23 Fuß Sohlenbreite. Nach diesen Vorgaben wurde der Flusslauf im Herbst 1838 zwischen der Kelting'schen Brücke (heute Wedenkamp) und der Kruck auf die festgelegten Maße gebracht, so „daß man erwarten darf, die Au werde bei gehöriger Aufsicht nicht leicht wieder in einen der Schifffahrt hinderlichen Zustand kommen.“ Diese Erwartungen erfüllten sich allerdings nicht, denn trotz der detaillierten staatlichen Vorgaben unterblieben einschneidende Verbesserungen.

1843 wies der Elmshorner Kirchspieltogt von Fries erneut auf die Notwendigkeit eines Durchstichs der Flussschleifen unterhalb des Ortes hin. Erst dann werde die Krückau ein jederzeit schiffbarer Fluss werden. Auch würden dadurch die immer wieder anfallenden Reinigungskosten erheblich vermindert. Auch von staatlicher Seite wurden die Elmshorner Vorschläge befürwortet und vom königlichen Kanalinspektor Lund 1844 dringend empfohlen. 1847 waren diese Durchstiche aber noch nicht erfolgt. Von einer geregelten Schifffahrt auf der Krückau konnte bis zum Ende der dänischen Verwaltung in den Herzogtümern keine Rede sein.

Dieser für die Entwicklung von Handel und Gewerbe sehr hinderliche Zustand änderte sich erst, nachdem Schleswig-Holstein 1867 zur preussischen Provinz geworden war. Anfang der 1870er Jahre wurde die Regierung in Schleswig auf die schon lange bestehenden Pläne zur Begradigung und Vertiefung der Krückau aufmerksam und ließ eine umfassende Verbesserung des Flussbettes durchführen. Die Verbesserungen waren aber nicht beständiger Natur, denn es kam durch den starken Tidenstrom nach wie vor zu Schlickablagerungen, so dass regelmäßig hohe Kosten für Baggararbeiten anfielen, „welche durch den Ausbau des früher projektierten Binnenhafens hätten erspart werden können“.

Trotz des kontinuierlich steigenden Schiffsverkehrs mit steigenden Umschlagszahlen im Elmshorner Hafen blieben die schwierigen Wasserverhältnisse der Au das größte Problem für die Elmshorner Hafenwirtschaft. Die Tideabhängigkeit und die ständigen Verschlickungen waren einem störungsfreien Schiffsverkehr hinderlich. In den Geschäftsberichten der 1889 gegründeten „Elmshorner Dampfschleppschiffahrts Aktien Gesellschaft“ (EDAG), die auch in den Jahresberichten der Handelskammer zu Altona und in den Verwaltungsberichten der Stadt Elmshorn Eingang fanden, wird immer wieder beredete Klage über die Verschlechterung der Fahrwasserverhältnisse geführt. Dadurch hätten die Schiffe oft tagelang auf günstigeren Wasserstand warten müssen, „wodurch den Unternehmern viel Verdienst verloren ginge“. Kurzfristige deutliche Rückgänge im Schiffs- bzw. Güterverkehr des Elmshorner Hafens, wie 1904 und 1905, wurden zumeist mit den misslichen Fahrwasserverhältnissen erklärt. Zudem wurde vermerkt, dass der durchschnittliche Raumgehalt der ein- und auslaufenden Schiffe,

der in anderen Häfen stetig zu wachsen pflegte, in Elmshorn zurückgegangen sei. Nicht einmal die sonst in der kleinen Küstenschifffahrt und in der Flussschifffahrt üblichen Fahrzeuge könnten auf der Krückau mit einer genügenden Fahrwassertiefe rechnen. An eine Vergrößerung der Schiffsgefäße, die den Anforderungen des Verkehrs entsprechen würden und im Interesse der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit von Handel und Industrie in Elmshorns notwendig wären, sei unter den obwaltenden Verhältnissen gar nicht zu denken. Dies wäre nur dann möglich, wenn die Krückau erneut begradigt und vertieft würde.

Die Diskussionen über die schlechten Schifffahrtsverhältnisse auf der Krückau hielten auch im 20. Jahrhundert an. Es gab viele gutgemeinte Pläne und Ratschläge, wie diesem Problem beizukommen wäre. Ein Beschluss bzw. eine Entscheidung kam jedoch nicht zustande. Die Diskrepanz zwischen den erkannten Problemen und der mangelnden Entscheidungsfreude der Elmshorner Kommunalpolitiker lässt sich aus den Geschäftsberichten der EDAG herauslesen. 1902 heißt es hierzu u.a.: „Die Verbesserung des Fahrwassers der Krückau und des Hafens, Vertiefung, Begradigung und Einschleusung bei Spiekerhörn sind Projekte, welche schon Jahre die Elmshorner Geschäftswelt in Atem halten und auch schon wiederholt Gegenstand der Beratungen der städtischen Kollegien gewesen sind. (...) Die Durchführung des notwendigen Projektes übersteigt die schwachen Kräfte Elmshorns, welches schon heute unter einer hohen Steuerlast seufzt. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß die Regierung uns helfen wird.“

Die Hoffnungen der Elmshorner Hafenunternehmen auf eine nachhaltige Verbesserung der Fahrwasserverhältnisse erfüllten sich nicht. Vor dem Ersten Weltkrieg wurden zwar umfangreiche Vermessungsarbeiten vorgenommen, zu einer Ausführung der Arbeiten kam es jedoch nicht mehr. Es war überdeutlich, dass die notwendigen Wasserbaumaßnahmen die Finanzkraft einer Kleinstadt wie Elmshorn völlig überforderten. Eine Verbesserung konnte nur mit staatlichen Mitteln und im Zusammenhang mit den geplanten umfangreichen Stromregulierungsmaßnahmen an der Niederelbe mit Einschluss von Krückau und Pinnau erreicht werden. Dazu kam es aber wegen des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges ebenfalls nicht.

Eine umfassende Lösung für den Unterlauf der Krückau ließ noch gut weitere 50 Jahre auf sich warten. Erst 1963 fiel die Entscheidung über eine Flutvorsicherung von Krückau und Pinnau an den jeweiligen Flussmündungen in die Elbe. Dazu bedurfte es aber erst der Sturmflutkatastrophe vom Februar 1962 mit den nicht nur für die Stadt Elmshorn verheerenden Folgen.

Durch den Bau des Sperrwerkes an der Krückaumündung und die damit einhergehenden Deichverkürzungen wurde der Elmshorner Hafen zwar sturmflutsicher, aber eben nicht tidenunabhängig. Das heißt, dass der

Hafen nach wie vor nur bei hohem Wasserstand von Binnenschiffen angelaufen bzw. verlassen werden konnte. Bei Niedrigwasser fällt der Hafen trocken. Die Verschlickung ging ebenfalls weiter und nahm durch den seit Mitte der 1960er Jahre abnehmenden Schiffsverkehr sogar noch zu, weil der Schlamm nicht mehr so oft durch die Propeller der Schiffe aufgewirbelt wurde. Die in Abständen notwendigen Ausbaggerungen des Hafenbeckens oblagen seit der Kommunalisierung des Hafens 1941 den Elmshorner Stadtwerken, die als städtischer Eigenbetrieb für den Hafenbetrieb, d.h. auch für die Instandhaltung und das Ausbaggern zuständig waren. Die Kosten für das Ausbaggern lagen in den 1980er Jahren (z. B. 1988: 30.000 m³) jeweils zwischen 150.000 und 200.000 DM und verschlechterten die seit Jahren negativen Betriebsergebnisse des Hafens noch zusätzlich. 1990 waren die bisherigen stadtwereeigenen Deponieflächen für den ausgebaggerten Schlamm erschöpft, dass man nach Deponierungsmöglichkeiten außerhalb Elmshorns suchen musste. Der Hafenschlick war aber nur ein Teil des Problems; für das Ausbaggern des Fahrwassers war der Bund zuständig. Dieser schob seine Pflicht, die Bundeswasserstraße Krückau zu unterhalten, immer wieder vor sich her. Für den Elmshorner Hafen lag die Zuständigkeit dagegen beim Land Schleswig-Holstein; die Genehmigung zum Ausbaggern des Hafens wurde durch das Umweltministerium in Kiel erteilt. Voraussetzung für eine Verklappung des Baggergutes in der Elbe war eine geringere Belastung des Schlamms als der Grund der Elbe, was aber erst durch aufwendige Probenentnahmen festgestellt werden konnte. Erst Ende 1995 kam es zu einer Einigung über ein Ausbaggern des Krückaufahrwassers und des Hafenbeckens. 30.000 m³ Schlick sollten im Frühjahr 1996 ausgebaggert, 14 km weit transportiert, in der Elbe vor Kollmar verklappt, und der Tiefgang von 1,50 m auf 2,50 m vergrößert werden, so dass das Binnenschiff der Köllnflockenwerke den Elmshorner Hafen auch wieder mit voller Ladung von 800 t anlaufen könnte. Die Kosten wurden mit 600.000 DM für die Hafenbaggerung und mit 900.000 DM für das Räumen des Fahrwassers veranschlagt. Gleichzeitig sollte die marode Kaimauer des Südufers auf Kosten der Stadtwerke auf einer Länge von 280 m durch eine davor gesetzte 1,2 Mio. Mark teure Profilsplundwand ersetzt werden. Alles in Allem kamen also Kosten von 2,7 Mio. DM für die Weiterführung des Hafenbetriebes in Elmshorn zusammen. Dies alles vor dem Hintergrund eines fast immer leeren Hafenbeckens und der Tatsache, dass nur noch ein Elmshorner Unternehmen den Hafen überhaupt nutzte. In der Folgezeit konnte wegen der nicht mehr stattfindenden Handelsschifffahrt keine Einigung über die Kostenübernahme für das Ausbaggern erzielt werden, so dass der Hafen nun völlig verschlammte und eine geregelte Schifffahrt nicht mehr möglich ist.

Schifffahrt und Handel - die wirtschaftliche Bedeutung des Flusses

Die Lage des Fleckens Elmshorn zwischen Marsch und Geest und an der bis hierhin schiffbaren Krückau, sowie am alten Ochsenweg, der hier die Flussniederung querte, wurde schon seit dem Mittelalter für die Vermarktung und Ausfuhr von Agrarprodukten (Getreide, Hülsenfrüchte sowie Vieh) aus den fruchtbaren Elbmarschen genutzt. Eine erste nachweisbare wirtschaftliche Bedeutung erlangte der damals noch Seesterau genannte Fluss während der Zeit der Herrschaft der Reichsgrafen zu Rantzau (1649-1727). Während der Regierung des Detlev Rantzau im letzten Drittel des 17. Jahrhunderts kam es zu einer Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs. Ein Steindamm wurde quer durch den Flecken Elmshorn gelegt bis über den Sandberg hinaus zum Lösch- und Ladeplatz an der Kruck, eine der zahlreichen Flussschleifen etwa 1,5 km flussabwärts von Elmshorn an der Landstraße nach Glückstadt gelegen. Diese Straße sollte den Elmshorner und Barmstedter Bauern und Händlern den Export ihrer Güter (Torf und Holzkohle) über den Wasserweg erleichtern. Vor allem die Ausfuhr von Holzkohle aus dem Kisdorfer Wohld stieg in diesen Jahren stark an und sicherte dem Grundherrn stetige Einnahmen, da dieser im Besitz der Zollgerechtigkeit auf der Krückau war. Die Handelsschifffahrt von Elmshorn aus hauptsächlich nach Hamburg war schon im 18. Jahrhundert bedeutend. Durch diese über den Wasserweg möglichen Handelsbeziehungen konnten Elmshorner Händler und Gewerbetreibende die Versorgung der näheren Umgebung mit Kolonial- und Manufakturwaren auf sich ziehen. Auch der Getreidehandel wurde um 1790 als lebhaft bezeichnet. Um diese Zeit waren in Elmshorn 130 Schiffe zwischen 4 und 10 Commerzlasten (CL) registriert. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts waren „gegen 150 Ewer“ an der Krückau beheimatet. 1844 waren im Zolldistrikt Elmshorn 107 Schiffe mit zusammen 1.157 CL registriert. 1854 waren es 110 Fahrzeuge – „größtenteils Ewer“ – mit 1.100 CL. 1845 werden in einer amtlichen dänischen Statistik 78 Schiffe über 7 CL sowie 23 Fahrzeuge unter 7 CL als in Elmshorn beheimatet aufgeführt. Die Tragfähigkeit aller 101 Elmshorner Schiffe betrug aber nur rund 1.108 CL, so dass sich eine durchschnittliche Schiffsgröße von knapp 11 CL ergab.

Bis zum Bau von Chausseen im 19. Jahrhundert bildete der Schiffsverkehr auf der Krückau, der zur Hauptsache mit Ewern betrieben wurde, die Grundlage des Güterverkehrs von und nach Elmshorn. Trotz dieser relativ großen Bedeutung als Wasserweg und für Handel und Gewerbe, gab es bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts keinen eigentlichen Hafen in Elmshorn. Etwa einen Flusskilometer vom Flecken flussabwärts lag im Außendeich „bei der Kruck“ seit alters her ein mit Pfählen ausgerüsteter Lösch- und Ladeplatz, die sogenannte Pfahlbucht. Dieser Lösch- und Ladeplatz wurde vom jeweiligen Besitzer für die Schifffahrt vorgehalten. Hier befand sich

in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch eine Tranbrennerei, in der die Produkte der Elmshorner Grönlandfahrt, der Wal- und Robbenspeck, verarbeitet wurden. Durch die Entfernung zum Flecken war der Platz an der Kruck als Hafen jedoch ungeeignet. Nach dem Durchstich dieser Flussschleife im 19. Jahrhundert existierte hier längere Zeit ein Totarm der Krückkau, der vorübergehend von verschiedenen Gewerbebetrieben genutzt wurde.

Im Zusammenhang mit dem Bau der Eisenbahn von Altona nach Kiel im Jahre 1844 entstand in Elmshorn der Plan, in Höhe der Eisenbahnbrücke über die Krückkau einen Lösch- und Ladeplatz anzulegen und den Fluss bis hierhin zu vertiefen und verbreitern. Die technischen Schwierigkeiten und die entsprechend hohen Kosten verhinderten aber eine Realisierung dieses Projektes. Trotz der nach wie vor schwierigen Wasserverhältnisse entstanden nach 1850 auf private Initiative hin auf beiden Ufern drei kleinere Lösch- und Ladeplätze. Diese waren aber für den Umschlag größerer Gütermengen völlig unzureichend und teilweise auch noch durch Gräben voneinander getrennt.

Nachdem in den 1860er und 1870er Jahren diverse Begradigungen und Vertiefungen des Flusses stattgefunden hatten, gewannen Uferflächen nahe des Ortszentrums an Bedeutung, weil nun auch größere Schiffe bis nach Elmshorn gelangen konnten. Im Januar 1875 machten acht Elmshorner Unternehmer eine Eingabe „wegen der Anlage eines Lösch- und Ladeplatzes“. Dieses Anliegen fand in Elmshorn offene Ohren und Kassen. Schon im Juni 1875 war der erste Elmshorner Lösch- und Ladeplatz, der diesen Namen auch verdiente, fertig gestellt.

Der steigende Schiffsverkehr machte bald einen Ausbau der Hafenanlagen notwendig. In den 1890er Jahren kaufte die Stadt am Süd- wie auch am Nordufer mehrere Grundstücke auf und ließ diese zu Lösch- und Ladeplätzen ausbauen. Die für die Erweiterung der Lösch- und Ladeplätze sowie den Ausbau der Kaianlagen getätigten Investitionen zahlten sich aus, da der Schiffsverkehr ständig zunahm und sich dadurch die Einnahmen durch die Hafengebühren erhöhten. Eine wesentliche Steigerung des Güterumschlags im Elmshorner Hafen konnte durch die 1889 gegründete Elmshorner Dampfschleppschiffahrts-AG erreicht werden, die mit Schleppern und Leichtern einen schnellen Umschlag von Gütern insbesondere in den Hamburger Hafen ermöglichte.

Nach der Jahrhundertwende ging der Ausbau der Hafenanlagen verstärkt voran. Die Stadt investierte in Bollwerksbauten, Anlage von Ladestraßen und ließ vom Sandberg her eine Zufahrtsstraße zum Nordufer bauen. Auch war man von Seiten der Stadt bemüht, alleiniger Eigentümer des Hafengeländes zu werden. Dies gelang jedoch erst 1906, als als letzter der Inselmann'sche Platz erworben wurde.

Die Verlegung und der Neubau des Mühlenbetriebes von Peter Kölln an das Hafen-Südufer nach der Vernichtung seiner Rossmühle 1898 gaben neue Impulse für den Getreideumschlag. Auch Baumaterialien, Brennstoffe, Muschelkalk, landwirtschaftliche Erzeugnisse und Dünger rangierten beim Ladegut an oberer Stelle. Trotz der schwierigen Fahrwasserverhältnisse stieg der Güterumschlag seit 1891 kontinuierlich an, so dass Elmshorn seit 1908 in der amtlichen Statistik als wichtiger Hafenplatz des Deutschen Reiches geführt wurde und ab 1910 nach einem Erlass des Ministers für Handel und Verkehr zu den wichtigsten Hafenplätzen im Deutschen Reich zählte. 1911 betrug die Gesamteinfuhrmenge 118.556 t, die mit 942 Schiffen nach Elmshorn gebracht wurden. Hiervon waren nur 1362 m³ Kies, ansonsten handelte es sich um „diverses Getreide“. Die Bedeutung der eingeführten Gütermengen wird auch aus den Zolleinnahmen deutlich. Diese betragen 1910 etwa 3,5 Mio. Mark. Hauptumschlagsgut war zu dieser Zeit das Getreide für die zwölf Elmshorner Mühlenbetriebe und drei Malzfabriken sowie für die Futtermittelproduzenten in der Umgebung Elmshorns. Elmshorn wurde zwischen 1900 und 1914 zum Hauptumschlagshafen für den schleswig-holsteinischen Getreideumschlag. Zu dieser Zeit war die Bedeutung der Krückau und des Hafens für die Elmshorner Wirtschaft unübersehbar. In Doppelreihe lagen Schiffe verschiedener Typen, Ewer, Leichter, Schuten, Kuffs und Kutter an beiden Bollwerken und löschten ihre Ladung in die Waggons der Hafenbahn oder direkt in die neu erbauten Silospeicher der am Südufer angesiedelten Mühlenbetriebe. Trotz weiterer Investitionen in den Ausbau der Hafenanlagen – allein im Haushaltsjahr 1912 waren es rund 88.000 Mark – blieben die Unzulänglichkeiten der Schifffahrtsverhältnisse bestehen. Die Krückau war nicht nur Lebensader, sondern gleichzeitig auch „das Schmerzenskind der Stadt Elmshorn“.

Auch nach dem Ersten Weltkrieg wurde erheblich in den Ausbau des Elmshorner Hafens investiert. So wurde 1924 das Bollwerk in Eisenbeton erneuert und in den folgenden Jahren wesentlich verlängert. Ein grundlegender Umbau des Südufers im Jahre 1927 vollendete dann den Hafenausbau und schuf den noch 1960 in großen Zügen bestehenden Zustand der Kaianlagen.

Trotz dieser anhaltenden Unzulänglichkeiten nahm der Güterumschlag nach der Weltwirtschaftskrise von 1931/32 wieder deutlich zu und erreichte mit 146.044 t im Jahre 1934 den Höhepunkt der Zwischenkriegszeit. Nach der Kommunalisierung des Hafenbetriebes 1941 lagen Finanzierung, Verwaltung und Instandhaltung des Elmshorner Hafens in den Händen der Stadtwerke. Dieser städtische Eigenbetrieb sorgte nun für einen möglichst reibungslosen und effektiven Betrieb. Dieser war natürlich während des Zweiten Weltkrieges und auch noch einige Jahre danach nicht möglich. 1949 wurden die Umschlagszahlen mit ca. 60.000 t angegeben. Erst



Hochbetrieb im Elmshorner Hafen um 1930.

mit dem Wirtschaftsaufschwung der 1950er Jahre und der Prosperität der 1960er Jahre erreichten auch die Umschlagszahlen im Elmshorner Hafen wieder das Niveau der Vorkriegszeit (1960: 125.571 t; 1965: 149.623 t). Allein 1965 machten 1.120 Schiffe im Elmshorner Hafen fest. Seit Mitte der 1960er Jahre gingen diese Zahlen kontinuierlich zurück (1970: 105.887 t; 1980: 45.868 t; 1990: 23.000 t). Immer mehr Güter wurden mit LKW transportiert und immer weniger Firmen nutzen den Wasserweg bzw. den Elmshorner Hafen. In den 1980er Jahren waren es nur die getreideimportierenden Firmen Peter Kölln und die Genossenschaftsmühle sowie die Hefefabrik Asmussen, die ihre Braugerste aus Dänemark noch bis 1988 per Schiff bezog. Zudem waren die Schiffsgrößen in der Binnenschifffahrt gewachsen, so dass immer weniger Schiffe den Elmshorner Hafen mit seiner Größenbegrenzung von 57 m Länge, 6,90 m Breite und 1,80 m Tiefgang anlaufen konnten. In den 1990er Jahren konnte das letzte der verbliebenen Binnenschiffe der Köllnflockenwerke, die „Klostersande“, ihren Heimathafen nur noch mit halbvollen Laderäumen anlaufen, da die Verschlickung des Hafens keinen größeren Tiefgang mehr zuließ.

Die kommerzielle Berufsschifffahrt und damit auch der Güterumschlag im Elmshorner Hafen endete am 21. November 2000, als die „Klostersande“ unter ihrem Kapitän Günter Holtz zum letzten Mal ihren Heimathafen verließ, um nach Wewelsfleth in die Werft gebracht zu werden, wo das Schiff an seinen neuen Besitzer, eine Firma aus Glückstadt, übergeben wurde. Elmshorn hörte mit diesem Tag auf, eine wirkliche Hafenstadt zu sein. Damit endete eine ausschlaggebende Epoche in der Elmshorner Geschichte. Jahrhunderte lang war die Krückau die – wenn auch immer problembehaftete – Lebensader des Ortes. Der Elmshorner Hafen als der wichtigste Teil dieser Lebensader wurde vom drittgrößten Getreideumschlagsplatz des

Deutschen Reiches innerhalb von 90 Jahren zu einer gähnend leeren Wasser- bzw. Schlammfläche.

„Es stinkt zum Himmel“ – der Fluss als Vorfluter für Industrieabwässer
Die negativen Folgen der Industrialisierung wurden zu Beginn des 20. Jahrhunderts zunehmend in der Öffentlichkeit diskutiert und schufen auf diese Weise eine Art Problembewusstsein für die Zusammenhänge zwischen Industrialisierung und Wasserverschmutzung. Das vielzitierte Motto vom Fluss als Lebensader einer Stadt wie Elmshorn war zumindest unter ökologischen Aspekten nicht stimmig. Denn diese Lebensader konnte ihre Funktion spätestens seit den 1890er Jahren nicht mehr erfüllen, da die Krückau zu einem „toten Fluss“ geworden war. Vor allem chemische Rückstände aus den zahlreichen Lederfabriken in Elmshorn und Barmstedt, aber auch die ungeklärten Abwässer aus anderen Fabriken und den privaten Haushalten ließen bald jedes Leben in der Krückau ersterben. Die Wasserqualität des Flusses war Ende des 19. Jahrhunderts so schlecht, dass sich Fischer darüber beklagten, dass ihnen die Fische in der Bünn (Fischkasten) ihrer Fahrzeuge starben, wenn sie über Nacht im Elmshorner Hafen lagen, um ihren Fang am nächsten Morgen auf dem Elmshorner Wochenmarkt zu verkaufen.

Mit dem raschen Wachstum der örtlichen Industriebetriebe, insbesondere der Lederfabriken, der Großschlachtereien, der Mälzereien und Brauereien und der neu entstehenden Margarinefabriken vervielfachten sich die Abwassermengen und damit die mitgeführten Schadstoffe, die in die Krückau als Vorfluter eingeleitet wurden. Mit Einführung der Chromgerbung in den Lederfabriken kamen vermehrt synthetische Gerbstoffe zur Anwendung, so dass die Abwässer auch stark mit anorganischen Substanzen belastet waren. Die Wasserqualität der Krückau verschlechterte sich so sehr, dass das Krückauwasser selbst zu einer Gefahrenquelle wurde. Die starke Verschmutzung betraf aber nicht nur den Fluss selbst, sondern auch die Wiesen und Weiden am Unterlauf der Krückau, die bei hohen Wasserständen oder bei Sturmfluten mit dem Schlamm der Elmshorner Industrieabwässer verschmutzt wurden.

Der Erste Weltkrieg verhinderte eine Lösung des Abwasserproblems in Elmshorn, das aber nach Ende des Krieges rasch wieder auf die kommunalpolitische Tagesordnung gelangte. 1919 befasste sich der Elmshorner Magistrat mit dem Projekt einer Kläranlage, ohne dass konkrete Schritte unternommen wurden. In der Folgezeit stand das Problem der Krückauverschmutzung immer wieder im Focus der Erörterungen und Beratungen. Die Inflationszeit von 1921 bis 1923 verhinderte das Projekt einer Abwasserklärung erneut. Es wurde versucht, mit polizeilichen Mitteln – durch Überprüfungen der betriebseigenen Kläranlagen und Abwasseruntersu-

chungen in den privaten Kläranlagen – den (schon länger bekannten) Ursachen der Krückauverschmutzung auf die Spur zu kommen.

Nach Wiederherstellung der Geldwertstabilität wurde die Kommunalaufsicht erneut aktiv. Im Januar 1924 forderte der Regierungspräsident in Schleswig von der Stadt Elmshorn kategorisch die Abstellung der seit Jahrzehnten aktenkundigen Krückauverschmutzung. Daraufhin bewilligte das Stadtverordnetenkollegium im Spätsommer 1925 Haushaltsmittel für die Ausarbeitung eines Projektes zur Abwasserklärung. Das von der „Deutschen Gesellschaft für Abwasserreinigung“ in Wiesbaden erstellte Gutachten schlug zur Lösung der Abwasserproblematik zwei Möglichkeiten vor. Entweder die Errichtung einer Druckrohrleitung zur Elbe oder den Bau einer lokalen Kläranlage. Die Stadt entschied sich 1927 für den Bau einer Kläranlage. Da die Finanzierung dieser Anlage die Finanzkraft der Stadt Elmshorn überstieg, wurde diese Maßnahme zur Mitfinanzierung aus Mitteln der „produktiven Erwerbslosenfürsorge“, die sogenannten Notstandsarbeiten beim Regierungspräsidenten in Schleswig, angemeldet. Im Januar 1929 wurde der Hamburger Firma Dyckerhoff & Widmann AG der Auftrag für den Bau einer Kläranlage und die notwendigen Änderungen und Erweiterungen des Kanalsystems in Elmshorn erteilt. Im Mai 1933 nahm die neue Kläranlage ihren Betrieb auf.

Vor dem Hintergrund dieser starken Verschmutzung durch Industrieabwässer erhoben Mitte der 1920er Jahre einige Anlieger des Unterlaufs der Krückau – zumeist Landwirte – Klage wegen Gesundheitsgefährdung durch die verdreckte Krückau. Der zum Zwecke der Prozessführung gegründete „Verband der Krückauanlieger“ verklagte im Sommer 1926 vor dem Landgericht Altona drei Elmshorner Lederfabrikanten stellvertretend für alle in der „Vereinigung der Lederfabrikanten zu Elmshorn“ zusammengeschlossenen Lederfabriken und die Stadt Elmshorn auf Schadenersatz für die durch die Abwässer hervorgerufenen Schädigungen. Die Kläger führten an, durch die Einleitung der ungeklärten Abwässer sei das Krückauwasser für die Hauswirtschaft und die Viehtränke nicht verwendbar. Der faule Geruch des Wassers sei unerträglich; Gras und Heu aus den zeitweise überfluteten Außendeichsländereien seien minderwertig; die Fische verendeten in den Gräben und die Gerbereiabwässer trügen Milzbrandsporen in die Gräben. Diese Milzbranderreger stammten aus den aus Asien importierten Häuten und würden mit den Fabrikabwässern in die Krückau und in die mit ihr verbundenen Wettern und Gräben im Außendeich gelangen und das dort grasende Vieh infizieren, das dann am Milzbrand einginge.

Im Urteil des Landgerichts Altona vom 24. Mai 1927 wurde der Anspruch der Landwirte *dem Grunde nach* bestätigt, die Höhe der Entschädigung allerdings noch nicht festgesetzt. Da die Berufung der Beklagten gegen dieses Urteil im Vorverfahren wenig positiv verlief, schlossen die Stadt Elms-

horn und die ansässigen Lederfabriken im Sommer 1928 einen außergerichtlichen Vergleich. Dieser beinhaltete eine einmalige Entschädigung von 21.000 RM durch die Stadt Elmshorn für alle bisher entstandenen Schäden. Zur Abgeltung aller künftigen Ansprüche der Kläger hatte die Stadt jährlich 7.000 RM zu zahlen.

Nachdem die Entschädigungen fünf Jahre lang gezahlt worden waren, lebte der Streit 1934 wieder auf, als die Stadt Elmshorn unter Hinweis auf die 1933 fertig gestellte Kläranlage die Zahlungen einstellen wollte. Die Krückauanlieger hielten dagegen, die Verschmutzung der Krückau sei in den vergangenen Jahren nicht zurückgegangen, weil nur die Abwässer der privaten Haushalte durch die Kläranlage geleitet würden; die Fabrikabwässer jedoch weiterhin – neuerdings durch eigene Siele wie den „Gerberkanal“ – in den Fluss eingeleitet würden. Die Landwirte erklärten sich jedoch mit einer Reduzierung der Entschädigung auf jährlich 5.000 RM einverstanden. Dieser Kompromiss schien alle Beteiligten zufrieden zu stellen. Verschwiegen wurde jedoch die Tatsache, dass nicht die Lederfabriken allein für die stinkende, schwarze Krückau verantwortlich waren, sondern auch eine Reihe anderer Elmshorner Betriebe, wie zum Beispiel die Hefefabrik und Großmälzerei Asmussen, die Färberei Junge und mehrere Großschlachtereien und Margarinefabriken, die ihre Abwässer zum großen Teil ungeklärt in die Au einleiteten. Nur war es nicht möglich, diese Betriebe zur Entschädigung mit heranzuziehen, da entsprechende Messungen der Abwassermengen nur ungenau durchgeführt worden waren.

Verschiedene Versuche der Stadt Elmshorn zur Beendigung der Zahlungen führten 1939 zu einer Neufassung der Vereinbarung. Diese sah vor, die jährliche Entschädigung auf 2.000 RM pro Jahr zu reduzieren und diese nach Fertigstellung der Druckrohrleitung in die Elbe zu beenden. Die Krückauanlieger waren jedoch nicht bereit, auf diese Reduzierung einzugehen. Es kam zu einem erneuten Rechtsstreit, der durch einen Beschluss des Regierungspräsidenten geschlichtet wurde. In diesem wurde entschieden, dass die Stadt rückwirkend seit 1935 jährlich 2.000 RM an die Krückauanlieger zu zahlen habe. Diese Entschädigung sollte solange gezahlt werden, bis die geplante Druckrohr-Abwasserleitung von Elmshorn zur Elbe fertig gestellt sein würde. Der Zweite Weltkrieg verhinderte dieses Großprojekt, so dass auch weiterhin Fabrik- und Haushaltsabwässer das Wasser der Krückau vergifteten. Nach dem Krieg wiesen die noch verbliebenen Unternehmer mehrfach darauf hin, dass sich die Voraussetzungen für die Entschädigungszahlungen durch die Produktionseinstellung der Mehrzahl der Betriebe verändert hätten. Die Krückauanlieger bestanden aber weiterhin auf der Entschädigung, so dass sich die Stadt Elmshorn 1952 gezwungen sah, eine ganze Reihe von Argumenten vorzubringen, die belegen sollten, dass die Höhe der Entschädigung nicht mehr angemessen sei. Nach

erneuten Verhandlungen erklärten sich die Lederfabrikanten im selben Jahr bereit, sich noch einmal abschließend an einer Entschädigungszahlung zu beteiligen. Ein weiterer Vergleich legte 1968 die jährliche Entschädigung auf 1.000 DM fest. Diese Zahlungen wurden nun von der Stadt Elmshorn allein geleistet und endgültig erst mit dem Anschluss der städtischen Kanalisation an den Hauptsammler West des Großklärwerkes Hetlingen an der Elbe im November 1975 eingestellt. Gesamtzahlungen in Höhe von 123.000 RM und 27.000 DM und eine über Jahrzehnte hin biologisch tote Krückau waren der Preis für ein falsch geplantes und unzureichendes Abwasserentsorgungskonzept in Elmshorn. Der Anschluss Elmshorns an den Hauptsammler West verbesserte die Wasserqualität der Krückau seit 1975 deutlich. Im Oberlauf des Flusses konnte seit 1981 eine Verbesserung der Wasserqualität festgestellt werden, weil das Klärwerk Kaltenkirchen stillgelegt worden war.

Peter Danker-Carstensen

*Ein Fluss ohne Schifffahrt - die Krückau in Höhe Seesteraudeich
(Gemeinde Seester) / Kronsnest (Gemeinde Neuendorf) im Jahre 2003.*



Der Arbeitskreis für Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins im Jahr 2010

Die gemeinschaftliche Arbeit an der Erforschung der Wirtschafts-, Sozial- und Mentalitätsgeschichte Schleswig-Holsteins hat – den Aktivitäten im Arbeitskreis folgend – in diesem Jahr erfreuliche neue Ergebnisse gebracht. Zwei neue Projekte wurden angeschoben, davon eines in Kooperation mit dem Hamburger Arbeitskreis für Regionalgeschichte (HAR), mit dem wir bereits länger freundschaftlich kooperieren:

- Aufklärung und Alltag (Leitung Ole Fischer), zu dem es im November ein Projektgespräch gab, auf dem für die Tagung der September 2011 auf dem Koppelsberg angepeilt wurde.
- Leben am Wasser – Flüsse in Norddeutschland (Leitung Norbert Fischer/ Ortwin Pelc), zu dem die Tagung am 18./19. Februar 2011 im Museum für Hamburgische Geschichte stattfinden wird.

Im Juni fand bei erfreulich großer Beteiligung die Exkursion (Ausgrabungen in der Lübecker Altstadt [Gründungsviertel?] unter Leitung der Grabungsleiterin Ursula Radis) mit Mitgliederversammlung in Lübeck statt. Auf der Mitgliederversammlung wurde beschlossen, für 2011 eine offene Tagung über „Neue Ergebnisse der Wirtschafts- und Sozialgeschichtsforschung Schleswig-Holsteins (und benachbarter Gebiete)“ einzuplanen, bei der auch Projektgespräche und Vorstellungen von Einzelforschungsvorhaben ihren Platz haben sollen. Inzwischen wird dieser Tagungstermin von der geplanten Tagung über „Aufklärung und Alltag“ besetzt. Die Wahlen ergaben für den Sprecher, den Sekretär, den Rechnungsführer einstimmige Wiederwahlen. In der Redaktionsgruppe unter Leitung von Martin Rheinheimer wurde auf eigenen Wunsch Peter Wulf nach jahrelanger Mitarbeit abgelöst; an seine Stelle tritt Peter Danker-Carstensen.

Die erfreuliche Kooperation mit dem Lehrstuhl für Regionalgeschichte am Historischen Seminar der CAU (Prof. Dr. Oliver Auge) wurde mit einem gemeinsam mit ihm, der GSHG (vertreten durch Detlev Kraack) und dem AK (vertreten durch den Sprecher – es waren aber auch mehrere andere Mitglieder unseres Zusammenschlusses zugegen) gestalteten „Landesgeschichtlichen Abend“ fortgesetzt. Mehrere Studierende hatten sich eingefunden, um bei kühlen Getränken und Knabberkram (von der GSHG ausgegeben) das Gespräch über das Engagement in den landesgeschichtli-

chen Vereinigungen zu suchen. Wir wollen das jedes Jahr wiederholen, um Studierende für unsere Sache zu gewinnen.

Dazu könnte auch unser facebook-Auftritt beitragen, der es unseren Mitgliedern ermöglicht, unproblematisch miteinander zu kommunizieren. Sicher ist das ein Medium, das gerade jüngere Leute anspricht.

Inzwischen haben wir über unsere homepage auch einen Wiki zur Historischen Statistik (Histat) eingerichtet, der Informationen enthält, aber auch von allen Interessierten aufgefüllt werden kann.

Das Jahr 2010 wird als Jahr des Publikationsrekords des AK in die Geschichte eingehen. Außer zwei Heften des „Rundbriefes“ (102 und 103), die Günther Bock in bewährter Weise herausgab, haben wir drei Bände unserer „Studien“ vorlegen können.

- Essen und Trinken. Zur Ernährungsgeschichte Schleswig-Holsteins, hrsg. von Detlev Kraack und Klaus-J. Lorenzen-Schmidt, Neumünster 2010 (Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins, Band 46)
- Katastrophen in Norddeutschland. Vorbeugung, Bewältigung und Nachwirkungen vom Mittelalter bis ins 21. Jahrhundert, hrsg. von Ortwin Pelc, Neumünster 2010 (Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins, Band 45)
- Mensch und Meer in der Geschichte Schleswig-Holsteins und Süddänemarks, hrsg. von Martin Rheinheimer, Neumünster 2010 (Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins, Band 47).

Außerdem brachte Martin Rheinheimer einen weiteren Band unserer „Quellen“ heraus:

- Martin Rheinheimer, Geschlechterreihen der Insel Amrum 1694-1918, Norddorf 2010 (Quellen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins 8).

Weitere Publikationsvorbereitungen bestehen für die „Studien“ (Hünniger, Viehseuchen und Klerikerprosopographie), die „Quellen“ (Hamburger Begebenheitenrechnungen 1474-1542) und für die „Kleinen Schriften“.

Das Leitungsgremium, das alle Funktionsträger (also auch Projektleiter bis zum Abschluß durch Publikation des Tagungsbandes) umfasst, bestand zum Jahreswechsel aus: Klaus-J. Lorenzen-Schmidt (Sprecher), Ole Fischer (Sekretär und Projekt Aufklärung und Alltag), Gerret L. Schlaber (Rechnungsführer), Martin Rheinheimer (stellvertretender Sprecher und Redaktion der Schriften), Günther Bock (Redaktion des Rundbriefs), Detlev Kraack (Projekt Stadt und Adel), Ortwin Pelc und Norbert Fischer (Projekt Flüsse), Peter Danker-Carstensen (Schriftenversand) sowie Björn Hansen (Internet-Beauftragter). Die Redaktionsgruppe setzt sich aus Martin Rheinheimer, Ortwin Pelc, Peter Danker-Carstensen und Detlev Kraack zusammen.

Finanzielle Unterstützung für unsere Arbeit erhalten wir gegenwärtig durch die „Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte“, der wir dafür herzlich danken. Immer wichtiger werden für uns Sponsoren, die nicht nur die Tagungstätigkeit fördern, sondern den Druck der „Studien“ und der „Quellen“ überhaupt erst ermöglichen. Ihnen gilt unser besonderer Dank, denn ohne sie wäre die Publikationstätigkeit bei zunehmendem Versiegen öffentlicher Finanzquellen überhaupt nicht möglich. Allerdings bemerken wir schon, dass die Bereitschaft, unsere Vorhaben zu unterstützen, doch angesichts krisenhafter wirtschaftlicher Entwicklungen etwas nachlässt.

Wir freuen uns nach wie vor über die ausgezeichnete, fruchtbare und sehr freundschaftliche Kooperation mit unseren dänischen Kollegen und danken über die Grenze hinweg dafür! Die Aktivitäten im dänischen Raum sind an vielen Stellen hochgradig anregend und stellen (gerade was die Publikationen angeht) einen echten Ansporn zur Leistungsverbesserung dar.

Die Lage des Arbeitskreises ist stabil, er möchte aber gerne mehr Dynamik entwickeln und sucht verstärkt jüngere forschende Mitglieder, die sich mit ihren Themen und Ergebnissen einbringen. Der Arbeitskreis verfolgt weiter sein Ziel, die Sozial-, Wirtschafts-, Kultur- und Alltagsgeschichte der alten Herzogtümer Schleswig und Holstein unter Einschluss von Lübeck (und auch von Hamburg) besser zu erforschen und unter vergleichenden Aspekten darzustellen.

Klaus-J. Lorenzen-Schmidt

Klöster, Stifte und Konvente nördlich der Elbe. Zum gegenwärtigen Stand der Klosterforschung in Schleswig-Holstein, Nordschleswig sowie den Hansestädten Lübeck und Hamburg

Anlässlich der Beendigung der ersten Projektphase des Schleswig-Holsteinischen und Hamburgischen Klosterregisters/Klosterbuchs fand am 4. und 5. November 2010 in der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek zu Kiel eine Tagung zu Klöstern, Stiften und Konventen nördlich der Elbe statt. Unter der Leitung von Prof. Dr. Oliver Auge, Lehrstuhlinhaber für Regionalgeschichte, und der stellvertretenden Projektleiterin Dr. Katja Hillebrand widmete diese sich dem gegenwärtigen Stand der Klosterforschung



Der Vortragssaal der Landesbibliothek war voll besetzt

in Schleswig-Holstein, Nordschleswig sowie den Hansestädten Lübeck und Hamburg. Ziel war es, den Autoren des Klosterbuchs und der interessierten Öffentlichkeit ein Forum zum Wissensaustausch und zur Erörterung des bisher Erarbeiteten sowie zur Absteckung künftiger Forschungsfelder zu bieten. Dabei wurde interdisziplinär unter Beteiligung der Mediävistik, Kunstgeschichte, Archäologie und Theologie sowohl die Klosterlandschaft des genannten Raumes in den Blick genommen als auch anhand einzelner Klöster spezifischen Fragestellungen nachgegangen.

Nach Grußworten des Präsidenten der Christian-Albrechts-Universität und wissenschaftlichen Beirats des Projekts, Gerhard Fouquet, und des gastgebenden Direktors der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek, Jens Ahlers, stellte Oliver Auge einleitend das Tagungsthema vor.

Im ersten Vortrag skizzierte Katja Hillebrand (Kiel) die bisherige Forschungsgeschichte der monastischen Niederlassungen nördlich der Elbe von den Chroniken des ausgehenden 16. Jahrhunderts über quellenkundliche Editionen des 18. Jahrhunderts bis hin zu archäologischen Untersuchungen ab 1945. Dabei konstatierte sie hinsichtlich des Denkmal- und Inventarbestands eine starke Dezimierung, welche noch im 19. Jahrhundert durch Abrisse klösterlicher Bauten in Hamburg und Lübeck verstärkt worden sei.

Der Genese und Gestalt der Sakrallandschaft nördlich der Elbe galten die Ausführungen von Enno Bünz (Leipzig). Er schilderte den Aufbau und die allmähliche Konsolidierung der Bistums- und Pfarreiorganisation. Insbe-

sondere letztere sei neben den Klöstern als drittes Element Grundlage einer in die Breite gehenden Christianisierung gewesen.

Reimer Hansen (Berlin) betrachtete in seinem Beitrag die Klöster Dithmarschens und zeigte, dass erstaunlicherweise hauptsächlich Mendikantenorden im Land dauerhaft Fuß fassen konnten. Sie galten als Institutionen des Landes, die sowohl der Seelsorge als auch der Landesverteidigung dienten.

Der Beitrag von Oliver Auge (Kiel) umfasste Landesherrschaft, Kloster und Stift. Dabei ging er zunächst auf die Stiftung und Privilegierung der monastischen und klerikalen Einrichtungen ein, um danach ihre Funktion als Grablegen und Memorialorte sowie als dynastische Versorgungstätten zu untersuchen und nach ihrer Instrumentalisierung für herrschaftliche Zwecke zu fragen. Als Spezifika des untersuchten Raums identifizierte er die vergleichsweise schwach ausgeprägte Einflussnahme der schleswig-holsteinischen Landesherrschaft auf die Stifte und Klöster und die fehlende Herausbildung eines Hausklosters.

Der wirtschaftshistorische Vortrag von Johannes Rosenplänter (Kiel) ging insbesondere am Beispiel des Benediktinerinnenklosters Preetz der Fragestellung nach, auf welche Ressourcen Konvente im späten Mittelalter zurückgreifen konnten und wie einzelne Einkommensarten verwaltet wurden. Rosenplänter zeigte, dass die Klöster gezielt wirtschaftliche Ressourcen mobilisieren und auf konjunkturelle Schwankungen reagieren mussten, um die laufenden Kosten des Klosteralltags decken zu können.

Kerstin Schnabel (Wolfenbüttel) widmete sich in ihrer Darstellung den Klosterarchiven und -bibliotheken. Neben den Ordnungs- und Verwal-

*Das Publikum war diskussionsfreudig;
Prof. Dr. Schilling, Katja Hillebrand, Prof. Dr. Auge (v.li.)*



tungsstrukturen schilderte sie dezidiert Motive, Ziele und Gebrauch klösterlicher Schriftlichkeit.

Der gut besuchte öffentliche Abendvortrag von Uwe Albrecht (Kiel) hatte die Denkmaltopographie der Klosteranlagen zum Thema. Er betonte, dass sich zwar ein bedeutender Verlust an Baudenkmalern und Inventaren der nordelbischen Klöster konstatieren lasse, doch man am Erhaltenen erkennen könne, dass die Niederlassungen nicht nur künstlerische und bauliche Impulse empfangen, sondern auch Innovationen boten.

Einführend zur vormittäglichen Exkursion des zweiten Tagungstags zum Kieler Franziskanerkloster skizzierte Uwe Albrecht (Kiel) neben einem geschichtlichen Abriss dieser landesherrlichen Klostergründung durch den Schauenburger Grafen Adolf IV. die Baugeschichte der Klosterkirche, welche heute nur noch archäologisch zu fassen ist.

Vor Ort erklärten Dirk Jonkanski (Kiel) und Diethelm Hoffmann (Kiel) die Einbindung der denkmalgeschützten Klausuranlage in die moderne Stadttopographie nach dem Wiederaufbau der kriegszerstörten Innenstadt. Dabei ging Jonkanski auf die jüngsten Bemühungen ein, die Fundamentreste der Klosterkirche in die neue Platzgestaltung zu integrieren und die Kirche im Stadtbild wieder erfahrbar zu machen. Hoffmann stellte für den Kreuzgang und das Refektorium im erhaltenen Westflügel das konzeptionelle Vorgehen während der letzten Restaurierungsmaßnahmen vor.

Anschließend erklärte Roman Janssen (Herrenberg) das Bildprogramm des sich heute in der Kieler St. Nikolai-Kirche befindlichen Altarretabels der Franziskanerkirche. Anhand einer vorgenommenen Wandlung der Altar-

*... und die
Veranstalter
zufrieden;
Prof. Dr. Auge,
im Hintergrund
Katja Hille-
brand*



retabelflügel vor Ort erläuterte Janssen die Altarwandlung in den zwei Festkreisen des Jahres. Janssen machte deutlich, dass die zentralen szenischen Darstellungen zum Marienleben, die auch das seltene Motiv der Verlobung Mariens beinhalten, die Intention des der Observanz zugewandten Konvents verdeutlichten.

Im Anschluss an die Exkursion stellte Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidt (Hamburg) sein Projekt zur Erfassung aller Kleriker in Nordelbien vor und präsentierte Informationen zu bisher identifizierten Mitgliedern der Mendikanten- und Feldklöster. Lorenzen-Schmidt verwies auf die Möglichkeit, so personelle Einzugsgebiete der Klöster rekonstruieren zu können.

Klaus Krüger (Halle) stellte sich die Aufgabe, mittelalterliche aus monastischen Kontexten stammende Inschriften im Raum Schleswig-Holstein als wichtiges Forschungsdesiderat auf ihren Quellenwert zur Erforschung der Klöster zu untersuchen. Anhand verschiedener Beispiele betonte er, dass der immense Aussagewert epigraphischer Zeugnisse nur unter Einbeziehung ihres Kontextes zu erfassen sei.

Heinrich Dormeier (Kiel) widmete sich in seinem Vortrag dem Lübecker St. Annenkloster, für das er durch die Auswertung der Lübecker Bürger-testamente neue Ergebnisse präsentieren konnte: So verweise die sehr viel höher als bisher angenommene Zahl der Legate für das neue Kloster und die Bandbreite der Abgaben darauf, dass die Neugründung nicht von einer kleinen Gruppe von Kaufleuten betrieben, sondern zum Anliegen breiter Bevölkerungskreise wurde.

Das Wirken der Observanz und die Ausbreitung der Reformation beleuchtete schließlich Johannes Schilling (Kiel). Er schilderte Reformbewegungen und Observanzbestrebungen im schleswig-holsteinischen Raum und konstatierte, dass die Klöster in Schleswig-Holstein sich vor der Reformation in einem guten Zustand befunden hätten.

In seinen Schlussworten richtete Thomas Riis (Kiel) den Blick auf Forschungsdesiderate, wie die wirtschaftlichen Nahbeziehungen zwischen Konventen und Dorf- und Stadtgemeinschaften. Hier sah er für das bis 2012 fortdauernde Schleswig-Holsteinische und Hamburgische Klosterbuch-Projekt die Möglichkeit, neben der Einzelaufarbeitung der Niederlassungen durch die Autoren weiteren Fragestellungen nachzugehen.

Mit der Tagung wurde erstmals in dieser Forschungsvielfalt der Einfluss monastischer Kultur innerhalb des vorgegebenen regionalen Rahmens gewürdigt. Die Vorträge der verschiedenen Teildisziplinen ermöglichten vielschichtige Einblicke im Bezug auf die quellenkundliche und dingliche Überlieferung und deren wissenschaftliche Aufarbeitung. Die Referate der Tagung werden zeitnah veröffentlicht.

Katja Hillebrand, Marina Loer

„Eine neue Zeit und eine neue Ordnung der Dinge bricht von allen Seiten mächtig herein ... Wer soll hier löschen, ordnen und retten?“ -

Privatarchiv des Politikers Adolph v. Moltke im Landesarchiv

Die Verzeichnung des archivischen Nachlasses des Beamten und Politikers Adolph v. Moltke (1804-1871) wurde jetzt abgeschlossen und somit der Bestand der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

Das Privatarchiv von Adolph v. Moltke wurde dem Landesarchiv Schleswig-Holstein dankenswerterweise von Herrn Heinrich v. Moltke im Namen der Erbgemeinschaft nach Davida v. Moltke im Sommer 2010 als Depositum anvertraut. Dipl.-Archivarin Bettina Dioum hat das Verzeichnis dieses Bestands (LASH Abt. 399.185) angefertigt, das den Benutzerinnen und Benutzern im Landesarchiv Schleswig-Holstein zur Verfügung steht. Damit kann dieser archivische Nachlass uneingeschränkt von der interessierten Öffentlichkeit genutzt werden.

Adolph v. Moltke wurde am 8. April 1804 in Lübeck als vierter Sohn des dänischen Generalleutnants Friedrich Philipp Victor v. Moltke (1768-1845) und seiner Frau Henriette geb. Paschen (1776-1837) geboren. Er ab-

Persönliche Dokumente Adolph v. Moltkes aus der Zeit von 1824 bis 1870.



solvierte ein Jurastudium in Heidelberg und Kiel und begann anschließend seine berufliche Laufbahn im Staatsdienst zunächst als Amtssekretär beim Landdrosten in Pinneberg. Später wurde er Mitglied des Gottorfer Obergerichts und Deputierter der Deutschen Kanzlei zu Kopenhagen. Bereits 1847 erfolgte die ehrenvolle Ernennung zum Kammerherrn.

An den politischen Entwicklungen der damaligen Zeit nahm v. Moltke regen Anteil. So beschreibt er beispielsweise in einem Brief an seine Frau vom 1. Mai 1848, dem das obige Zitat entnommen ist, eher besorgt die revolutionären Bewegungen in Europa von Frühjahr 1848 (LASH Abt. 399.185 Nr. 1).

An der schleswig-holsteinischen Erhebung war er dann aktiv als Politiker beteiligt. v. Moltke wurde im Juli 1848 in die konstituierende Landesversammlung gewählt und war als Konservativer Mitglied der Gemeinsamen Regierung. Im Auftrag der Gemeinsamen Regierung und der späteren Statthalterschaft wirkte er ab Dezember 1848 in Berlin für die preußische – insbesondere militärische – Unterstützung.

1851 wurde er vom dänischen König als eins der insgesamt sechs holsteinischen Mitglieder in die Flensburger Notabelnversammlung berufen. Diese Notabelnversammlung sollte eine Meinung zur künftigen Ordnung der Verhältnisse des Herzogtums Schleswig zu Dänemark und zu Holstein auf der Grundlage eines ihr vorgelegten Plans zur Organisation der dänischen Monarchie abgeben. Da sich die Versammelten nicht einigen konnten, arbeitete v. Moltke zusammen mit den anderen holsteinischen Mitgliedern einen neuen Minoritätsentwurf zur Organisation der dänischen Monarchie aus.

Nach dem Scheitern der Erhebung nahm v. Moltke seine Verwaltungstätigkeit als Administrator der Grafschaft Rantzau wieder auf. Das ihm angebotene Amt als Minister für das Herzogtum Holstein schlug er 1857 ebenso aus wie die Annahme seiner Wahl in den dänischen Reichsrat.

Seine Karriere beschloss er als erster Landrat des neu geschaffenen preußischen Landkreises Pinneberg. Als preußischer Beamter erhielt er noch weitere Orden, ehe er 1870 um seine Pensionierung bat, die ihm zusammen mit dem Königlichen Kronenorden 2. Klasse erteilt wurde.

Er verstarb am 7. April 1871 in Lugano. Seine Frau Auguste geb. v. Krohn (geb. 1813 in Barkau) überlebte ihn um viele Jahre und starb 1902 auf dem Gut Kreisau.

Adolph v. Moltke war der Bruder des bekannten preußischen Feldmarschalls Helmuth Graf v. Moltke und ein Vorfahr des Widerstandskämpfers Helmuth James Graf v. Moltke.

Das umfangreiche Privatarchiv umfasst v.a. persönliche Dokumente und Korrespondenzen sowie Unterlagen aus der amtlichen und politischen Tätigkeit. Es ergänzt die im Landesarchiv Schleswig-Holstein bereits vor-

handenen Nachlässe anderer Protagonisten der schleswig-holsteinischen Erhebung wie beispielsweise Rochus Freiherr v. Liliencron, Karl Friedrich Samwer und Karl Dietrich Lorentzen in hochwillkommener Weise.

Das Landesarchiv Schleswig-Holstein freut sich, diesen interessanten Bestand aus dem 19. Jahrhundert der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen zu können. Er ist im Lesesaal des Landesarchivs, Prinzenpalais, 28437 Schleswig, zu den gewohnten Öffnungszeiten montags bis freitags von 8.30 bis 17 Uhr zugänglich.

Bettina Dioum

Buchpräsentation: Schleswig-Holsteinische Identitäten von Knud Andresen

Vor annähernd 100 Gästen wurde im Schleswig-Holstein-Saal des Kieler Landtags das Buch „Schleswig-Holsteins Identitäten. Geschichtspolitik des SHHB 1947 – 2005“ von Dr. Knud Andresen vorgestellt, auf dem Podium wurde über den Begriff „Heimat“ diskutiert, und was Heimat, Identitäten und Landesbewusstsein miteinander zu tun haben, ist Gegenstand der Dissertation, die dieser Veröffentlichung der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte zugrunde liegt.

In seinem Grußwort betonte der Vorsitzende der Geschichtsgesellschaft, Jörg-Dietrich Kamischke, die Bedeutung der Tatsache, dass sich die Gesellschaft auch den Themen der jüngsten Geschichte stelle. Diese Arbeit beschäftige sich mit der selbsterlebten Vergangenheit vieler Mitglieder der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, „durch die kritische Optik des Historikers gebrochen“.

Auf dem Podium diskutierten bei der Buchvorstellung der Autor mit der Vorsitzenden des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes, Jutta Kürtz, und dem Schriftsteller und Publizisten Robert Habeck, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Die Anwesenheit einer Reihe weiterer Abgeordneter des Landtags zeigte, dass diesem Thema offensichtlich großes Interesse entgegengebracht wird.

Offensichtlich besteht ein Bedarf an „Heimat“ in einer Welt, in der traditionelle Bindungen schwächer werden und Arbeits- und Lebensverhältnisse sich global entwickeln, stellten die Podiumsteilnehmer fest. Wie aber definiert sich Heimat, und wie wurde sie vom Schleswig-Holsteinischen Hei-

matbund über Jahrzehnte definiert; vor allem diese zweite Frage ist Gegenstand der Dissertation „Schleswig-Holsteins Identitäten. Geschichtspolitik des SHHB 1947 – 2005“ von Knud Andresen, die als Band 115 der Quellen und Forschungen der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte erschienen und am 16. Februar 2011 im Kieler Landeshaus vorgestellt worden ist.

Dass Heimat nicht nur ein persönliches Empfinden ist, das „von unten“ wächst, hat Andresen in seiner Arbeit dargestellt. Er hat die Haltung des SHHB untersucht und stellte – aufgrund seiner Gründungsgeschichte in Zeiten des Flüchtlingszustroms und einer erstarkenden dänischen Bewegung – fest, dass er nicht nur das Landesbewusstsein fördern, sondern es lenken wollte. Es gab, wie er in der Diskussion sagte, eine von oben vorgegebene Haltung, wie „der Schleswig-Holsteiner“ zu sein hat, die im SHHB lange wirksam war. Dies hatte auch Rückwirkungen auf die Zusammensetzung des Verbandes, deren Wert- und Zielvorstellungen lange Jahrzehnte im konservativen Lager und darüber hinaus angesiedelt waren. Die Aufarbeitung dieser Verbandsgeschichte ist Gegenstand der Untersuchung Andresens.

Dass eine derart vorgegebene Identitätskonstruktion dem Heimatbegriff des SHHB heute nicht mehr entspricht, vertrat Jutta Kürtz engagiert. Für sie sei Heimat eine individuelle Erfahrung mit Kopf und Herz und allen

Auf dem Podium (v. li.): Prof. Dr. Detlev Kraack als Moderator, Jutta Kürtz, Dr. Knud Andresen, Dr. Robert Habeck.



fünf Sinnen – und auch in Gemeinschaft mit anderen, deren Heimaterfahrung ähnlich, aber vor einem anderen Hintergrund gewachsen ist.

Einen ebensolchen Heimatbegriff, bei dem die Identitäten von dänischer Minderheit, nordfriesischer Volksgruppe, Dithmarschern, Lübecker, Lauenburger und anderer in einer schleswig-holsteinischen Identität zusammenfließen, die aber weltoffen nach außen ist, beschrieb der Landtagspräsident in seiner Begrüßungsansprache. Einer solchen Vielfalt von Identitäten begegne er im Land immer wieder, ebenso wie überall die blau-weiß-rote Flagge sichtbar sei – nicht nur an offiziellen Gebäuden, sondern auch privat als Zeichen einer Landesidentität.

Der persönlichen und sinnlichen Erfahrung von Heimat stellte Robert Habeck die Verantwortung zur Seite. Nur für etwas, zu dem man in einer Beziehung steht, sei man bereit, Verantwortung zu übernehmen.

Ausführlich widmeten sich die drei Diskussionsteilnehmer der Frage, ob es eine Grauzone gibt, in der dem Wunsch der Menschen nach Heimat entsprochen und in der er andererseits missbraucht wird. Der Heimatbegriff kann dabei durchaus einem „guten Zweck“ dienen, wenn er Menschen zusammenführt, wie es bei der Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen geschehen ist und unter Zuwanderern aus allen Teilen der Welt weiterhin geschieht. Eine Lenkung, eine klare Vorgabe, wie es zu sein hat, Teil einer Heimatgemeinschaft zu sein, wurde hingegen von allen Diskussionsteilnehmern als ein Missbrauch des Heimatbegriffes aufgefasst, da sie sich gegen das individuelle Konzept richte und damit gegen die Vielfalt, die diesen Begriff ausmacht.

Robert Habeck verwies auf die historische Dimension, über den zeitlichen Rahmen des vorgestellten Buches, indem er sagte, nicht erst in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, sondern schon 1920 war der Heimatbegriff hochpolitisch, scharf umrissen und von Feindbildern geprägt. Dagegen sei er heute eine Folie, die vielleicht an den Rändern ausfranst, aber individuell geprägt sei. Persönlich stellte er fest, dass seine in Lübeck, Kiel und durch einen kurzen Studienaufenthalt in Dänemark geprägte Identität keinen Schaden daran nehme, für seine Söhne die zweisprachigen Möglichkeiten des dänischen Schulwesens zu nutzen, ohne selbst dänisch zu sein.

Für alle, die sich ihrer Heimat in Schleswig-Holstein vergewissern wollen, so stellte Jutta Körtz fest, ist es notwendig, Landesgeschichte zu erforschen und zu vermitteln, um das Miteinander vieler unterschiedlicher Identitäten, die in Schleswig-Holstein eine Heimat haben, am Verlauf der Geschichte in ihren hellen und dunklen Zeiten erklären zu können.

Frank Lubowitz

Museen, Institutionen, Ausstellungen



*Logo des „Fördervereins
Jersbeker Park e.V.“*

*Entwurf:
Susanne Wulf, Jersbek.*

Der Jersbeker Gutspark – Konzept für eine moderne Vermarktung und Besucherinformation

Der gemeinnützige „Förderverein Jersbeker Park e.V.“ wurde am 23. November 2009 von insgesamt 42 Gründungsmitgliedern aus der Taufe gehoben und drei Wochen später in das Vereinsregister eingetragen. Sein Ziel ist es, den Jersbeker Park weiterhin als bedeutendes Zeugnis für die barocke Gartenkultur in Schleswig-Holstein zu erhalten. Seit dem 1. Januar 2010 ist der Förderverein als Pächter verantwortlich für den in Privatbesitz stehenden Gutspark. Diese rund acht Hektar große Gartenanlage gehört zu den wenigen Kulturdenkmälern von überregionaler Bedeutung in Stormarn und wird von den Besuchern vor allem im Frühjahr zur Blüte der goldgelben „Himmelschlüsselchen“ (*Primula elatior*) und auch im Herbst gerne aufgesucht. Der Zugang ist frei und kostenlos.

Der von der „Politik“ veranlasste Pächterwechsel vom Kreis Stormarn (Pächter von 1984 bis 2009) auf den Förderverein und die geplante Landesgartenschau in der Stadt Norderstedt (April bis Oktober 2011) waren für den Förderverein Anlass, für die weiterhin im Jersbeker Park zu erwartenden Besucher im allgemeinen, aber auch für die vielen Besucher des modernen, ohne historische Wurzeln geschaffenen Geländes der Landesgartenschau

ein ergänzendes Angebot anzubieten. Dabei ließ sich der Förderverein von folgenden Überlegungen leiten:

Wie sieht ein historischer Gutspark aus der Zeit des Barock heute aus? Welche Elemente aus dieser über 270 Jahre alten Anlage sind noch erhalten und sollten entsprechend den Besuchern erläutert werden?

Wie geht man fach- und denkmalgerecht insbesondere mit den über 550 alten Linden der historischen Alleen, mit dem möglichst jährlich zu schneidenden Heckengang und mit den weiteren charakteristischen Elementen der Parkanlage um?

Wie sollte ein modernes Leit- und Informationssystem für die potentiellen Besucher aussehen?

Zur Geschichte des Jersbeker Parks

Der spätbarocke Gutspark in Jersbek wurde im zweiten Quartal des 18. Jahrhunderts von dem damaligen Gutsbesitzer Bendix von Ahlefeldt (1678-1757) angelegt und ist in seinen barocken Grundzügen bis heute erhalten. Die leider bisher nicht bekannten Verfasser des Entwurfes übernahmen die von dem königlichen Hofgärtner André Le Nôtre (1613-1700) erstmals für den Park in Vaux-le Vicomte entwickelte und dann in Versailles im großen Stil ausgeführte Gliederung entlang einer Haupt- und Sichtachse in Parterre, Boskett und Waldquartier („Parc“). Der Jersbeker Park ist mit der historischen Quartiereinteilung, dem Hauptwegenetz und den rahmenden vier- und zweireihigen Lindenalleen die besterhaltene „Ruine“ eines barocken Gutsparks in Schleswig-Holstein. Aufgrund seines „lebenden Baumaterials“ überrascht und begeistert er immer wieder die meisten Besucher.

Die einstige feinteilige Binnengliederung und Ausstattung von Parterre und Boskett ist zwar nicht erhalten, lässt sich jedoch u. a. dank eines qualitätvollen Kupferstichs von Christian Fritsch (nach einer Vorzeichnung des Architekten Ernst Georg Sonnin) aus dem Jahre 1747 gut erläutern. Der Stich zeigt den Gutspark auf dem Höhepunkt seiner Entwicklung in einer qualitätvollen Vogelschau-Ansicht. Viele Details im Garten, die heute noch erkennbar sind, zeigen die Richtigkeit des Stichs. Daneben sollen aber auch die spezifischen Probleme bei der Parkunterhaltung nicht verschwiegen und die erforderlichen Pflegemaßnahmen zumindest für die Alleen vorgestellt werden.

Die Aufgabenstellung

Die Mitglieder des Fördervereins stammen überwiegend aus der Gemeinde Jersbek oder sind diesem Gutspark seit Jahrzehnten verbunden. Der Vorstand und der Beirat des „Fördervereins Jersbeker Park e.V.“ wollen gemeinsam auf drei einander ergänzenden Wegen versuchen, den potentiellen Besuchern die Geschichte, die Bedeutung und die Qualität des Gut-

sparks nahe zu bringen: auf einem gedruckten, kostenlosen *Faltblatt* sollen sie die wichtigsten Elemente des Parks kennen lernen; dieses Faltblatt kann auch als Parkführer benutzt werden.

Aber auch die oft in kleinen Gruppen kommenden Besucher sollen ohne dieses Faltblatt während eines Rundgangs durch mehrere spezielle *Informationstafeln* fachkundige Informationen erhalten können.

Schließlich sollen Interessierte über das neue Medium „*Internet*“ angesprochen werden, dabei zugleich auch weitere Informationen über den Förderverein erhalten, zum Beispiel über seine Ziele und Aufgaben. Auf die Frage, ob sie dort vielleicht sogar Mitglied werden können, sollen sie sich über die Satzung des Fördervereins informieren und auch ein Formular für einen Aufnahmeantrag vorfinden können.

Das Faltblatt

Die Besucher sollen einen optimalen Rundweg gehen können, auf dem sie die unterschiedlichen Elemente des barocken Guts Parks kennen lernen. Dazu wurden von zwei Mitgliedern des Fördervereins, dem Landschaftsarchitekten Klaus Schröder (Kiel) und dem Verfasser, zunächst zehn Stationen festgelegt, die zusammen genommen vom Parkplatz aus den gesamten Guts Park erläutern und auch die historische Grabanlage des früheren Gutsbesitzers Paschen von Cossel (1714-1805, Besitzer von Jersbek ab 1774), die historische Eichenallee am Oberteicher Weg im Nordosten sowie den Eiskeller von 1736 einschließen. Da dieser Rundgang nach bisheriger Erfahrung aber rund zwei Stunden erfordert, bei einer Länge von rund 3,5 km, wurde ein kleinerer Rundgang von etwa 1,4 km Länge und ein erweiterter Rundgang mit rund 2,4 km Länge entwickelt.

Ein Rundgang durch den zentralen Teil des Jersbeker Parks dauert, wenn man gelegentlich stehen bleibt und die verschiedenen Elemente des Parks betrachten will, etwa eine dreiviertel Stunde. Dieser Rundweg ist rund 1,4 km lang und führt vom Parkplatz gegenüber der historischen Gaststätte „Zum Fasanenhof“ zu fünf weiteren „Stationen“: vom Rondell vor dem 1678 erbauten Torhaus über den Standort des ehemaligen Gartenhauses zum barocken Lindenkreis der „Zwölf Apostel“ und durch den eindrucksvollen Heckengang in die vierreihige Querallee, in deren Mitte ein Blick in die beeindruckende, 500 m lange Hauptallee möglich ist, die als Doppelallee mit breiter Mittelzone angelegt und zugleich Teil der einstigen barocken Hauptachse ist. Über die westliche Seitenallee kehren die Besucher zurück zum Eingang und Parkplatz.

Der erweiterte Rundgang führt zusätzlich durch die Haupt- oder „Windallee“ bis zu einem kleinen achteckigen, vor wenigen Jahren in moderner Bauweise erneuerten Wasserbecken, dem Beginn der ehemaligen Jagdsterne mit ihren sternförmigen Schneisen im Jersbeker Forst. Die



Hauptachse setzt sich im Anschluss an den historischen Wassergraben und -zulauf, nun als Waldweg und außerhalb des empfohlenen großen Rundwegs, noch fast zwei km in nördlicher Richtung fort.

Das Faltblatt enthält nicht nur einen Abdruck des eingangs erwähnten Stichs von 1747, sondern auch eine kurze Beschreibung aller zehn Stationen und einen Lageplan für die drei verschiedenen langen Rundwege, und zusätzlich eine moderne Zeichnung des zentralen Parkteils mit den ersten sechs Stationen. Einige Fotos zeigen die Parkelemente zu verschiedenen Jahreszeiten; in einem Übersichtsplan ist die Lage der Gemeinde Jersbek im Nordosten Hamburgs dargestellt.

Von Anfang an war klar, dass dieses Faltblatt (ein „Flyer“) nicht „laienhaft gebastelt“ werden kann, sondern von einem Grafikbüro entwickelt und professionell gestaltet werden sollte. In dem Büro „grade A grafik design“ von Frau Anja Koch in Bargteheide wurde eine kompetente Partnerin dafür gefunden. Sie erhielt einen Vorentwurf mit den gewünschten Elementen und Texten, dazu mehrere Fotos. Das Faltblatt mit dem Titel: „Hereinspaziert! Historische Entdeckungstouren im Jersbeker Park“ konnte im Herbst 2010 fertiggestellt werden. Nebenbei ließ der Förderverein für sich ein grafisches „Logo“ entwickeln, das nicht nur auf dem Faltblatt erscheint, sondern auch für die Briefbögen und weitere „offizielle“ Papiere verwendet werden soll.

Das Leit- und Informationssystem

Für die Besucher des Jersbeker Parks, die einzeln oder in Gruppen (z. B. in Bussen) nach Jersbek kommen, um den Jersbeker Park zu besichtigen, oder dort spazieren gehen wollen, aber kein Faltblatt in den Händen halten,

sollen auf den genannten zehn Stationen kleine, gut gestaltete Informationstafeln die notwendigen Informationen über dieses Kulturdenkmal zur Verfügung stehen. Als Vorbild dienten die andernorts, zum Beispiel auf der Bundesgartenschau in Schwerin (2008) oder im historischen Küchengarten in Sierhagen (Kreis Ostholstein) eingesetzten Tafeln und Textsysteme: nicht zu große, schräg gestellte Tafeln aus Metall, mit einer darauf befestigten, bedruckten Plastiktafel. Ein einheitliches Tafelbild soll in Schrift und Abbildungen textliche und grafische Informationen anbieten, die sowohl die historische als auch die heutige Gestaltung des jeweiligen Gartenelementes erläutern. Die zehn Texte wurden aus dem Faltblatt weiterentwickelt und auf eine möglichst einheitliche Länge gebracht.

Von drei regionalen Büros wurden, wiederum auf der Grundlage eines Vorentwurfs von Klaus Schröder, Ideen für diese Informationstafel erbeten. Der Entwurf von Frau Claudia Noffke aus Klein Hansdorf, Gemeinde Jersbek, erhielt den Zuschlag. Den grafischen Hintergrund der etwa 40 mal 48 cm großen Tafel bildet wieder eine Karte des Jersbeker Parks mit den entwickelten drei Rundwegen. Abgebildet ist der historische Stich von 1747 und daraus acht Ausschnitte mit der unmittelbaren Umgebung der jeweiligen „Station“ sowie Ansichten und Grundrisse der Grabstätte von Cossel und des Eiskellers (die beide nicht auf dem Stich zu finden sind). Der die jeweilige Station darstellende Ausschnitt ist zum besseren Verständnis des zugehörigen Textes vergrößert abgebildet. Zugleich sollen die Besucher ihren genauen Standort im Park identifizieren können und den Rundgang dann gezielt, aber in freier Entscheidung über den weiteren Weg fortsetzen können. Die Schrägstellung der Tafeln ermöglicht es auch Rollstuhlfahrern und Kindern, die Texte bequem zu lesen.

Ein einheitlich gestaltetes Schriftbild mit integriertem Logo des Fördervereins ist selbstverständliches Ziel. In einer Fußleiste werden die „Sponsoren“ genannt und die Wappen der beteiligten Kommunen gezeigt, der Gemeinde Jersbek und des Kreises Stormarn, die Logos der „AktivRegion Alsterland“ sowie der Kulturstiftung Stormarn der Sparkasse Holstein (die inzwischen eine eigene Kapital-Stiftung „Barockgarten Jersbek“ gegründet hat; deren Erträge sollen in späteren Jahren den Grundstock für den finanziellen Unterhalt des Jersbeker Parks bilden).

Der Internetauftritt für den Jersbeker Park und den Förderverein

Schon frühzeitig hatte der Förderverein sich in Abstimmung mit dem Besitzer des Parks und des Forstgutes Jersbek und der Gemeinde eine Internet-Anschrift sichern lassen: *www.jersbeker-park.de*. Wiederum ein Mitglied des Fördervereins, Frau Angela Goll aus Jersbek, hat sich angeboten, diese Internet-Seite zu entwerfen und später auch zu pflegen, also auf aktuellem Stand zu halten.

In der Einleitung findet man einen kurzen Text zur Geschichte des Jersbeker Gutsparks. Der Förderverein stellt sich mit seinen selbst gestellten Aufgaben und Zielen vor. Unter „Aktuelles“ sollen geplante Unterhaltungsmaßnahmen dargestellt werden. „Internetbesucher“ sollen hier aber auch schon einen Plan für die Fahrt nach Jersbek und für den Rundgang finden, mit Erläuterungen und spezifischen Fotos. Vielleicht können diese später je nach Jahreszeit sogar wechseln? Eine Darstellung der vom Förderverein durchgeführten Aktionen ist ebenso geplant wie ein Terminkalender mit künftigen Aktivitäten.

Über spezielle „Buttons“ wird auch eine Mitgliederwerbung möglich sein, mit einem Blick in die Satzung und einem Formular, um dem Förderverein beizutreten. Das Konto des Fördervereins kann aber auch für Spenden genutzt werden. Schließlich sollen auch „Links“ installiert werden, um zu weiteren Informationen zu gelangen, wie zum Beispiel zu den „gartenrouten zwischen den meeren“ (www.gartenrouten-sh.de), einem Angebot, mehrere historische Gärten und Parks sowie weitere Attraktionen per Fahrrad oder mit einer „Autowanderung“ aufzusuchen. Das Faltblatt zur Route Nr. 7: Stormarn bietet Kurztexte zu insgesamt zehn Parks und Anlagen an.

Führungen

Die Einzelbesucher des Jersbeker Parks gingen und gehen bisher zumeist ohne Plan und in freigewählter Strecke durch die Anlage. Zur Zeit der Primelblüte weisen Schilder darauf hin, dass die „Himmelschlüsselchen“ unter Naturschutz stehen und nicht gepflückt werden sollen (dürfen) – schließlich ist der Park Privateigentum.

Einzelne Gruppen wurden in der Vergangenheit zumeist nach entsprechender Vereinbarung durch Frau Margot Danger, Mitglied des örtlichen Landfrauenvereins, oder den früheren Bürgermeister, Herrn Gerd-Wilhelm Nuppenau, geführt. Beide bieten seit langem auch eine Führung durch den historischen Eiskeller und durch das Spritzenhaus von 1879 an, das am Rondell vor dem Torhaus liegt und seit der Restaurierung als Lapidarium für die Reste der historischen Gartenfiguren genutzt wird.

Für die Zeit der Landesgartenschau im Sommerhalbjahr 2011 werden weitere Vereinsmitglieder für Einzelführungen (gegen eine Aufwandsentschädigung) nach Absprache bereit stehen. Für sie ist eine spezielle Fortbildung geplant, um etwas mehr, als in dem Faltblatt oder auf den Informationstafeln steht, berichten zu können.

Andere Veranstaltungen

Schon heute wird von der Kirchengemeinde Bargfeld-Stegen einmal im Jahr ein „open-air“-Gottesdienst im Park veranstaltet. Ein „Literarischer Spaziergang“ mit dem Titel „Jersbek – Gartenlust des Barock“ wird im

Juni 2011 gemeinsam von der Volkshochschule Bargteheide mit Frau Vera Rosenbusch von den „Hamburger Literaturreisen“ durchgeführt. Ebenso ist eine Sonderführung „Die Gartenplastiken des Gutes Jersbek“ durch den Verfasser vorgesehen, bei der auch die sonst nicht frei zugänglichen Plastiken im Privatbereich vor dem Herrenhaus besucht werden sollen (beide Führungen sind bereits ausgebucht). Weitere Ideen harren der Umsetzung.

Ausblick

Der „Förderverein Jersbeker Park e.V.“ hat dank seiner engagierten Mitglieder einen guten Start erlebt. Vorstand und Beirat hoffen, dass dieser Weg auch in den kommenden Jahren erfolgreich weiter gegangen werden kann.

Die Unterhaltung der rund acht Hektar großen Parkanlage kann zu einem gewissen Teil zwar in Eigenleistung der Mitglieder erfolgen, aber größere Maßnahmen sind nur möglich, wenn die hierzu erforderlichen Mittel bereit stehen. Dazu ist der für zehn Jahre bis 2019 zugesagte jährliche Zuschuss des Kreises Stormarn ein wichtiger Grundstock. Zwei größere Spenden halfen, die ersten Maßnahmen wie die Kosten für die Entwicklung des Faltblattes und dessen Druck zu finanzieren. Die Mitgliedsbeiträge der Vereinsmitglieder reichen verständlicherweise nicht weit, werden aber durch kostenlose Pflegearbeiten der Vereinsmitglieder deutlich aufgestockt. Ein Mitglied, Zimmermann von Beruf, will insgesamt sechs Holzbänke für die Besucher des Parks spenden; zwei sind bereits an geeigneten Standorten aufgestellt.

Große Maßnahmen wie die Nachpflanzung von Linden (die durch den nicht bekämpfbaren „Brandkrustenpilz“ befallenen Linden müssen aus Gründen der Verkehrssicherheit gefällt werden), oder die Pflege des über zwei Kilometer langen Wegenetzes, können nur durchgeführt werden, wenn entsprechende Mittel in ausreichender Höhe bereit stehen. Die Kosten für das Schneiden der Hainbuchenhecken an den Wegen trägt der Gutsbesitzer, ebenso die Pflege für die südliche Hälfte des insgesamt 210 m langen Heckenganges. Für den jährlichen Schnitt der nördlichen Hälfte einschließlich des Rondells an der Querachse muss der Förderverein aufkommen.

Um das bisher seit Beginn der Grundsanie rung (1985-1987) unter der Trägerschaft des Kreises Stormarn Erreichte nun auch als Pächter seit dem 1. Januar 2010 fortsetzen zu können, bedarf es vielfältiger Ideen und Anstrengungen. Dazu soll unter anderem der Einsatz des beschriebenen, mehrteiligen Konzeptes für eine moderne Vermarktung und Besucherinformation dienen.

Das *Faltblatt* kann bei der Amtsverwaltung Bargteheide-Land, Eckhorst 24, 22941 Bargteheide, abgefordert werden. Es liegt auch im Gasthof „Zum Fasanenhof“ aus.

Literatur zum Jersbeker Park (Auswahl):

Burkhard von Hennigs, Jersbek, in: Adrian von Buttler und Margita Marion Meyer (Hrsg.), *Historische Gärten in Schleswig-Holstein*, 2. durchges. Auflage Heide 1998, S. 328-337.

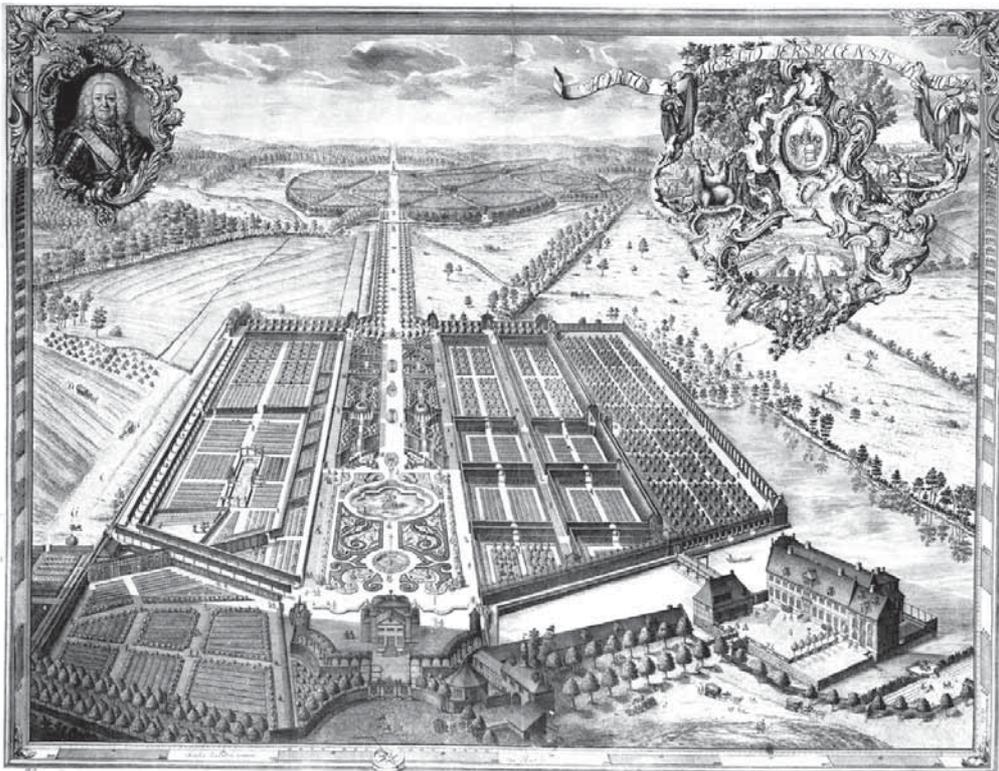
Ders.: Zur Sanierung und Pflege der barocken Lindenalleen im Jersbeker Garten, in: *DenkMal! Zeitschrift für Denkmalpflege in Schleswig-Holstein*, Jg. 6, Heide 1999, S. 56-60.

Ders.: Die Gartenplastik des Gutsgartens in Jersbek, in: *Nordelbingen. Beiträge zur Kunst- und Kulturgeschichte Schleswig-Holsteins*, Bd. 75, Heide 2006, S. 49-66.

Klaus Schröder, Geheimnisvolle Steine im Jersbeker Wald – Die Sanierung der Grabanlage von Cossel, in: Kreis Stormarn (Hrsg.), *Denkmalpflege im Kreis Stormarn III*, Neumünster 1997, S. 121-129.

Frank Chr. Hagen, Weitere Baumpflegemaßnahmen an den Lindenalleen im Jersbeker Gutsgarten, in: *Jahrbuch für den Kreis Stormarn* 2011, 29. Jg., Ammersbek 2010, S. 31-35.

Burkhard von Hennigs



Jersbeker Park, Kupferstich von C(ristian) Fritzsck nach einer Vorz(eichnung) von E(rnst) G(eorg) Sonnin, 1747, 1. Zustand (mit Bildnis-Medaillon von Bendix von Ahlefeldt).

Erklärungen und Einsendungen zum Beitrag von Dr. Jan Schlürmann zum Istedt-Löwen, MGSHG 79, Okt. 2010

In den MGSHG 79, Okt. 2010, hat Dr. Jan Schlürmann einen Diskussionsbeitrag „Der ‚Istedt-Löwe‘. Anmerkungen zur Geschichtspolitik in Flensburg“ veröffentlicht, der eine Polemik gegen die Redaktion der Grenzfriedenshefte enthält. Entsprechend den Gepflogenheiten der MGSHG wurde dieser Beitrag vorab Herrn Dr. Jörn-Peter Leppien, Redakteur der Grenzfriedenshefte, zugänglich gemacht, und es wurde der Redaktion angeboten, zum Artikel von Dr. Schlürmann Stellung zu beziehen. Dieses Angebot ging den Grenzfriedensheften schriftlich vier Wochen vor Redaktionsschluss zu. Die Redaktion der Grenzfriedenshefte hat es ebenfalls schriftlich abgelehnt.

Anstatt die angebotene Diskussion in den MGSHG anzunehmen, erschien in den Grenzfriedensheften 4/2010 in der Rubrik „Echo“ unter dem Titel „Hässliche Polemik gegen die Grenzfriedenshefte“ ein Beitrag, der die inhaltlich von Dr. Schlürmann aufgeworfene Diskussion zum Istedt-Löwen nur am Rande streift, und sich stattdessen im Wesentlichen gegen die Redaktion der MGSHG wendet, die redaktionellen Grundsätze der MGSHG in Frage stellt sowie den Redakteur namentlich und weit über seine redaktionelle Tätigkeit für die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte hinaus angreift. Dieser Artikel der Grenzfriedenshefte ist in erweiterter Form den MGSHG als Einsendung für dieses Heft zugegangen, so dass sich die Mitglieder der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte selbst ein Bild machen können.

Der Vorstand der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte hat daraufhin in seiner Sitzung am 7. Februar 2011 einmütig eine Erklärung formuliert und verabschiedet, die den Grenzfriedensheften zur Veröffentlichung zugegangen ist. Der Vorstand des Grenzfriedensbundes reagierte daraufhin mit einer Gegenerklärung, die der Redaktion der MGSHG am 23. Februar 2011 zugegangen ist. Beide Erklärungen werden nachfolgend veröffentlicht.

Außerdem erhielt die Redaktion eine Reihe von Einsendungen zum Thema, die im Folgenden im vollen Wortlaut und in der Reihe ihres Eingangs wiedergegeben werden.

Dr. Schlürmann hat entsprechend der üblichen Verfahrensweise bei Diskussionen in wissenschaftlichen Publikationsorganen die Möglichkeit erhalten, seinen Kritikern zu antworten. Nachdem die Diskussion zum Istedt-Löwen in diesem Heft der MGSHG umfangreich dokumentiert worden ist, werden etwaige weitere Beiträge nicht mehr in gedruckter Form sondern auf der Homepage der GSHG veröffentlicht.

Die Redaktion

Erklärung des Vorstands der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte auf den Artikel „Echo“ der Redaktion der Grenzfriedenshefte in der Ausgabe 4/2010

Im letzten Heft der „Mitteilungen“ der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 79 (2010) wurde in der Rubrik „Diskussion“ ein Artikel von Jan Schlürmann „Der Idstedt-Löwe. Anmerkungen zur Geschichtspolitik in Flensburg“ veröffentlicht. Auf diesen Beitrag antwortete die Redaktion der Grenzfriedenshefte mit einem Beitrag mit dem Titel „Echo. Hässliche Polemik gegen die Grenzfriedenshefte“. Darin wurde nicht allein heftige Kritik an der vom Artikelverfasser Schlürmann vertretenen Position geübt, sondern auch Frank Lubowitz – Redakteur der „Mitteilungen“ und Vorstandsmitglied der GSHG – scharf angegriffen.

Wir weisen diese ungerechten Angriffe auf unser Vorstandsmitglied entschieden zurück. Herr Lubowitz betreut die „Mitteilungen“ seit vielen Jahren mit großem Engagement und hoher Sachkenntnis.

Der Vorstand steht hinter ihm und seiner Redaktionsarbeit. Die „Mitteilungen“ stehen nämlich allen landesgeschichtlich interessierten Mitgliedern und Historikern zu landesgeschichtlichen Themen offen, und eine Zensur wird durch die Redaktion nicht ausgeübt.

Auf Inhalt und Diktion von Diskussionsbeiträgen nimmt die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte generell keinen Einfluss. Im konkreten Fall wurde Schlürmanns Artikel ausdrücklich als Diskussionsbeitrag publiziert und entsprechend gekennzeichnet. Darüber hinaus wurde der Redaktion der Grenzfriedenshefte unter Vorlage des Artikels im Vorfeld der Publikation angeboten, auch von ihrer Seite einen Beitrag zum Thema des Artikels in die Rubrik „Diskussion“ aufzunehmen.

Die Redaktion der Grenzfriedenshefte hat sich dafür entschieden, von diesem Angebot keinen Gebrauch zu machen.

Der Vorstand der GSHG bedauert unter diesen Umständen außerordentlich, dass die GFH-Redaktion über die legitime intensiv-kritische Auseinandersetzung mit dem Beitragsverfasser hinaus den Redakteur unserer „Mitteilungen“ allein wegen der Bereitstellung dieser Diskussionsplattform persönlich herabsetzt und seine fachliche Reputation diskreditiert. Dagegen verwahren wir uns mit Entschiedenheit. Wir appellieren an die Fachkollegen in der GFH-Redaktion, zu der bisher erfolgreich geübten sachlichen, angemessenen Art fachlicher Auseinandersetzung zum Nutzen aller zurückzukehren und im persönlichen Umgang miteinander den gebotenen Respekt zu wahren.

Fortiter in re – suaviter in modo!

Der Vorstand der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte

Stellungnahme des Vorstandes des ADS-Grenzfriedensbundes zu den Angriffen von Jan Schlürmann in den Mitteilungen der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 79 (Oktober 2010) gegen die Grenzfriedenshefte

Herr Schlürmann als Verfasser eines Artikels zum Idstedt-Löwen diffamiert hier auf unerhörte Weise die vom ADS-Grenzfriedensbund herausgegebene Vierteljahresschrift, indem er u. a. unterstellt, „dass die Grenzfriedenshefte und ihre Redaktion ausschließlich Wert auf ‚genehme‘ Beiträge im Sinn der ideologischen Ausrichtung dieser Heftreihe(!) legen und einer Diskussion über wichtige und kontroverse Themen des Grenzlandes durch Zensur(!) aus dem Wege gehen wollen.“

Die Redaktion der Grenzfriedenshefte hatte – wie auch andere Publikationsorgane – 2009 einen von Jan Schlürmann eingereichten Artikel über den Idstedt-Löwen abgelehnt.

Der Vorstand erklärt zu den Angriffen:

- Das Recht auf freie Meinungsäußerung beinhaltet nicht das Recht auf ehrabschneiderische Diffamierungen, auch dann nicht, wenn sie als „Diskussions“-Beitrag deklariert sind.

- Das Recht auf freie Meinungsäußerung hat nicht die Pflicht einer Redaktion zur Folge, jeden ihr angebotenen Diskussionsbeitrag zu publizieren.

- Das Angebot des verantwortlichen Redakteurs der Mitteilungen der Gesellschaft, sich mit Herrn Dr. Schlürmann über dessen Diffamierungen auseinanderzusetzen, ist kein Entgegenkommen, sondern eine Zumutung, die Herr Dr. Leppien (Redakteur der Grenzfriedenshefte) im Einvernehmen mit seinen Redaktionskollegen zurückgewiesen hat.

- Der Vorstand des ADS-Grenzfriedensbundes und die Redaktion der Grenzfriedenshefte hatten erwartet, dass die schlimmsten Diffamierungen vor der Publikation des Beitrages gestrichen würden. Dazu fand sich der verantwortliche Redakteur der Mitteilungen, Herr Lubowitz, nicht bereit.

- Der Angriff auf die Grenzfriedenshefte mit dem Vorwurf der Zensur, Abgeschlossenheit und Diskussionsunfähigkeit ist ein Schlag ins Gesicht für unseren gesamten Verein, für den die Schaffung von Dialogen ein grundsätzliches Ziel ist. Unsere vielen Dialogveranstaltungen sind wie die Grenzfriedenshefte ein Aushängeschild unseres Vereins.

Der Vorstand des ADS-Grenzfriedensbundes weist daher die in den Mitteilungen der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte publizierten Verleumdungen der Grenzfriedenshefte und ihrer Redaktion in aller Form zurück.

Unseren Standpunkt hatten wir bereits gegenüber dem Vorsitzenden der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, Herrn Jörg-Dietrich

Kamischke, zum Ausdruck gebracht. Mit Befremden stellen wir nun fest, dass der Vorstand der GSHG unserer Position in seiner öffentlichen Stellungnahme in keiner Weise Rechnung trägt.

Lothar Hay
Vorsitzender

Anmerkungen zum „Idstedt-Löwen“

Im letzten Heft der „Mitteilungen“ erschien Jan Schlürmanns Aufsatz über den „Idstedt-Löwen“, der mich in vielerlei Hinsicht gestört hat. Dabei geht es mir hier jetzt nicht um den Inhalt, u. a. den Rückfall in nationale Grabenkämpfe, worüber Berufene urteilen mögen. Vielmehr nehme ich Anstoß an dem Ton und an den polemischen und beleidigenden Äußerungen, die diesen Aufsatz durchziehen und die ich schon im Oktober und November des letzten Jahres in Briefen an die Redaktion bemängelt habe.

Auf S. 43 wird den „Grenzfriedensheften“ eine „ideologische Ausrichtung“ unterstellt und ihrer Redaktion vorgeworfen, dass sie „ausschließlich Wert auf ‚genehme‘ Beiträge“ lege und „Zensur“ ausübe – die schlimme Entgegnung eines gekränkten Autors auf die sachlich begründete Ablehnung eines Artikels. – Auf S. 49 lesen wir, dass M. Scharthl und andere als „ambitionierte ‚region-builder‘“ „auf die Umdeutung von historischen Versatzstücken ... angewiesen“ seien. – Auf S. 50 entdeckt der Autor einen „sich hermetisch abschließenden Kreis ideologisch konditionierter Funktionäre“, dem man nicht die Vergangenheitsdeutung überlassen solle. – Auf S. 51 ist von der „durchsichtigen Taktik, erst gar keine Diskussion aufkommen zu lassen“, die Rede, so dass „meine kritischen Beiträge ... zensiert“ wurden, und davon, dass J.-P. Leppien „Bedingungen [stelle], die seiner persönlichen ideologisch determinierten Geschichtsauffassung entspringen.“ – Gerade den „Grenzfriedensheften“ Mangel an Toleranz für die Symbole und Veranstaltungen der dänischen Minderheit vorzuwerfen (S. 52), ist böseartig und sät Zwietracht.

Es ist jedem Autor unbenommen, seine Gedanken zu einem Thema niederzuschreiben und zur Diskussion zu stellen – und zwar auch zugespitzt und in deutlichen Worten; er mag sich außerdem über das ihm seiner Meinung nach zugefügte Unrecht beklagen. Er sollte aber sachlich bleiben und sich jeder aggressiven Polemik und Beleidigung enthalten. Wenn er dies nicht tut, nicht tun kann oder nicht tun will, so steht vor der Veröffentlichung in einer Zeitschrift einer wissenschaftlichen Gesellschaft eine Redaktion bereit, um Auswüchse zu verhindern. Die Verantwortung einer Redaktion besteht nicht nur darin, den Text auf inhaltliche und formale Richtigkeit zu prüfen und gegebenenfalls zu korrigieren, sondern auch

polemische Äußerungen zu mildern und Schmähungen zu streichen. Ein solches Vorgehen verletzt eben nicht die Freiheit der Meinung und der Wissenschaft, sondern gehört zu den Pflichten einer Redaktion und dient – was oft vergessen wird – nicht zuletzt dem Schutz des Autors selbst.

Diese redaktionelle Sorgfalt habe ich bei dem Abdruck des Aufsatzes über den „Idstedt-Löwen“ vermisst. So ist dem Autor Raum gegeben worden, seine Animositäten auszuleben und mit Polemik Kollegen, die auch Mitglieder unserer Gesellschaft sind, zu verletzen und die „Grenzfriedenshefte“, die sich um das Zusammenleben von Dänen und Deutschen verdient machen, zu diffamieren. Unserer Gesellschaft wurde damit kein Gefallen getan.

Die scharfe Antwort in den „Grenzfriedensheften“ (2010, 4) mit der bezeichnenden Überschrift „Hässliche Polemik“ war zu erwarten gewesen; sie ist – leider – berechtigt.

Dr. Hans-F. Rothert, Holmredder 82, 22107 Kiel

Im Zweifelsfalle für die Diskussionsfreiheit

In der Nummer 79 der „Mitteilungen der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte“ hat sich Jan Schlürmann kritisch mit einer Wiederaufstellung des Idstedt-Löwen, vor allem aber mit der zu dieser Frage eingenommenen Haltung des „Grenzfriedensbundes“ auseinandergesetzt („Der Idstedt-Löwe. Anmerkungen zur Geschichtspolitik in Flensburg“).

Der „Grenzfriedensbund“ fühlte sich durch diesen Artikel beschwert und unangemessen kritisiert und hat darauf in einer Stellungnahme der Redaktion in den „Grenzfriedensheften“ („Hässliche Polemik gegen die Grenzfriedenshefte“, Heft 4/2010) ebenso kritisch geantwortet. Vor allem aber hat die Redaktion der „Grenzfriedenshefte“ Kritik daran geübt, dass der Redakteur der „Mitteilungen“, Frank Lubowitz, diesen Artikel von Schlürmann überhaupt in die „Mitteilungen“ aufgenommen habe. Daraus ist meiner Ansicht nach eine Kontroverse mit völlig unangemessenen Folgen geworden.

Zunächst ist es doch bedauerlich, dass die Leser der „Grenzfriedenshefte“, soweit nicht Mitglieder der GSHG, den Vorlauf dieser Kontroverse gar nicht kennen, andererseits die Mitglieder der GSHG, soweit sie nicht die „Grenzfriedenshefte“ lesen, die Antwort der Redaktion nicht kennen. Aber beides gehört doch sinngemäß zusammen. Insofern wäre es besser gewesen, beide Artikel in Folge auch an einem Orte zu veröffentlichen.

Dann zur Sache selbst: Sowohl über die Wiederaufstellung des Idstedt-Löwen in Flensburg wie auch über die heutige Bedeutung dieses Denkmals kann man doch diskutieren. Es gibt in diesem Fall keine einhelligen

Beurteilungen, und insofern ist dieser Vorgang offen für unterschiedliche Meinungen.

Nun zu dem besonderen Vorgehen, insbesondere zu der Frage: Welche Aufgabe hat die Rubrik „Diskussion“ in den „Mitteilungen“ der Gesellschaft und wo endet die Meinungsfreiheit für die dort abgedruckten Beiträge. Es hat schon mehrfach heftige Diskussionen in den „Mitteilungen“ gegeben – Auseinandersetzungen über landesgeschichtliche Themen und deren Deutung (Nr. 12-16: Idstedt; Nr. 38-40: Deutungsfragen; Nr. 49-51: IZRG/Institut für Landeskunde). Waren zunächst solche Kontroversen in den normalen Textablauf der „Mitteilungen“ eingefügt worden, so wurde in den achtziger Jahren eine besondere Rubrik „Diskussion“ geschaffen, um den Stellenwert und die besondere Ausprägung dieser Beiträge zu betonen.

In all diesen Kontroversen wurde mit Zuspitzung argumentiert, scharf kritisiert, die Kontrahenten nicht geschont. Es waren immer Gefechte mit schwerem Säbel.

Schließlich zu dem besonderen Fall: Der Beitrag von Jan Schlürmann gehört thematisch – da auch eine Frage der Landesgeschichte behandelnd – in die „Mitteilungen“. Der Artikel ist namentlich gekennzeichnet, und damit übernimmt Jan Schlürmann auch die Verantwortung für diesen Artikel und für alle Kritik, die er auf sich zieht. Der Vorwurf an den Redakteur der „Mitteilungen“, dass er diesen Artikel von Schlürmann nicht hätte aufnehmen dürfen, ist nicht haltbar. Es gibt nur zwei Gründe, die Aufnahme von Artikeln abzulehnen: Entweder es sind in den Artikeln falsche Behauptungen enthalten oder dieselben sind grob ehrenrührig. Beides trifft für den Beitrag von Schlürmann nicht zu. Der Artikel ist scharf formuliert, über manche Formulierung polemischer Zuspitzung kann man streiten, aber eine Zensur rechtfertigt dies nicht.

Jan Schlürmann begibt sich mit diesem Artikel auf den Markt der öffentlichen Meinung, und es ist Aufgabe und Recht des mündigen Lesers, den Artikel als unangemessen zu verwerfen oder ihm zuzustimmen. Der Redakteur der „Mitteilungen“ hat in diesem Falle gleichsam die Aufgabe einer Zeitungsredaktion, die Leserbriefe veröffentlicht, ohne sich der in dem Artikel vertretenen Auffassung anzuschließen.

Insgesamt: Es fördert doch die Lebendigkeit der „Mitteilungen“, wenn in den Beiträgen unter der Rubrik „Diskussion“ heftig diskutiert, kontrovers argumentiert und angemessen polemisiert wird. In einem solchen Fall geht die Freiheit der Diskussion und der Meinung über jede kleinliche Feilscherei über bestimmte Formulierungen oder gar den Ausschluss ganzer Beiträge. Insofern plädiere ich für eine weitere freiheitliche Aufnahme aller Beiträge von allen Seiten, sofern sie nicht falsch oder ehrenrührig sind.

Prof. Dr. Peter Wulf, Nierott 46, 24214 Gettorf

Zensur?

In seinem Beitrag über den Idstedt-Löwen im vergangenen Heft äußert Jan Schlürmann den Verdacht, daß, nachdem die Redaktion der Grenzfriedenshefte (GFH) den Aufsatz nicht angenommen hatte, „die Grenzfriedenshefte und ihre Redaktion ausschließlich Wert auf ‚genehme‘ Beiträge im Sinne der ideologischen Ausrichtung dieser Heftreihe legen und einer Diskussion über wichtige und kontroverse Themen des Grenzlandes durch Zensur aus dem Weg gehen wollen“.

Nun ist es an sich nicht ungewöhnlich, daß eine Redaktion die Aufnahme eines Artikels ablehnt. Ungewöhnlich allerdings ist es, wenn einer der von Herrn Schlürmann kritisierten Redakteure der GFH, Herr Leppien, ein Gespräch mit dem abgelehnten Autor verweigert und auch die Einladung der Redaktion der Mitteilungen, sich zu dem Schlürmannschen Beitrag direkt anschließend zu äußern, ausschlägt. Das wäre eine Gelegenheit gewesen, die Ablehnung zu begründen und Herrn Schlürmanns Darstellung zu entkräften. Höchst bedenklich aber wird es, wenn anschließend die Redaktion der GFH (Herr Leppien, Herr Scharl und Herr Schlaber) im Heft 4/2010 (S. 326-330) den Redakteur der Mitteilungen, Herrn Lubowitz, in einer noch nie dagewesenen Weise angreift, weil er sich unterstanden hat, den Schlürmannschen Artikel zu veröffentlichen.

Es ist nicht das erste Mal, daß Herr Leppien der Redaktion der Mitteilungen Vorhaltungen wegen der Aufnahme eines Diskussionsbeitrags macht. Ein Vergleich beider Fälle soll zeigen, welche Mittel von ihm und den GFH angewendet werden, um der Forderung nach Unterdrückung unliebsamer Beiträge Nachdruck zu verleihen. Das Verfahren kann als exemplarisch bei der Durchsetzung von Meinungs-, Deutungs- und Gesinnungshoheit angesehen werden.

Im Jahre 1996 hatte ich in den Heften 49 und 50 der Mitteilungen einen Beitrag zur Auflösung des Instituts für Landesforschung an der Universität Kiel geschrieben und mich darin auch kritisch zur Entstehungsgeschichte des Instituts für Schleswig-Holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte (IZRG) sowie zur Praxis der Stellenbesetzung dort, an der Herr Leppien an exponierter Stelle beteiligt war, geäußert. Heft 51, 1997, brachte Herrn Leppiens Erwiderung unter dem Haupttitel „Redaktionelle Verantwortung“. Darin machte sich Herr Leppien allerdings nicht die Mühe, auf die gut dokumentierten Fakten einzugehen und diese Punkt für Punkt mit Beweisen zu widerlegen. Er ging einen anderen Weg. Er hob eigene Verdienste hervor, lobte Gleichgesinnte („renommierter Landeshistoriker“, „honorierter Landeshistoriker“, „allseits bekannte, unabhängige Wissenschaftler“, „durchaus verdient“, „vernünftige Leute“), zog Dinge, die nicht zur Sache gehörten, heran, arbeitete mit Unterstellungen und Verdrehungen, igno-

rierte Aussagen des Autors oder verkehrte sie ins Gegenteil. „Polemische Ausfälle“, „unqualifizierte Bemerkungen“, „Anwürfe“, „unverantwortliche Auslassungen“, „unwahre Behauptungen“, „Fehlinformationen und Fehlerurteile“, „blanker Unsinn“, „politisch motivierte Stellungnahme“, „fragwürdige politische Qualität seiner Äußerungen“ urteilte Herr Leppien ohne nähere Begründung über den Artikel. Seinem Autor warf er persönliches Versagen, Unkenntnis der Landesgeschichte, der Wissenschaftstheorie und der Didaktik vor. Es fehlten auch nicht Andeutungen über die „moralischen und wissenschaftlichen Qualitäten“ des Autors und „die unheilvolle Tradition“, in der er sich befände. Damit ließ sich eine Nähe zu Rechtsextremisten und Verfassungsfeinden konstruieren. Nach Herrn Leppiens Ansicht hatte ich damals die Grenze der Meinungsfreiheit weit überschritten, mich gegenüber den von mir Kritisierten der „fortgesetzten Beleidigung und üblen Nachrede“, des „unzulässigen Angriffs auf die Freiheit der Person“, der Verleumdung und Ehrverletzung schuldig gemacht, ja sogar deren Menschenwürde mißachtet. Eine gerichtliche Bestätigung dieser Anschuldigungen haben die Kritisierten damals nicht zu erlangen versucht.

Auf diese eigenhändig gefertigte Fratze des Autors deutend, machte Herr Leppien der Redaktion der Mitteilungen den Vorwurf, daß sie den Artikel veröffentlicht habe: Sie habe „zu bedenken, daß man das kostbare Grundrecht auf Meinungsfreiheit in falscher Auslegung leicht ad absurdum führen und diskreditieren kann“. Und: „Aufgabe der Redaktion eines demokratischen Publikationsorgans ist es aber, unter übergeordneten Gesichtspunkten nicht zuletzt die ethische und rechtliche Dimension einer Meinungsäußerung vor ihrer Veröffentlichung sorgsam ins Kalkül zu ziehen.“ Und schließlich: „Wenn die Redaktion der Mitteilungen dies nicht weiß oder nicht beachtet, hat sie die Mitverantwortung für Verfehlungen zu tragen, die den Kern unseres demokratischen Gemeinwesens berühren.“ Aber eigentlich stecke mehr dahinter: „Man muß schon viel Wohlwollen aufbieten, um das Vorgehen der Redaktion ‚in dieser Sache‘ lediglich als eine krasse Fehlentscheidung zu betrachten.“

Und heute? Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit Herrn Schlürmanns Thesen lehnt die Redaktion der GFH ab, „da die schier unglaublichen Verunglimpfungen, denen (nicht nur) die Grenzfriedenshefte in dem Beitrag ausgesetzt werden, keine Basis für eine sachliche Diskussion mit dem Autor bieten“. Aufgezählt werden statt dessen die Verdienste der GFH („höchste Wertschätzung“, „immer dem niveauvollen Dialog und der Lösung aktueller Probleme verpflichtet“) und einzelner Mitglieder ihrer Redaktion. Nicht zur Sache Gehörendes wird herangezogen; Unterstellungen und ins Gegenteil verkehrte Aussagen des Autors wechseln sich ab. „Auf vollkommen inakzeptable Weise verunglimpft“ fühlt sich die Redaktion, und in diesem Tenor geht es weiter: „vollkommen abwegiger Versuch“, „bil-

lige Stimmungsmache“, „auf übelste Weise diffamiert“, „verquere wie ehrabschneiderische Äußerungen“, „grobe Desinformation“, „herabwürdigende Weise“ - alles ohne nähere Begründung. Der Autor sei „altem nationalpolitischen Lagerdenken verhaftet“, setze auf „nationale Abgrenzung“, nehme eine „selbst konstruierte Märtyrerrolle“ ein und habe keine Ahnung von Geschichtsdidaktik, Museumspädagogik und Gedenkstättenpädagogik. So etwas läßt sich in den GFH leicht behaupten, nachdem man deren Lesern die Möglichkeit vorenthalten hat, sich ein eigenes Urteil zu bilden.

Immer wieder wird der Empörung darüber Ausdruck verliehen, daß Herr Lubowitz so einen „unqualifizierten Beitrag“ in die Mitteilungen aufgenommen hat. Der Schluß hat es in sich:

„Im Vorfeld der Veröffentlichung des Beitrages von Schlürmann hat Jörn-Peter Leppien den Redakteur der Mitteilungen auf dessen redaktionelle Verantwortung hingewiesen. Wenn Frank Lubowitz den Text trotzdem ohne jede Entschärfung publiziert hat, so muss man daraus schließen, dass er die hässliche Polemik des Autors für berechtigt hält und dessen abwegige Auffassungen über den Idstedt-Löwen teilt, mindestens aber als diskussionswürdig betrachtet. Dafür spricht auch die Tatsache, dass Lubowitz in seiner dienstlichen Eigenschaft als Leiter des Archivs und der Forschungsstelle der deutschen Volksgruppe in Zusammenarbeit mit der Deutschen Kulturgesellschaft Flensburg den Historiker Schlürmann jüngst zu einem Vortrag mit dem Löwenthema eingeladen hat.

Das Verhalten von Frank Lubowitz wirft Fragen auf, nicht nur nach seinem redaktionellen Verantwortungsbewusstsein, sondern auch nach seiner historisch-wissenschaftlichen und minderheitenpolitischen Position sowie nach seinem Verhältnis zu Historikerkollegen. [...] Die Publikation hat sicher nicht dazu beigetragen, die Reputation von Autor und auch Redakteur in Fachkreisen zu steigern. [...] Als langjährige Mitglieder der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte [...] müssen wir feststellen, dass der Redakteur Lubowitz nicht nur sich selbst und den Mitteilungen geschadet, sondern auch die herausgebende Gesellschaft in ein Licht gesetzt hat, das sie absolut nicht verdient.“

Die GFH erschienen zu einem Zeitpunkt, als – das war den Mitgliedern der Redaktion bekannt - in Folge der Sparmaßnahmen bei der deutschen Minderheit in Nordschleswig auch Herrn Lubowitz' Stelle zur Disposition stand.

Die Methode, mit der Unerwünschtes neutralisiert und unterdrückt werden soll, tritt deutlich hervor. Eine sachbezogene argumentative Auseinandersetzung wird verweigert. Wenn es nicht gelingt, die Veröffentlichung zu verhindern, wird vom Autor und seinem Beitrag ein Zerrbild gezeichnet, das den Autor menschlich und fachlich herabsetzt und in Verruf bringen soll; er wird als inkompetent, charakterlich zweifelhaft und politisch

unzuverlässig, gerne als Nationalist oder Rechtsextremist hingestellt. Die aufnehmende Redaktion wird in die Schmähung einbezogen. Sie wird gewarnt, sie wird der Komplizenschaft mit dem Autor bezichtigt, sie wird auf eine „redaktionelle Verantwortung“ (definiert im Sinne der Unterdrücker) hingewiesen, es wird versucht, sie einzuschüchtern, um sie von zukünftigen Zuwiderhandlungen abzuhalten. Zur Einschüchterung gehört die Bezeichnung von Straftaten und die Insinuation, mit der man auf die berufliche Existenz der Gegenseite zielt. (1996 erhielten die beiden Redakteure von einem der Betroffenen ein Drohschreiben – nicht von Herrn Leppien oder einem andern Mitglied der Redaktion der GFH –, das für den Wiederholungsfall entsprechende Enthüllungen ankündigte.) Zur Legitimation ihrer Forderung berufen sich die Unterdrücker in maßloser Selbstgerechtigkeit auf die eigenen Verdienste, die eigene Rechtsauffassung, insbesondere zur Meinungsfreiheit, und „übergeordnete Gesichtspunkte“, wobei diese nicht auf allgemeinem Konsens beruhen, sondern ebenfalls von den Unterdrückern definiert werden.

Gegen solche Anmaßung hilft nur Öffentlichkeit. Wenn alle Versuche, Fakten und Meinungen zu unterdrücken, öffentlich gemacht werden, läßt sich, je mehr desto besser, erkennen, welche Personen, Institutionen oder Positionen durch wen und mit welcher Absicht vor Kritik geschützt werden sollen.

Im Jahre 1997 (Mitteilungen 51, 1997, S. 15) antwortete der Schriftführer der Geschichtsgesellschaft, Ulrich Lange, den Angriffen auf die Redaktion: „Seitens der Redaktion ist hierzu jedoch festzustellen, [...] daß bei einem namentlich gekennzeichneten Artikel die Verantwortung für den Inhalt und damit auch die Bewertung von Zusammenhängen beim Verfasser liegt. [...] Die Mitteilungen stehen für Berichte und Informationen zu landeshistorischen Themen allen Mitgliedern der Geschichtsgesellschaft sowie allen in der landesgeschichtlichen Arbeit engagierten Forschern offen. Eine Zensur wird nicht ausgeübt. [...] Für die Redaktion möchten wir betonen, daß wir die Freiheit der Meinungsäußerung sehr hoch bewerten und dabei vor allem auch die Freiheit des Andersdenkenden sehen.“ Und schließlich weist Herr Lange namens des Vorstands die Unterstellung zurück, „Äußerungen in nur einem, namentlich gekennzeichneten Artikel“ seien repräsentativ für die gesamte Geschichtsgesellschaft.

Das gilt heute noch. Es war nicht nur richtig, Herrn Schlürmanns Beitrag in den Mitteilungen abzudrucken, sondern eine Notwendigkeit. Der Umdeutung von Denkmälern und Symbolen nachzugehen ist Pflicht eines Historikers; die Ergebnisse seiner Forschung liegen im öffentlichen Interesse. Zur redaktionellen Verantwortung bei den Mitteilungen gehört es, für eine Themen- und Meinungsvielfalt zu sorgen. Es ist nämlich nicht unwahrscheinlich, daß es unter den Mitgliedern der Gesellschaft für Schles-

wig-Holsteinische Geschichte, die mit ihren Beiträgen die Mitteilungen finanzieren, auch solche gibt, die die Meinung der Herren Leppien, Schartl und Schlaber nicht teilen.

Dr. habil. Henning Unverhau, J.-H.-Fehrs-Weg 5, 24340 Eckernförde

Verantwortlichkeit und Grenzen landesgeschichtlicher Diskussion. Grundsätzliches und Angelegentliches zur Auseinandersetzung über den Idstedt-Löwen.

Der Vorstand der GSHG hat sich am 7. Februar dieses Jahres in einer „Antwort“ auf das „Echo“ der Redaktion der Grenzfriedenhefte (GFH) 4/2010 auf „hässliche Polemik“ gegen sie in den MSHG 79, Oktober 2010, ostentativ und ohne jede Einschränkung hinter den zuständigen, verantwortlichen Redakteur Frank Lubowitz und seine „Redaktionsarbeit“ gestellt. Konkreter Anlaß und spezieller Gegenstand der Kritik an seiner Arbeit als Redakteur war der nicht nur von der Redaktion der GFH, sondern weit darüber hinaus auch von zahlreichen anderen Lesern der MSHG dies- und jenseits der deutsch-dänischen Staatsgrenze wegen seiner ebenso willkürlichen wie haltlosen und darüber hinaus auch persönlich diffamierenden Werturteile entschieden als indiskutabel abgelehnte Beitrag „Der Idstedt-Löwe. Anmerkungen zur Geschichtspolitik in Flensburg“ von Jan Schlürmann unter der Rubrik „Diskussion“.

Die MSHG, sucht der Vorstand die umstrittene Veröffentlichung in seiner „Antwort“ zu rechtfertigen, stünden „nämlich allen landesgeschichtlich Interessierten Mitgliedern und Historikern zu landesgeschichtlichen Themen offen, und eine Zensur wird durch die Redaktion nicht ausgeübt.“ Weiterhin heißt es dann: „Auf Inhalt und Diktion von Diskussionsbeiträgen“ nehme die GSHG „generell keinen Einfluß.“ Lubowitz sei als Redakteur der MSHG „über die legitime intensiv-kritische Auseinandersetzung mit dem Beitragsverfasser hinaus ... allein wegen der Bereitstellung dieser Diskussionsplattform persönlich herabgesetzt und seine fachliche Reputation diskreditiert“ worden. Der Vorstand appelliert schließlich „an die Fachkollegen in der GFH-Redaktion, zu der bisher erfolgreich geübten sachlichen, angemessenen Art fachlicher Auseinandersetzung zum Nutzen aller zurückzukehren und im persönlichen Umgang miteinander den gebotenen Respekt zu wahren. Fortiter in re – suaviter in modo.“

Spätestens hier tut sich dem Leser ein erschreckender Widerspruch in der Argumentation des Vorstands auf. Und er fragt sich, weshalb dieser Ratschlag ausschließlich der Redaktion der GFH erteilt wird und nicht zunächst dem verantwortlichen Redakteur der eigenen MSHG, dessen Veröf-

fentlichung des Beitrags von Schlürmann erst das „Echo“ der Redaktion der GFH ausgelöst hat, mehr noch: woher er sich das Recht nimmt, in so eklatanter Weise zweierlei unvereinbares Maß anzuwenden, die alte bewährte lateinische Devise für jeden Disput zu proklamieren, auf „Inhalt und Diktion von Diskussionsbeiträgen“ in den MSHG jedoch „generell keinen Einfluß“ nehmen zu wollen. Nicht in den GFH, sondern in den MSHG sind Ton, Form und Stil in modo & re bestimmt worden, die der Vorstand aus dem „Echo“ heraushören und -lesen will.

Auf der interdisziplinären wissenschaftlichen Fachtagung „Klöster, Stifte und Konvente nördlich der Elbe“ am 4./5.11.2010 hatte ich Gelegenheit, mich gleichsam an Ort und Stelle im Kreise eingeweihter und zuständiger Mitglieder der GSHG nach den Umständen der Veröffentlichung zu erkundigen. Danach hat sie nicht „die Redaktion“ der MSHG, sondern allein ihr Mitglied Frank Lubowitz persönlich zu verantworten. Ihr anderes Mitglied, Günther Bock, versicherte gesprächsweise, er hätte ihr, wäre er damit befaßt gewesen, aus redaktioneller Verantwortung nicht zugestimmt. Um diese Verantwortung aber geht es im Kern der Angelegenheit. Und sie meint die Redaktion der GFH in ihrem „Echo“ völlig zu Recht.

Durch die „Antwort“ des Vorstands wird der fatale Eindruck erweckt, als sei in den Beiträgen unter der Rubrik „Diskussion“ alles erlaubt. Man wird geradezu an die vernichtende Kritik erinnert, mit der Ralf Dahrendorf noch vor viereinhalb Jahrzehnten auf Grund einiger prominenter Textzitate die Geistesgeschichte abqualifiziert hat. Sie erscheine, schrieb er, „zuweilen als das *catch as catch can* der Geschichtswissenschaft“. Hier gelte „alles, weil alles beliebig“ sei. Die moderne kritische Geschichtswissenschaft hat indes – übergreifend und grundlegend – für alle historischen Teildisziplinen, mithin implizite auch für die Geistes-, Landes- oder Regionalgeschichte wie explizite für die historischen Schulen oder Richtungen anderer Wissenschaften klare verbindliche Standards entwickelt, die der methodischen Untersuchung, der abstrahierenden Begriffs- und Urteilsbildung, der kontextuellen Verortung und Einordnung, der theoretischen Erklärung, dem deliberativen Diskurs und schließlich der hierauf gegründeten ereignis- und verlaufsgeschichtlichen, entwickelnden wie vergleichenden historischen Darstellung feste, empirisch allgemein überprüfbare Grenzen setzen. Sie werden im Hochschulstudium zusammen mit dem hilfswissenschaftlichen Handwerkzeug vom ersten Semester an im Proseminar oder Einführungskurs eingeübt. Ihre sichere Aneignung und verlässliche Beherrschung wird schließlich mit dem bestandenen Abschlußexamen zertifiziert.

In ihrem Anspruch methodisch-kritischer Rekonstruktion vergangener Wirklichkeiten ist die moderne Historie längst eine exakte Wissenschaft geworden, wie Max Planck sie in seinem klassischen Vortrag „Sinn und Grenzen der exakten Wissenschaft“ bestimmt und umrissen hat. Eine ana-

loge Überprüfung aller von ihm geltend gemachten epistemologischen Kriterien und Prämissen ergibt eine bemerkenswerte grundlegende Übereinstimmung und befreit die Geschichtswissenschaft vom Verdacht oder der Unterstellung der – letztlich vor-, außer-, nicht- oder unwissenschaftlichen – Beliebigkeit ihrer Einsichten, Erkenntnisse und Ergebnisse. Standortgebundenheit und Perspektivität bewirken die – seit Barthold Georg Niebuhr bewußte und mittlerweile selbstverständliche – Historizität des Gegenstandes wie der Erkenntnis der Geschichtswissenschaft. Diese doppelte Historizität schließt indes Willkürlichkeit, Parteilichkeit und Beliebigkeit der Darstellung wie der Urteilsbildung aus. Selbstreflexion, Traditions- und Ideologiekritik vermögen überdies vor subjektiven und parteilichen Werturteilen oder gar persönlichen Diffamierungen zu schützen, die vor allem etwas über ihren Urheber, jedoch wenig oder gar nichts über den verhandelten Gegenstand aussagen.

Am Ende bleibt die Pluralität der aus den Quellen erarbeiteten, von ihnen getragenen und im wissenschaftlichen Diskurs erprobten Rekonstruktionen, Darstellungen, Deutungen, Sachurteile und Erklärungen. Und es bleiben die orientierenden historischen Werturteile, die jede Generation auf Grund ihrer zeitgeschichtlichen Erfahrungen an Hand konsensfähiger allgemeiner Wertmaßstäbe über die Geschichte fällt, um ihr Sinn und Bedeutung für die Gegenwart zu verleihen. In diesem von der Geschichtswissenschaft vorgegebenen fachüblichen, auch in der GSHG längst etablierten und bereits vielfach bewährten Rahmen hätte sich angesichts offensichtlicher Differenzen eine kontroverse aktuelle Diskussion in den MSHG über den Istedt-Löwen vor dem Hintergrund und im Zusammenhang seiner Geschichte geradezu angeboten, zumal Frank Lubowitz und Jan Schlürmann als ehemalige Angehörige des akademischen Mittelbaus des Historischen Seminars der CAU Kiel ausgewiesen sind und daher mit den fachwissenschaftlichen Usancen hinreichend vertraut sein sollten. Auch waren der GFB und seine GFH bereits seit 1992 mit mehreren einschlägigen Veröffentlichungen, namentlich Jörn-Peter Leppiens, vorangegangen, die insbesondere der Information dienten, der öffentlichen wie der fachlichen Diskussion wichtige Impulse gaben und in ihrem aufklärerischen Duktus Maßstäbe setzten.

Schlürmanns Beitrag hingegen bricht mit dieser Tradition durch maßlose Polemik und vorsätzliche Verletzung der geschichtswissenschaftlichen Standards in modo & re. Die Redaktion der GFH war daher gut beraten, sich nicht auf das Angebot des Redakteurs Lubowitz einzulassen, „auch“, wie es in der „Antwort“ des Vorstands der GSHG heißt, in Kenntnis der Ausführungen Schlürmanns „von ihrer Seite einen Beitrag zum Thema des Artikels“ in der Rubrik „Diskussion“ beizusteuern. Schließlich hatte sie selbst bereits das Angebot einer Vorform zur Veröffentlichung in den GFH

abgelehnt, die – Schlürmanns Ausführungen zufolge – schon die „Kerngedanken“ enthielt. Allein die apodiktische Bezeichnung einer begründeten Ablehnung dieser Vorform durch die GFH und das Flensburger Tageblatt als „Zensur“ und die aberwitzige, diffamierende Abqualifizierung verdienter, in verantwortlichen öffentlichen Aufgaben mit breiter Zustimmung, Anerkennung und Wertschätzung ehrenamtlich wirksamer Persönlichkeiten als „sich hermetisch abschließender Kreis ideologisch konditionierter Funktionäre“ mögen hier als hinreichende Belege genügen. Sie sind geradezu repräsentativ für den gesamten Duktus des Artikels und disqualifizieren ihn somit als Beitrag für die MSHG. Eine sich ihrer wissenschaftlichen und öffentlichen Verantwortung bewußte Redaktion hätte den Text so niemals in den Druck geben und ans Licht lassen dürfen. Nun aber wirft er mit seiner Veröffentlichung einen lastenden Schatten auf die MSHG und ihren allein dafür verantwortlichen Redakteur. Das „Echo“ der Redaktion der GFH bringt dies mit aller berechtigten, geradezu herausgeforderten Deutlichkeit klar und unmißverständlich zum Ausdruck.

Hätte die GSHG den Schaden möglichst gering halten wollen, hätte sie ihn auf den Verursacher begrenzen, aber eben deshalb auch personalisieren und entsprechende Konsequenzen ziehen müssen. Nun sich der Vorstand ebenso unnötiger- wie unverständlicher Weise hinter ihn gestellt und ihm volle Rückendeckung gegeben hat, wird auch er sich dafür verantworten und vor der Mitgliederversammlung dafür rechtfertigen müssen. Der mittlerweile – nicht zuletzt durch die beharrliche öffentliche Wirksamkeit des GFB – erreichte stabile Grenzfrieden wird sich wohl schwerlich noch durch solch eine Provokation ernsthaft beeinträchtigen lassen, zumal Schlürmanns irrealer Polemiken und seine abstrusen Rückfälle in nationale Orientierungen, alles andere als ansteckend wirken dürften.

Schwerwiegender scheint indes der Schaden zu sein, der nunmehr dem Ansehen der GSHG, insonderheit seines amtierenden Vorstands, droht, wenn mit seiner uneingeschränkten Billigung in ihren MSHG derart willkürlich, aber auch maßlos egozentrisch-larmoyant und damit schließlich sträflich verharmlosend mit einem historisch-politisch eindeutigen, aus der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts nur allzu vertrauten Begriff wie „Zensur“ umgegangen werden darf. Artikel 5 unseres Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, der dem hohen Gut des Grundrechts der Meinungs- und Pressefreiheit sowie der Freiheit von Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre gilt, bestimmt ausdrücklich: „Eine Zensur findet nicht statt.“ Es ist mithin ebenso absurd wie peinlich, wenn den Redaktionen der GFH und des Flensburger Tageblatts wegen der mehr als berechtigten Ablehnung eines unqualifizierten Artikels indirekt ein im historisch-politischen Kontext schwerwiegender Verstoß gegen eine wesentliche Bestimmung der Grundrechte des Grundgesetzes vorgeworfen werden

darf. Aber auch der Vorstand der GSHG scheint sich über diesen Zusammenhang nicht recht klar gewesen zu sein. Wie anders hätte Schlürmanns Polemik dort einen entsprechenden dekuvierenden Reflex finden können?! Und das alles durch die geräuschvolle Instrumentalisierung und damit auf Kosten des sensiblen und lehrreichen, realhistorisch wie fachdidaktisch insonderheit von den GFH aufgearbeiteten Themas der nun bald 150-jährigen Geschichte des Idstedt-Löwen!

In ihrem methodischen Anspruch auf präzise empirische Rekonstruktion, auf historisierende Traditions- und Ideologiekritik, Selbstreflexion, Begriffs- und Urteilsbildung hat die moderne Geschichtswissenschaft seit langem allgemein verbindliche Maßstäbe gesetzt und sich als eine exakte Wissenschaft etabliert. Das gilt neben dem gründlich aus den Quellen erarbeiteten historischen Sachurteil vor allem für das verantwortliche historische Werturteil. Der hochverdiente, unvergessene Landeshistoriker und Geschichtsdidaktiker Manfred Jessen-Klingenberg hat es vor knapp drei Jahrzehnten in der damaligen Idstedt-Debatte als „den eigentlichen Ertrag“ der professionellen Arbeit des Historikers bezeichnet, den er seiner Zeit schuldet und den sie von ihm „zu Recht erwartet.“ Hierfür reserviert und garantiert uns das Grundgesetz das prinzipiell freie, epistemologisch und wissenschaftsethisch aber an die Kontrollinstanz der Quellen und den kritischen Diskurs der gesamten Bandbreite ihrer methodischen Erforschung gebundene Grundrecht der Wissenschaftsfreiheit. Wenn indes die disziplinären Grenzen und Regeln bewußt mißachtet werden, wird man hierfür in der fachwissenschaftlichen Diskussion schwerlich noch Artikel 5 des Grundgesetzes geltend machen können. Auch wenn es offenbar andere Meinungen darüber in der GSHG zu geben scheint: Schlürmanns Beitrag trägt in Inhalt, Art und Form nicht zur Belebung, sondern weit mehr zur Vergiftung der „Diskussion“ bei.

Weshalb sucht man in der „Antwort“ des Vorstands vergeblich nach einem Wort der Kritik an seiner maßlosen Polemik, wo doch das durch sie hervorgerufene verständliche „Echo“ der Redaktion der GFH bereits ohne konkreten Beleg und erkennbare Begründung als persönlich herabsetzend und die fachliche Reputation diskreditierend abqualifiziert wird? Mit einer – wenn auch nur indirekten und andeutungsweisen – generellen Berufung auf Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit ist es nicht mehr getan, denn sie sind von Schlürmann weit überschritten worden. Im übrigen halte ich es nach diversen Gesprächen mit Mitgliedern des Vorstands für unwahrscheinlich, daß er der „Antwort“ unisono zugestimmt haben sollte, und bitte ihn daher, mit ihrer Veröffentlichung auch das Abstimmungsergebnis mitzuteilen.

Prof. Dr. Reimer Hansen, Rhodeländerweg 40 B, 12335 Berlin

Missbrauch eines Aprilscherzes

Groß war meine Verwunderung, als ich darauf angesprochen wurde, dass es in den Mitteilungen der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte vom Oktober 2010 einen Artikel des Historikers Jan Schlürmann gab, wo er sich unter der Überschrift „Der „Idstedt-Löwe“ Anmerkungen zur Geschichtspolitik in Flensburg“ mit einer Pressemitteilung der SSW-Landtagsgruppe befasste. Dort kündigte ich im Namen des SSW an, mich in Gesprächen mit der Landesregierung und der dänischen Regierung in Kopenhagen dafür stark machen zu wollen, den Idstedt-Löwen nicht wie geplant auf dem Alten Friedhof in Flensburg aufzustellen, sondern auf dem Aschberg neben dem Bismark-Denkmal. Als Begründung hieß es in der genannten Pressemitteilung, die moderne Denkmalforschung weise immer wieder darauf hin, „dass die Menschen heute klare Botschaften brauchen, die ohne langwierige historische Erläuterungen auskommen“. (www.ssw.de) Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich hervorhebe, dass unser Vorschlag kein besonderes Aufsehen erregte. Unser Pressesprecher erhielt ein paar Anrufe von Kollegen, die ihm zu verstehen gaben, dass man sich des Datums der Pressemitteilung – 1. April 2010 – sehr wohl bewusst war und den Aprilscherz durchaus zu würdigen wusste. Für Schlürmann hingegen stellte sie eine „durchaus überlegenswerte und zukunftsweisende Anregung“ dar, die man in Flensburg aber „gefliessenlich“ überhört habe.

Ginge es nur um einen missverstandenen Aprilscherz, gäbe es keinen Grund, auf den Artikel von Jan Schlürmann überhaupt einzugehen; dann hätte man ihn dem Lachen preisgeben und ganz schnell abhaken können. Uneingeweihte Leser aber werden über die Haltung des SSW zum Idstedt-Löwen in grober Weise falsch informiert. Dies hätte der mit dem Grenzland vertraute Redakteur der Mitteilungen, Frank Lubowitz, wissen und verhindern müssen. Im Übrigen zeigt das Missverständnis des Autors seine mangelhafte Kenntnis der Grenzlandverhältnisse. Denn leider ist der missverstandene Aprilscherz der SSW-Landtagsgruppe nur die kleinste Zutat in dem Gericht, das die Redaktion der Mitteilungen ihren Leserinnen und Lesern als Diskussionsbeitrag vorsetzt.

Losgelöst von allen inhaltlichen Aspekten stellt sich für mich vorweg aber die grundsätzliche Frage, was die Redaktion mit dem Abdruck dieses Artikels eigentlich bezweckt. Neue Erkenntnisse bringt er nicht – im Gegenteil, er verdreht die historische Faktenlage und stellt Behauptungen auf, die alle in die gleiche Richtung zeigen: Jan Schlürmanns Feldzug gegen die Grenzfriedenshefte und deren Chefredakteur – hervorgerufen durch verletzte Eitelkeit, weil die Grenzfriedenshefte 2009 – genau wie das Flensburger Tageblatt und weitere Adressaten, füge ich in Klammern hinzu – einen

von Schlürmann eingereichten Artikel über den Idstedt-Löwen abgelehnt hatten. „Das zeigt in aller Deutlichkeit, dass die Grenzfriedenshefte und ihre Redaktion ausschließlich Wert auf ‚genehme‘ Beiträge im Sinne der ideologischen Ausrichtung dieser Hefereihe legen und einer Diskussion über wichtige und kontroverse Themen des Grenzlandes durch Zensur aus dem Weg gehen wollen“ (MSHG S. 43). Diese Aussage ist an sich schon ungeheuerlich; nicht hinnehmbar ist die Tatsache, dass dies offenbar eine zentrale Begründung des zuständigen Redakteurs ist, den Beitrag von Jan Schlürmann in den Mitteilungen zu veröffentlichen. Ich erspare mir weitere Ausführungen über das wissenschaftliche Renommee der Grenzfriedenshefte, wozu Dr. Jörn-Peter Leppien seit über 30 Jahren maßgeblich beigetragen hat. Wer die Schriftreihe kennt, weiß auch, dass es ein Merkmal der Grenzfriedenshefte ist, immer auch unbequeme Themen in die öffentliche Diskussion einzubringen. Das zeigt nicht zuletzt die Diskussion um den Idstedt-Löwen, die maßgeblich in den Grenzfriedensheften geführt worden ist. Der Vorwurf der Zensur ist vor diesem Hintergrund so verletzend, dass er sich nicht einfach wegwischen lässt. Für mich steht fest: Das Recht auf freie Meinungsäußerung bedeutet im Umkehrschluss nicht, dass eine Zeitschrift die Pflicht hat, jeden ihr zugeschickten Artikel zu bringen, auch wenn er als „Diskussions-Beitrag“ deklariert ist. Populistische Polemik lässt sich nicht rechtfertigen und Diffamierungen schon gar nicht, so einfach ist das.

Mit seinem Artikel greift der Historiker Schlürmann so tief in die historische Trickkiste, dass es einer Instrumentalisierung der Thematik gleichkommt. Dabei geht es um den Beschluss der Flensburger Ratsversammlung vom Juni 2009, mit der dänischen Regierung Verhandlungen aufzunehmen – mit dem Ziel, den Idstedt-Löwen zurück nach Flensburg zu holen, damit er wieder auf dem Alten Friedhof platziert werden kann. Der Löwe war am 25. Juli 1862, zwölf Jahre nach der Schlacht bei Idstedt 1850, eben dort aufgestellt worden.

Am 26. Juni 2009 kam die positive Rückmeldung der dänischen Regierung, die am 19. Februar 2010 dazu führte, dass die Ratsversammlung mit 37 Ja-Stimmen und 3 Gegenstimmen einem Plan zur Rückführung des Löwen fast einstimmig zustimmte. Damit wird der Löwe, wie Dr. Lars Henningsen, Leiter der Studiefteilungen ved Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig, in einem Aufsatz in den Grenzfriedensheften (Heft 2/2010, S.109) hervorhebt, „das unter allen dänischen Denkmälern zweifellos umstrittenste“ Denkmal an seinen ursprünglichen Standort zurückkehren. Dass die dänische Regierung den Antrag der Flensburger Ratsversammlung nicht einfach abgenickt, sondern sehr sorgfältig abgewogen hat, dürfte eine Selbstverständlichkeit sein.

Schlürmanns fehlendes Verständnis für den konkreten Entscheidungsprozess spricht Bände. Denn es ist schon starker Tobak, wie er den Flens-

burger Antrag insgesamt herabwürdigt. Zum einen stellt er – natürlich – fest: „Entscheidungen der politischen Vertreter haben Anspruch auf allgemeine Akzeptanz in einer demokratischen Gesellschaft.“ Um dann in folgender Weise fortzufahren: „Die Gesellschaft aber verlässt sich darauf, dass die Politik in wichtigen Fragen den fachlichen Rat, den Austausch und die Diskussion sucht“ (S.50). Zum anderen führt er aus: „Die Deutungshoheit über die Vergangenheit darf nicht ausschließlich fachlichen Laien und einem sich hermetisch abschließenden Kreis ideologisch konditionierter Funktionäre überlassen bleiben“ (S.50).

Dass Schlürmann hier ein interessantes Demokratie-Verständnis zum Ausdruck bringt, lasse ich einmal außen vor. Wichtiger erscheint mir, dass im Klartext gesagt wird: Nur, wer meiner Auffassung ist, entspricht den Anforderungen, die ich an einen demokratischen Entscheidungsprozess stelle. Alle anderen haben sich von „fachlichen Laien“ – sprich: die Flensburger Ratsversammlung – und ideologisch verbohrteten Funktionären in die Irre leiten lassen. Worum es dem Historiker Schlürmann aber letztlich geht, wird am Ende seines Artikels deutlich: „Ein persönliches Wort sei hier erlaubt: Als Angehöriger einer im deutschen Grenzland gern übersehenen Bevölkerungsgruppe – der deutschen Mehrheitsbevölkerung – gönne ich ‚den Löwen‘ der dänischen Minderheit aufrichtig... Mein Symbol wird er damit nicht. Dass die Entscheidung vom Juni 2009 bisher keinen starken Widerspruch hervorgerufen hat, widerspricht keineswegs meiner Vermutung, dass ich mit dieser Position zu einer Mehrheit gehöre“ (S.51). Meine Schlussfolgerung lautet somit: Von hinten gelesen macht Schlürmanns Text nur Sinn, wenn man sich vor Augen führt, dass er gegen die Rückführung des Idstedt-Löwen nach Flensburg ist. Dass er der Minderheit den Löwen nicht wirklich „gönnt“, zeigt sich u.a. daran, dass er den scherzhaften SSW-Vorschlag, das Denkmal auf den Aschberg zu verfrachten, als „zukunftsweisend“ betrachtet. Anstatt seine Haltung klar auszusprechen, versteckt er sich hinter der Verallgemeinerung, er spreche nicht für sich, sondern für die schweigende Mehrheit, die es nicht wage, gegen die Meinung jener an zu gehen, die als „ideologisch konditionierte Funktionäre“ die Meinungsführerschaft übernommen haben.

Dreh- und Angelpunkt seiner Behauptungen sind insbesondere zwei Thesen, die mehr als alles andere deutlich machen, auf welch wackeligen Beinen das Konstrukt des Historikers Schlürmann steht. Die erste These lautet vereinfacht formuliert: Der Idstedt-Löwe ist ein Symbol für eine nationale – und nationalistische – dänische Geschichtskultur, mit der sich die dänische Minderheit identifiziert. Er ist daher ein Denkmal der Minderheit. Die zweite These könnte man wie folgt umschreiben: Eine gemeinsame Grenzlandidentität ist eine Illusion, weil es nicht möglich ist, eine gemeinsame deutsch-dänische Erinnerungskultur zu schaffen.

Instrumentalisierung der dänischen Minderheit

Als der Idstedt-Löwe am 25. Juli 1862 auf dem Alten Friedhof in Flensburg seinen Platz fand, existierte der dänische Gesamtstaat als verfassungsmäßig definierte Einheit nur noch auf dem Papier. Es würde den Rahmen dieses Artikels sprengen, darauf jetzt im Einzelnen einzugehen. Klar ist, dass es die Intention jener war, die sich für die Aufstellung dieses Monuments stark machten, an den dänischen Sieg in der Schlacht bei Idstedt 1850 zu erinnern. Darin unterscheidet sich dieses Denkmal erst einmal nicht von anderen Siegesdenkmälern. Dass es in Deutschland und Europa eine Reihe ähnlicher Nationaldenkmäler aus dem 19. Jahrhundert gibt, füge ich nur am Rande hinzu. Ich teile die Einschätzung von Lars Henningsen, die er in dem genannten Artikel in den Grenzfriedensheften zum Ausdruck bringt: „Es gab überhaupt keinen Zweifel daran, dass der Löwe die Einheit von Dänemark und ganz Schleswig symbolisierte und dass er das Sinnbild für wachsamem und unerschrockenem Mannesmut war“ (GFH 2/2010, S.112). Vertieft wird diese Sichtweise in dem Artikel von Dr. Jörn-Peter Leppien in der gleichen Ausgabe (GFH 2/2010, S.130): „Die Beschwörung dänischer Kraft und Größe durch das monumentale Löwen-Denkmal...ist also als Ausdruck eines auf die Eidergrenze zielenden nationalpolitischen Willens zu verstehen, das den realpolitischen Möglichkeiten in keiner Weise entsprach“. Beide Aussagen belegen zu genüge, wie komplex die „Löwen-Materie“ ist.

Vor diesem Hintergrund ist es unverstänlich, dass der Historiker Schlürmann den Idstedt-Löwen wegen seines Symbolgehalts als Denkmal der dänischen Minderheit interpretiert (S.51). Ich möchte hervorheben, dass es ein Merkmal redlicher Geschichtsschreibung ist, konkreten Bezug auf den historischen Kontext zu nehmen. Schlürmann behauptet, er tue dies. Auf 1862 bezogen stellt er fest, dass der Idstedt-Löwe „ein bewusstes Symbol der Ausgrenzung und Intoleranz gegenüber kulturell und politisch anders orientierten Mitbürgern“ war (S.44). Es ist beleidigend, wenn Schlürmann die heutige dänische Minderheit mit dieser Haltung in Verbindung bringt, weil er sie damit in eine nationalistische Ecke stellt, in die sie nachweislich nicht gehört.

Als Beleg für seine Behauptungen führt Schlürmann an, dass es sowohl am Löwen-Standort in Kopenhagen als auch auf dem Alten Friedhof in Flensburg am 25. Juli, dem Tag der Schlacht bei Idstedt, Gedenkfeiern gibt – in Kopenhagen, laut Schlürmann, organisiert von dem dänischen Militär und der Veteranen- und Grenzorganisationen, während die Veranstaltung auf dem Alten Friedhof eine „Gedenkveranstaltung der dänischen Minderheit“ sei (S 46). Die Assoziationen, die damit hervorgerufen werden, besagen, dass sich die dänische Minderheit mit einer Geschichtstradition identifiziert, die nationalistisch – und vielleicht sogar militaristisch – ange-

haucht ist. Wenn Schlürmann an anderer Stelle die Neuaufstellung des Idstedt-Löwen in Flensburg als „kompromisslose Restauration“ (S.44) charakterisiert und die rhetorische Frage aufwirft, „ob die vorgenommene Wiederherstellung des Denkmal-Ensembles mit Löwen, Soldatengräbern und nordischem Grabhügel heute grundsätzlich anders gedeutet werden kann als 1862“ (S.44), dann merkt man die Absicht und wird verstimmt.

Ein Anruf beim dänischen Grenzverein hätte ausgereicht, um zu klären, dass die „Veranstaltung“ in Kopenhagen alljährlich auf Einladung des Zeughaus-Museums stattfand – gehörte der Löwe doch bis zum Abbau des Denkmals am 26. März 2010 sozusagen zu den Außenanlagen des Museums: Es wurden Gestecke niedergelegt und anschließend im Museum ein Glas Wein getrunken – Reden waren nicht vorgesehen. Im Durchschnitt nahmen um die 20 Personen an dieser Begegnung teil. Die Zusammenkunft auf dem Alten Friedhof in Flensburg hingegen geht vom Dänischen Generalkonsulat aus. Ein Vertreter des dänischen Verteidigungsministeriums legt einen offiziellen Kranz an den Soldatengräbern nieder, und der Chefredakteur der Flensburg Avis hält eine Ansprache. Die Veranstaltung ist offen für alle, die daran teilnehmen möchten. Von einem nationalistischen Charakter dieser Gedenkveranstaltungen kann also keine Rede sein, auch wenn an ihnen – bislang – kaum Deutsche teilgenommen haben.

Da Schlürmann eine gemeinsame dänisch-deutsche Erinnerungskultur nicht für sinnvoll und möglich hält, erwähnt er auch nicht die Tatsache, dass es seit 2001 eine enge Zusammenarbeit des Beauftragten für die dänischen Kriegsgräber im Landesteil Schleswig mit dem Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge gibt, die sich unter anderem dahingehend äußerte, dass dänische, deutsche und österreichische Kriegsgräber der Kriege von 1848-51 und 1864 auf dem Alten Friedhof in Flensburg gemeinsam instand gesetzt wurden (www.tvsyd.dk/Nyhedsoversigt).

Der Löwe als „Zeichen für Freundschaft und Vertrauen zwischen Dänen und Deutschen“

Wie eingangs hervorgehoben, versucht der Historiker Schlürmann sein Anliegen, die Neuaufstellung des Idstedt-Löwen auf dem Alten Friedhof in Flensburg zu diskreditieren, auch dadurch zu untermauern, dass er Bezug nimmt auf eine, wie er sagt, übergreifende Forschungsdebatte: „der im Grenzland zu beobachtenden Anstrengung eines identitätsstiftenden ‚region-building‘...durch gezielte geschichtspolitische Maßnahmen eine neue kollektive Identität zu schaffen, die nationale Bezugspunkte durch regionale Bezugspunkte ersetzt“ (S.44).

Auf die angedeutete Forschungsdebatte werde ich nicht weiter eingehen. Sie hat für Schlürmann auch nur die Funktion, seine Botschaft wissenschaftlich einzukleiden. Sie überzeugt mich nicht, weil es mir nicht ein-

leuchtet, wieso es im deutsch-dänischen Grenzland kein gemeinsames Kulturerbe oder eine gemeinsame Geschichte gibt (S.49). Zu glauben, dass dies eine „harmonisierte“ Geschichte voraussetzt, ist nachweislich falsch. Denn, wer in der Grenzregion lebt, weiß aus eigener Erfahrung, dass zu einem gemeinsamen Kulturerbe auch Kriege, Konflikte und Auseinandersetzungen gehören. – Und es gehört der Wille dazu, den Dialog voran zu bringen. „Das Kulturerbe ist als ein Werkzeug zu verstehen“, sagte Peter Dragsbo, Leiter des Sonderburger Schlossmuseums, als er 2009 anlässlich des Idstedt-Tages gebeten wurde, eine Ansprache zu halten (GFH 1/2009, S.10), und er fuhr fort: „(Es ist) eine intellektuelle Anstrengung, die es uns ermöglicht, größere Perspektiven zu erkennen und auch unsere eigene Nation in ein Verhältnis zu den anderen Nationen dieser Welt zu setzen“. Das heißt, dass das Erkennen eines gemeinsamen Kulturerbes ein Aufeinander-Zu-Gehen voraussetzt, und genau dafür steht Jan Schlürmann nicht. Es ist schon bemerkenswert, wie einfach er es sich macht, indem er in seinem Artikel mit keiner Silbe auf die verschiedenen Initiativen eingeht, die es zumindest seit Ende der 1920er Jahre für eine Rückführung des Idstedt-Löwen gegeben hat. Auch in dieser Hinsicht ist es hilfreich, den schon mehrfach zitierten Aufsatz von Lars Henningsen heranzuziehen, weil dort zum einen deutlich wird, was die Stoßrichtung jener Bemühungen war. Zum anderen ist daraus auch ersichtlich, dass es für die dänische Minderheit dabei niemals um die „Restauration“ (S.44) nationalistischer Botschaften gegangen ist. Dazu nur zwei konkrete Beispiele: Der „Schleswigsche Verein“ der dänischen Minderheit versuchte 1928 über seinen Sprecher in der Flensburger Ratsversammlung, den Kaufmann I.C.Møller, den Magistrat dazu zu bewegen, den Löwen zurück zu holen. Die Begründung lautet, dass man dadurch „unliebsame Gegensätze ausgleichen“ könnte. Der Löwe könnte „goldene Brücken“ bauen und zur Völkerverständigung beitragen. Die Antwort des Magistrats war ein eindeutiges Nein. Die letzte mehr oder weniger offizielle Anfrage an die Ratsversammlung in Sachen „Löwe“ kam 1982 vom „Borgerforeningen“ und erreichte vielleicht nicht einmal den Tisch des Magistrats. Henningsen referiert jedenfalls nur eine Notiz im Vorstandsprotokoll des Vereins: „Bruno Uldall nimmt Kontakt mit Stadtarchivar Dr. Schütt auf in der schlaun Absicht, eine breite *deutsche* Zustimmung dafür zu gewinnen, das Biest zurückzubekommen“ (GFH 2/2010, S.121).

Erst zehn Jahre später kam es zu einem neuen Vorstoß, initiiert von Artur Thomsen, dem Vorsitzenden des Grenzfriedensbundes und früheren Stadtpräsidenten, der feststellte: „Die Zeit ist reif“. Seine Begründung verdient es, noch einmal zitiert zu werden, macht sie doch deutlich, dass es keine statische Geschichtsauffassung gibt: „Wir sollten alle unsere Kräfte in diesen Prozess der Einigung investieren und gleichzeitig anderen Völkern deutlich machen, dass da ein anderes Deutschland neu entstanden ist, ein Land näm-

lich, vor dem sich niemand in der Welt fürchten muss. Dazu aber gehört Großzügigkeit, Toleranz, Verständigungsbereitschaft auch gegenüber den Interessen unserer Nachbarn. Und was geht denn dem deutschen Element in Flensburg verloren, wenn wir ein Denkmal zurücknehmen, das zwar dänische Nationalisten einst errichtet, aber deutsche Nationalisten wenig später beschädigt und wieder entfernt haben...“ (GFH 2/2010, S.121). Ausdrücklich hervorheben möchte ich in diesem Zusammenhang den Hinweis von Jörn-Peter Leppien, dass es für Artur Thomsen ein weiteres Anliegen war, Deutsche wie Dänen dafür zu sensibilisieren, eine Rückführung des Löwen nach Flensburg dafür zu nutzen: „sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen, auch mit der Denkweise, die in der Darstellung ihren Ausdruck findet“. Als ein Zeugnis „gemeinsamer Geschichte“ könne „auch ein nationalistisches Denkmal wie der Idstedt-Löwe uns etwas lehren, was uns helfen kann, die Zukunft zu gewinnen“ (GFH 2/2010, S.140).

Anlässlich des alljährlichen Idstedt-Tages am 25. Juli hielt das „Löwen-Thema“ auch regelmäßig Einzug in die Spalten von Flensburg Avis. Ich bin mir sicher – ohne dies im Einzelnen recherchiert zu haben, dass es dabei immer wieder um den gleichen Tenor ging: Eine Wiederaufstellung des Idstedt-Löwen auf dem Alten Friedhof in Flensburg wäre ein Zeichen von Freundschaft und Verbundenheit zwischen Dänen und Deutschen und damit - füge ich hinzu - auch zwischen Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung in unserem gemeinsamen Grenzland. Und genau dies ist der Inhalt der zweisprachigen Inschrift auf dem neuen Sockel des Idstedt-Löwen, nicht mehr und nicht weniger. Dass Jan Schlürmann diesen Ansatz nicht versteht – oder verstehen will – überrascht mich nicht. Unerträglich ist, wie er diese Aussage nutzt, um ein weiteres Mal die Arbeit von Dr. Leppien zu diskreditieren, indem er ihm vorwirft, dass die „so lange ersehnte Rückkehr dieses Symbols für die dänische Minderheit implizit an Bedingungen“ geknüpft werde, „die seiner persönlich ideologisch determinierten Geschichtsauffassung entspringen“ (S.51). Schlürmanns Behauptung, dass Jörn-Peter Leppien damit zu einer Abqualifizierung „des jährlichen dänischen Idstedt-Gedenkens auf dem alten Friedhof“ beiträgt, ist genauso unerhört wie seine Schlussfolgerung: „Hier darf man wohl vom Organ des ‚Grenzfriedensbundes‘ ein wenig mehr Toleranz für die Symbole und Veranstaltungen der dänischen nationalen Minderheit erwarten“ (S.51-52). Dass es sich bei dem Idstedt-Löwen explizit nicht allein um ein Monument der dänischen Minderheit handelt, wird also wieder einmal ausgeblendet. Die damalige dänische Kulturministerin brachte es meines Erachtens auf den Punkt, als sie 2009 schrieb: „Die Zeit ist reif, dass der Idstedt-Löwe nicht in Kopenhagen steht als ewiges Monument für die deutsche Niederlage 1850. Genauso war die Zeit 1945 reif, als der Löwe nicht länger in Berlin die dänische Niederlage von 1864 markieren sollte. Der Idstedt-Löwe

soll zukünftig auf dem Friedhof in Flensburg stehen als Symbol für Frieden und Verträglichkeit zwischen Dänen und Deutschen im Grenzland“ (GFH 2/2010, S.140). Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass die Neuaufrichtung des Idstedt-Löwen auf dem Alten Friedhof museal begleitet werden muss. Eine Vernetzung des Flensburger Angebots mit der Idstedt-Halle und mit dänischen Museen liegt nahe (Siehe GFH 2/2010, S.141-149: die Ausführungen von Dr. Leppien zu dieser Thematik).

Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen und Schlürmanns Anmerkungen

Seit dem Jahre 2000 begehen Deutsche wie Dänen den Jahrestag der Schlacht bei Idstedt gemeinsam. Wenn man sich die Geschichte dieses „Idstedt-Tages“ vor Augen führt, dann steht fest, dass der frühere deutsche Gedenktag zur Begegnung von Deutschen und Dänen geworden ist. Dänischer Redner war 2000 der dänische Generalkonsul und Historiker Dr. Henrik Becker-Christensen. Als Beleg für diese Entwicklung dienen unter anderem die Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955, hob er in seiner damaligen Rede hervor. Nicht hinnehmbar ist vor diesem Hintergrund, wie Jan Schlürmann die beiden Minderheitenerklärungen bemüht, um sein Anliegen noch einmal zu kaschieren: „Das Projekt ‚Idstedt-Löwe‘ hätte eine schöne Geste an die dänische Minderheit werden können. Stattdessen brach es mit einer grundlegenden Regel der Grenzlandpolitik seit 1955, nämlich mit dem hohen Stellenwert des bestmöglichen Konsenses von Mehr- und Minderheitsbevölkerung“ (S. 53). Ich erspare mir in diesem Zusammenhang nochmals darauf hinzuweisen, wie inkonsistent Schlürmanns Aussagen über die dänische Minderheit sind. Daher noch ein Zitat aus der Rede des dänischen Generalkonsuls: „Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen – und die Entwicklung, die sie nach sich zogen, sind kein Exportgut, sondern ein moralisches Beispiel, das der Umwelt zeigt, dass dort, wo der gute Wille von allen Seiten gegenwärtig ist, gibt es die Möglichkeit einer feindlichen Vergangenheit zum Trotz, ein gutes nachbarliches Verhältnis zu schaffen – oder wieder zu schaffen“.

In Flensburg gibt es diesen Willen, das zeigt der Beschluss der Flensburger Ratsversammlung. Aber diesen Konsens respektiert Jan Schlürmann eben nicht. Anders ist auch nicht erklärbar, warum er seinen Artikel in den Mitteilungen nutzt, um einen Feldzug gegen die Grenzfriedenshefte und ihre Redaktion zu führen. Seine Behauptungen sind diffamierend und verletzend. Wer, wie Schlürmann, von einem „hermetisch abschließenden Kreis ideologisch konditionierter Funktionäre“ in Flensburg spricht, stellt die seit knapp 60 Jahren von den Grenzfriedensheften geleistete Arbeit in Frage – und genau darum geht es ihm vielleicht. Dialog entsteht aber nicht von alleine: Wer das Grenzland als eine Brücke zwischen Dänemark und

Deutschland sieht, ist auch aufgerufen dafür zu sorgen, dass das Fundament des Dialogs nicht wegrutscht. Dafür stehen die Grenzfriedenshefte und nicht die Schlürmanns in Schleswig-Holstein. Was Jan Schlürmann nicht wahrhaben will, ist die Tatsache, dass seine Sichtweise der Dinge den Menschen in unserer Region nicht weiterhilft. Er ist ein „Gestriger“ und ein Wadenbeißer. Unverzeihlich ist dabei sein Umgang mit denjenigen, die seine Sicht der Welt nicht teilen.

Anke Spoorendonk, Achter de Möhl 35, 24955 Harrislee

Meinungsfreiheit und ihre Grenzen

Eine Stellungnahme der Redaktion der Grenzfriedenshefte

Es ist in der schleswig-holsteinischen Geschichtslandschaft ein bislang einmaliger Vorgang, dass in einer renommierten Zeitschrift wie dem Mitteilungsorgan der Geschichtsgesellschaft eine ebenso angesehene Zeitschrift wie die Grenzfriedenshefte auf übelste Weise diffamiert wird, wie dies in den Mitteilungen Nr. 79 durch den Autor Jan Schlürmann geschieht. Den „Grenzfriedensheften und ihrer Redaktion“ wird – unter anderem – unterstellt, „dass sie ausschließlich Wert auf ‚genehme‘ Beiträge im Sinne der ideologischen Ausrichtung dieser Heftreihe (!) legen und einer Diskussion über wichtige und kontroverse Themen des Grenzlandes durch Zensur (!) aus dem Wege gehen wollen (S. 43).“

Da diese Verleumdungen auch die Leser unserer Zeitschrift betreffen, haben wir sie im Grenzfriedensheft 4/2010 unter der Rubrik „Echo“ über den unerhörten Vorgang informiert und dabei nicht nur den Autor einer Kritik unterzogen, sondern auch die Fehlleistung des für die Publikation der Diffamierungen verantwortlichen Redakteurs der Mitteilungen, Frank Lubowitz, beim Namen genannt. Unter Verweis auf diesen Beitrag hat der Vorsitzende des ADS-Grenzfriedensbundes Lothar Hay in einem Brief an den Vorsitzenden der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte Jörg-Dietrich Kamischke darauf hingewiesen, dass die im Mitteilungsorgan der Geschichtsgesellschaft publizierte allgemeine Herabwürdigung der Grenzfriedenshefte eine Dimension hat, die nicht nur die unabhängigen Redaktionen, sondern auch die hinter den beiden Zeitschriften stehenden Vereine betrifft. Der Vorsitzende des ADS-Grenzfriedensbundes wies daher gegenüber dem Vorsitzenden der Geschichtsgesellschaft die in den Mitteilungen publizierten Diffamierungen der Grenzfriedenshefte und ihrer Redaktion in aller Form zurück. Das Recht auf Meinungsfreiheit beinhaltet in keinem Falle das Recht auf ehrabschneidende Diffamierungen. Die Verantwortung für die Publikation solcher Verleumdungen liege bei der Redaktion, in diesem Falle bei Frank Lubowitz.

Lothar Hay machte in seinem Brief zudem deutlich, dass eine ganze Reihe engagierter Historiker sich sowohl dem ADS-Grenzfriedensbund als auch der GSHG verbunden fühlen. Als Beispiel nannte er das Redaktionsmitglied der Grenzfriedenshefte Gerret Liebing Schlaber, erster Träger des GSHG-Preises und Mitglied des Leitungsgremiums des der GSHG nahe stehenden Arbeitskreises für Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Aus Gründen des Respekts vor der ehrenamtlichen Tätigkeit der GFH-Redaktion, aber auch aus vereinspolitischen Gründen sei es daher geboten, sich seitens des Vorstands der Geschichtsgesellschaft von den in ihrem Mitteilungsorgan publizierten Verleumdungen zu distanzieren.

Dessen ungeachtet stellt sich der Vorstand der GSHG in seiner Antwort auf unseren Echo-Beitrag uneingeschränkt hinter den Redakteur Lubowitz und dessen Vorgehensweise. Die Vorstandsmitglieder bestätigen, dass selbst Diffamierungen publikationswürdige „Meinungen“ seien, wenn sie unter der Rubrik „Diskussion“ erschienen, und stellen (offenbar mit dem Blick auf die Grenzfriedenshefte) fest: „Die ‚Mitteilungen‘ stehen nämlich allen landesgeschichtlich interessierten Mitgliedern und Historikern zu landesgeschichtlichen Themen offen. Eine Zensur wird durch die Redaktion nicht ausgeübt.“ Die Vorstandsmitglieder meinen also in Verkennung des Begriffsinhalts, dass der Redakteur Lubowitz „Zensur“ ausgeübt hätte, wenn er den Schlürmantext abgelehnt oder die verleumderischen Passagen gestrichen hätte. In Wirklichkeit gehört es zu den selbstverständlichen Aufgaben jeder Redaktion eines seriösen Organs, im Sinne der Leser unangemessene Polemik, sachliche Fehler oder Ungereimtheiten, vor allem aber böswillige Unterstellungen nicht zum Druck zu befördern.

Gleichzeitig erhebt der GSHG-Vorstand gegen unsere eindeutige, aber keineswegs aggressive Stellungnahme den Vorwurf, Frank Lubowitz werde „persönlich herabgesetzt“, und es werde „seine fachliche Reputation diskreditiert“. In Wirklichkeit haben wir nichts anderes getan, als zu unseren Lasten begangene konkrete Fehlleistungen öffentlich zu benennen, durch die der hierfür eindeutig Verantwortliche sein Ansehen als Redakteur schon zuvor selbst beschädigt hat. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass er für sein Handeln nun die Rückendeckung des GSHG-Vorstandes und offenbar auch einiger Weggefährten erhalten hat.

Ein Bedauern darüber, dass den Grenzfriedensheften und dem ADS-Grenzfriedensbund durch die im Mitteilungsorgan der Geschichtsgesellschaft publizierten Diffamierungen ein Schaden zugefügt wurde, oder auch nur Verständnis für unsere Betroffenheit als Redaktion, wird in der Stellungnahme des Vorstandes der GSHG nicht einmal andeutungsweise zum Ausdruck gebracht. Es ist ihm offenbar auch gleichgültig, dass die Redaktionsmitglieder der Grenzfriedenshefte, die seit Jahren oder Jahrzehnten der GSHG angehören, in deren Mitteilungsorgan ehrabschneide-

rischen Anwürfen ausgesetzt wurden. Schlimmer noch: Man fordert uns zu einer „Rückkehr zur sachlichen Diskussion“ auf, als ob *wir* mit einer unmotivierten Polemik eine Kontroverse ausgelöst hätten.

Keinerlei Berücksichtigung findet in der Antwort des Vorstandes zudem die ihm bekannte Tatsache, dass der Beitrag von Schlürmann, das Verhalten von Lubowitz und unser „Echo“-Beitrag in den Grenzfriedensheften durch eine Reihe renommierter Mitglieder ähnlich beurteilt wird wie von uns als Betroffenen. Wir hoffen, dass sich solche Stimmen auch öffentlich in den Mitteilungen zu Worte melden, damit sich diejenigen Leserinnen und Leser, denen die Grenzfriedenshefte und die Grenzlandverhältnisse nicht vertraut sind, ein umfassendes und differenziertes Urteil bilden können. Diesem – und nur diesem – Zweck dienen auch die vorliegenden, zum Teil auf unser Echo in den Grenzfriedensheften zurückgreifenden Ausführungen, ebenso wie die öffentliche Stellungnahme des Vorsitzenden des ADS-Grenzfriedensbundes Lothar Hay im vorliegenden Heft der Mitteilungen.

Kurz zur Vorgeschichte der leidigen Affäre: 2009 sprach sich die Flensburger Ratsversammlung mit überwältigender Mehrheit dafür aus, dass der 1862 durch dänische Nationalliberale auf dem Alten Friedhof in Flensburg errichtete Idstedt-Löwe, eine historisch wie kunstgeschichtlich bedeutende Bronzestatue des Bildhauers H.W. Bissen, nach langer Odyssee über Berlin (1867) und Kopenhagen (1945) an seinen ursprünglichen Standort zurückkehren solle. Die dänische Regierung sagte ihre Mitwirkung an dem Projekt zu. Das Denkmal, eines der bedeutendsten Zeugnisse der deutsch-dänischen Geschichte seit dem 19. Jahrhundert, soll nun im September 2011 „als Zeichen von Freundschaft und Vertrauen zwischen Dänen und Deutschen“ in Flensburg wiedererrichtet werden. Der politische Beschluss ist Ausdruck einer fortgesetzten Normalisierung des deutsch-dänischen Verhältnisses. So wird auch Geschichte nicht länger nur einseitig-national, sondern aus der Perspektive der einstigen Gegenseite und nicht zuletzt aus gemeinsamen Blickwinkeln verständlich gemacht.

Diese – nicht zuletzt von den Grenzfriedensheften beförderte – Entwicklung vermag der Militärhistoriker Jan Schlürmann offenbar nicht nachzuvollziehen. Seine Geschichtsbetrachtung setzt auf nationale Abgrenzung, die im deutsch-dänischen Historikerdiskurs schon seit langem keine Option mehr ist. 2009 bot er den Grenzfriedensheften ein Textmanuskript an, in dem er gegen den deutsch-dänischen Beschluss der Rückführung des Idstedt-Löwen nach Flensburg zu Felde zog. Die Aufnahme dieses Beitrages lehnten wir ab, da er sachlich wie inhaltlich nicht den in den Grenzfriedensheften geltenden Qualitätsansprüchen genügte. Nachdem das Pro und Contra einer Rückführung des Denkmals bereits in den 90er Jahren, auch in den Grenzfriedensheften, ausführlichst diskutiert worden war, sahen wir keinen Sinn darin, angesichts der getroffenen politischen Entscheidung die

Debatte in unserer Zeitschrift erneut aufzunehmen. Ohnehin griff Schlürmann lediglich auf altbekannte Argumente zurück (neu war nur, dass er die Rückkehr als einseitige Geste an die dänische Minderheit verstanden wissen wollte, statt unmittelbar die beschlossene Wiederaufstellung abzulehnen). Er machte darüber hinaus den misslungenen Versuch, sich auf einen „wegweisenden Aufsatz“ (so Schlürmann!) von Jörn-Peter Leppien über „Denkmäler und Gedenkstätten in Schleswig-Holstein“ zu berufen. Diese „Sieben Thesen zur Vermittlung von Regional- und Zeitgeschichte“, die übrigens 1991 zuerst in den Mitteilungen der Geschichtsgesellschaft (Nr. 40) und später auch in den Grenzfriedensheften (3/1992) veröffentlicht wurden, versuchte Schlürmann für seine Antilöwenzwecke zu nutzen. Dabei bemerkte er nicht, dass Leppiens komplexer Beitrag gerade die geschichtsdidaktischen Vorzüge historischer Denkmäler herausarbeitet und hervorhebt, dass diese Vermittlungschancen besonders dann zum Tragen kommen, wenn die Denkmäler am (begrenzt) authentischen Ort studiert werden können. Schon damit zeigte sich also, dass Überlegungen der modernen Geschichtsdidaktik, wie sie Leppien bereits in seinen Thesen von 1991/92 unter regionalgeschichtlichen Aspekten aufgegriffen und vertieft hat, dem Historiker Schlürmann fremd geblieben sind.

Außerdem griff er in seinem Text von 2009 zu billiger Stimmungsmache – auf Kosten demokratischer Organe –, wenn er etwa den gemeinsamen deutsch-dänischen Beschluss durch die Behauptung zu diskreditieren versuchte, die Ratsversammlung habe „nationalistischen Kreisen in Dänemark mit ihrem unüberlegten Vorstoß bereits eine Steilvorlage geliefert“. Der Autor suggerierte, dass ein Zusammenhang bestehe zwischen der von Stadtparlament wie dänischer Regierung getroffenen Entscheidung und der Forderung nach Rückführung des Löwendenkmal, die der Folketingsabgeordnete der rechtspopulistischen Dansk Folkeparti Søren Krarup erhoben hatte.

Es liegt auf der Hand, dass die Ablehnung eines solchen Beitrages aus thematischen und inhaltlichen Gründen nicht nur dem Recht, sondern der Pflicht der Redaktion eines anspruchsvollen Publikationsorgans entspricht, mit Zensur also nicht das Geringste zu tun hat. Später erfuhren wir, dass der Autor seinen Beitrag nach unserer Ablehnung auch dem Flensburger Tageblatt und anderen Stellen in- und außerhalb Flensburgs erfolglos angeboten hat. Eine solche Ablehnung hätte andere Wissenschaftler zu selbstkritischen Überlegungen veranlasst. Nicht so Herrn Schlürmann: Als 2010 in den Grenzfriedensheften – eben eines jener Publikationsorgane, die zuvor seinen Beitrag abgelehnt hatten – zwei Beiträge zum Idstedt-Löwen erschienen (H. 2/2010), arbeitete er seinen Text eilends um und richtete seinen Zorn nun gegen die Grenzfriedenshefte und besonders den in Heft 2/2010 als Verfasser auftretenden Redakteur Jörn-Peter Leppien. In seiner Erre-

gung ist ihm allerdings entgangen, dass die Aufsätze des dänischen Historikers Lars N. Henningsen und des deutschen Historikers Jörn-Peter Leppien zwar das gleiche Grundthema haben wie der abgelehnte Text von Schlürmann, aber völlig andere Ansätze verfolgen. Im Sinne auch der anderen vor Ort mit dem Thema befassten Experten führen sie nämlich keine Platzierungsdebatte, sondern haben es sich zur Aufgabe gemacht, die Geschichte des Denkmals als historisches Zeugnis der deutsch-dänischen Beziehungen weiter zu erforschen und an seinem Beispiel zu einer wissenschaftlich wie didaktisch verantwortlichen Vermittlung der gemeinsamen Geschichte vom kriegerischen Gegeneinander des 19. Jahrhunderts bis zum heutigen Füreinander beizutragen. Mit bislang nicht dagewesener Deutlichkeit zeigen die beiden Historiker, dass der Idstedt-Löwe bis in die Jahre nach 1945 für macht- und nationalpolitische Ziele in Anspruch genommen wurde, mit denen sich heute kein historisch aufgeklärter Mensch mehr identifizieren kann. Die nüchterne Analyse des Denkmals als historische Quelle entzieht also nationalpolitischen Emotionen, wie sie Jan Schlürmann nach wie vor zu bedienen versucht, den Boden.

Wie oben zitiert, warf er den Grenzfriedensheften in seinem neuen Text eine „ideologische Ausrichtung“ vor, die Redaktion lege nur Wert auf „genehme“ Beiträge, eine Diskussion über wichtige Grenzlandfragen werde durch „Zensur“ unterdrückt (S. 43). Diese Diffamierungen sind umso unverfrorener, als die Grenzfriedenshefte 2007 einen Beitrag eben jenes Jan Schlürmann gegen die Neukonzeption der Idstedt-Halle abdruckten, der der Redaktion schon deshalb nicht „genehm“ war, weil zwei ihrer Mitglieder (Matthias Schartl und Jörn-Peter Leppien) unqualifizierten Angriffen ausgesetzt wurden.

Da Schlürmann mit seinen Ausführungen über den Idstedt-Löwen 2009 ja auch bei anderen Adressaten in Flensburg nicht auf Gegenliebe gestoßen war, sieht er sich hier einem „hermetisch abschließenden Kreis ideologisch konditionierter Funktionäre“ ausgesetzt, zu deren „durchsichtiger Taktik“ es gehöre, „erst gar keine Diskussion aufkommen zu lassen, meine kritischen Beiträge wurden zensiert.“ Diese Polemik beruht nicht zuletzt auf nationalpolitischen Emotionen. Schlürmann betrachtet sich als „Angehörigen einer im deutsch-dänischen Grenzland gern übersehenen Bevölkerungsgruppe – der deutschen Mehrheitsbevölkerung“. Das heißt, er glaubt eine (wo auch immer angesiedelte) kleine, aber machtvolle Gruppe deutscher „ideologisch konditionierter Funktionäre“ ausgemacht zu haben, die sich über die Köpfe der Mehrheitsbevölkerung hinweg allein an den Interessen der dänischen Minderheit orientiere. Diese alten nationalpolitischen Lagerdenken verhaftete Vorstellung des Autors ist ebenso absurd wie sein Versuch, sich als einer der allerletzten verbliebenen Löwengegner zum Vertreter einer schweigenden Mehrheit aufzubauen (S. 51).

Mit kaum zu überbietender Dreistigkeit meint Schlürmann: „Die Deutungshoheit über die Vergangenheit darf nicht ausschließlich fachlichen Laien und einem sich hermetisch abschließenden Kreis ideologisch konditionierter Funktionäre überlassen bleiben“ (S. 50). Den Flensburger Stadtarchivar Broder Schwensen verunglimpft er als Opportunisten („Fall sehr kurzlebiger Überzeugung“), weil dieser seit 1995 (!), vor dem Hintergrund der Fortentwicklung des deutsch-dänischen Vertrauensverhältnisses, seine Position zum Idstedt-Löwen überdacht und damit schlicht und einfach wissenschaftlichen Prinzipien entsprochen hat (S. 52). Die Verantwortlichen des Städtischen Museums beschimpft Schlürmann als „willige Erfüllungsgehilfen einer unüberlegten Entscheidung“ (S. 52), weil sie zur Wiedererrichtung des Idstedt-Löwen in Flensburg eine Ausstellung planen – eine Präsentation übrigens, die an eine vielbeachtete deutsch-dänische Ausstellung anknüpfen kann, die das Flensburger Museum 1994, als die Debatte über eine Rückführung des Löwen noch lief, zusammen mit dem Museum Schloss Sonderburg arrangierte. Auch eine große deutsch-dänische Buchpublikation über den Idstedt-Löwen ist aus diesem Projekt hervorgegangen. Schon lange vor der Eröffnung würdigt Herr Schlürmann die neue Ausstellung als Beitrag „zum inneren Monolog und gegenseitiger ‚Flankendeckung‘“ der Institutionen herab, zu dem die öffentliche Diskussion in Flensburg „verkommen“ sei (S. 52).

Der Flensburger Ratsversammlung, den Grenzfriedensheften, dem Flensburger Tageblatt, dem Städtischen Museum und dem Stadtarchivar unterstellt Schlürmann also, entweder zu den ominösen „ideologisch konditionierten Funktionären“ zu gehören, ihnen nahestehen oder sich zu deren Helfershelfern gemacht zu haben. Dass heißt, Jan Schlürmann pflegt seine selbst konstruierte Märtyrrolle dadurch, dass er andere auf übelste Weise diffamiert. Denn schlimmere Vorwürfe als Zensur, Opportunismus oder Duckmäusertum kann es für Persönlichkeiten, die an verantwortlicher Stelle in der Öffentlichkeitsarbeit stehen, kaum geben.

Diese geballten Verunglimpfungen hat der Redakteur Frank Lubowitz – mit nachträglicher Billigung des GSHG-Vorstandes – als diskussionswürdige „Meinung“ in den Mitteilungen an die Öffentlichkeit gebracht. In Wirklichkeit handelt es sich um eine grobe Missachtung des Rechts auf Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass Lubowitz im Vorfeld der Veröffentlichung Jörn-Peter Leppien von der Redaktion der Grenzfriedenshefte anbot, kurzfristig eine eigene Stellungnahme zur Veröffentlichung zu bringen, wobei dem Autor der Verunglimpfungen dann auch noch das letzte Wort zugestanden werden sollte. Dieses Angebot des Redakteurs war kein Entgegenkommen im Sinne der Meinungsfreiheit, sondern eine Zumutung, die Leppien im Einvernehmen mit seinen Redaktionskollegen zurückwies.

Gleichzeitig appellierten wir an das redaktionelle Verantwortungsbewusstsein von Frank Lubowitz in der Erwartung, dass dieser jedenfalls die übelsten Verunglimpfungen streichen oder entschärfen würde. Dies ist nicht geschehen, obwohl wir sogar auf eine unwahre Unterstellung aufmerksam machten, nämlich Schlürmanns Behauptung, dass Jörn-Peter Leppien zu keinem Gespräch mit ihm bereit gewesen sei.¹ Mit einer durch nichts begründeten Arroganz hielt Lubowitz nicht einmal eine erklärende Antwort an die Redaktion der Grenzfriedenshefte für erforderlich.

Zumal sich Lubowitz auch im Nachhinein nicht von Schlürmanns Artikel distanzierte (im Gegenteil), ist davon auszugehen, dass er die in den Mitteilungen veröffentlichten Diffamierungen für berechtigt hält und die Meinung des Autors über den Idstedt-Löwen, einschließlich ihrer nationalpolitischen Implikationen, teilt, mindestens aber als diskussionswürdig einschätzt. Dafür spricht auch die Tatsache, dass er in seiner dienstlichen Eigenschaft als Leiter des Archivs und der Forschungsstelle der deutschen Volksgruppe in Zusammenarbeit mit der Deutschen Kulturgesellschaft Flensburg den Historiker Schlürmann zu einem Vortrag mit dem Löwenthema eingeladen hatte und darüber einen eigenen Bericht an das Flensburger Tageblatt (3.12.2010) lieferte. Der Artikel trägt die für Schlürmanns antiquierte Geschichtsauffassung über den Idstedt-Löwen bezeichnende Überschrift: „Kein Symbol einer gemeinsamen Geschichte.“

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen, sei betont, dass unterschiedliche Meinungen über ein historisches Thema wie z.B. den Idstedt-Löwen, natürlich prinzipiell ihre Berechtigung haben. Das Recht auf Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit gebietet aber nicht, jede einer Redaktion angebotene Meinungskundgabe auch zu publizieren. Über die Aufnahme oder Ablehnung entscheidet die Redaktion eines seriösen Organs aufgrund ihrer Fachkompetenz. Im vorliegenden Fall zeigt sich, dass der Redakteur der Mitteilungen auch auf dieser Ebene seiner Aufgabe nicht hinreichend gerecht geworden ist. Im Folgenden werden wir anhand einiger Beispiele darlegen, warum jener „Diskussionsbeitrag“ über die bereits genannten Anwürfe hinaus nichts mit seriöser wissenschaftlicher Diskussion zu tun hat.

Deutsch-dänisches Kulturerbe

Es sei nochmals hervorgehoben: Prinzipiell sind kritische Beiträge immer zu begrüßen, das ist auch eine Maxime der Grenzfriedenshefte. Die Kritik muss nur sachdienlich sein, soll gerne auch neue Perspektiven aufzeigen und muss vor allem eine Diskussionsgrundlage bieten. Diesen Ansprüchen genügt Jan Schlürmanns Polemik wie erwähnt in keiner Weise. Wenn wir uns im Folgenden dazu äußern, dient dies daher auch nur dem Zweck, zumindest die schlimmsten der zahlreichen und sachlich falschen Darstellungen und Unterstellungen des Verfassers richtigzustellen, damit ein, dem Niveau des Bei-

trags eigentlich angemessenes, Ignorieren nicht als „heimliches Eingeständnis“ missverstanden werden kann. Zu Recht müssen wir uns zudem fragen, ob man sich – so wie Schlürmann es tut - noch respektloser zu Fachkollegen und mit öffentlicher Kulturarbeit betrauten Menschen äußern kann.

Die Befürworter der Aufstellung des Idstedt-Löwen als Zeichen heutiger deutsch-dänischer Freundschaft und überhaupt die Verfechter eines weiteren Ausbaus der für die Region so wichtigen deutsch-dänischen Zusammenarbeit wirft er in einen Topf und bezeichnet sie als „region-builder“, die angeblich alles Nationale durch neue künstliche Regionalidentitäten ersetzen wollen, wobei selbst, so Schlürmann, „der alte dynastisch-absolutistische, von sozialen und rechtlichen Ungleichheiten gekennzeichnete deutsch-dänische Gesamtstaat kritiklos als Vorbild für die neue Grenzlandidentität herhalten“ müsse (S. 49 oben). Das ist nicht nur absurd, auch die „Quellenbasis“ für diese vollkommen aus der Luft gegriffene Behauptung ist ausgesprochen dünn, denn Schlürmann bedient sich hier eines zusammenfassenden Berichts über eine in GFH 4/2009 veröffentlichte Dialog-Veranstaltung des ADS-Grenzfriedensbundes, der in wenigen Druckzeilen den Inhalt eines Vortrages nur ansatzweise wiedergeben kann.

Bei dieser Veranstaltung, in der es um das gemeinsame kulturelle Erbe in der Region beiderseits der Grenze ging, wies der Direktor der Kulturstiftung Dr. Matthias Schartl in einem Podiumsstatement u. a. darauf hin, dass die Erinnerung an den vornationalen Gesamtstaat das Bewusstsein für das gemeinsame kulturelle Erbe und die damit verbundenen Verpflichtungen schärfen könne. Er griff damit einen längst weit verbreiteten Gedanken auf. Z. B. hat vor kurzem Landtagspräsident Torsten Geerds, zu dessen Redenschreiber Jan Schlürmann inzwischen avanciert ist, in einer Rede beim Jahresempfang des Deutschen Grenzvereins laut Bericht im Flensburger Tageblatt (15.1.2011) an die „Zeit vor Anbruch des Nationalismus“ erinnert, „zu der im damaligen Herzogtum Schleswig ‚schon einmal ein lebendiges Miteinander von Deutschen, Dänen und Friesen möglich war““.

Von einer Auflösung nationaler Identitäten, so wie Schlürmann es glaubt festzustellen, ist in Schartls Statement wie auch in dem Bericht darüber nirgendwo die Rede gewesen. Ebenfalls aus der Luft gegriffen ist die irgendwelchen „region buildern“ unterstellte Absicht, den Idstedt-Löwen zum Symbol einer neuen regionalen Identität zu machen, wie Schlürmann absurderweise behauptet. Sehr wohl allerdings wird das Denkmal von den einschlägigen Fachleuten heute als Teil des gemeinsamen deutsch-dänischen Kulturerbes und der gemeinsamen deutsch-dänischen Geschichte betrachtet, was Schlürmann offenbar nicht nachvollziehen kann, da er längst überholten Kategorien nationaler Abgrenzung verhaftet ist.

Wenn man also die deutsch-dänische Zusammenarbeit weiter ausbauen und die diese oft noch immer behindernde Grenze in den Köpfen weiter

abmildern will, ist der historisch richtige Verweis auf die lange gemeinsame Geschichte der Region durchaus sinnvoll. Jan Schlürmann lässt dies jedoch nicht gelten: „Die Flensburger „region builder“ deutscher kultureller Prägung stehen dabei den positiven Nebeneffekten des Nationalstaats, die insbesondere in Dänemark mit der Einführung einer Verfassung, demokratischer Grundrechte und sozialen Verbesserungen ihren Ausdruck fand, meist verständnislos gegenüber.“ (S. 48) Hier unterstellt der Verfasser seinen Kontrahenten nicht nur mangelnde Geschichtskennntnisse, sondern implizit auch einen Mangel an Demokratieverständnis, die durch eine Schlussnote ergänzt wird, in der man eigentlich einen Beleg oder zumindest eine Erklärung erwartet. Stattdessen befindet sich hier ein geradezu irrwitziger, durch nichts zu beweisender Pauschalvorwurf: „Die einander ergänzende und verstärkende Wirkung liberaler und nationaler Ideen, wie sie in Dänemark das „Junigrundloven“ von 1849 und in Schleswig-Holstein das Staatsgrundgesetz von 1848 schufen, wird von diesen Kreisen in der Regel als „Irrweg“ abgetan.“

Es ist nun seit Jahrzehnten in der Landesgeschichtsforschung unumstritten, dass bei der Betrachtung der Zeit 1848/50 die liberalen und demokratischen Errungenschaften sowohl in Dänemark als auch in Schleswig-Holstein/Deutschland nicht übersehen werden sollten. Dies kommt z. B. auch in der von Schlürmann in GFH 4/2007 kritisierten neuen Idstedt-Ausstellung zum Ausdruck. Anders als er es unterstellt, waren die liberalen und demokratischen Ideen aber keine tragende Säule des Nationalstaatsgedankens, sondern lediglich mit ihm verbunden, wobei sowohl der deutsche als auch der dänische Nationalismus viel demokratisches Gedankengut missachtete, etwa das Selbstbestimmungsrecht der „anderen“ im Herzogtum Schleswig.

Denkmäler und Erinnerungskultur

Herr Schlürmann sieht den Idstedt-Löwen als Teil einer angeblich bruchlosen positiven nationalen dänischen Erinnerungskultur und beklagt, dass man in Deutschland alles an den Brüchen des 20. Jahrhunderts festmache, namentlich an der Zeit von 1933-45: „Dazu bemerkte der dänische Historiker Peter Dragsbo (Museum Sønderjylland) treffend, dass man in Deutschland dazu neige, alle Denkmäler zu ‚Mahnmalen‘ zu erklären.“ (S. 46) Zum Beleg dieser vermeintlichen Aussage beruft sich Schlürmann auf einen Artikel des Sonderburger Museumschefs, der im Grenzfriedensheft 1/2009 erschienen ist, übrigens in einer Übersetzung durch Frank Lubowitz. Nur zweimal (S. 8 u. 9) taucht dort der Begriff Mahnmal überhaupt auf. Auf S. 8 etwa schreibt Dragsbo: „Museen über Krieg und Kriegsverbrechen in Deutschland sind zumeist nicht nur Denkmale, sondern Mahnmale.“ Peter Dragsbo bezieht sich also ausdrücklich auf Museen

und Gedenkstätten zu Krieg und Gewaltherrschaft, nicht aber auf Denkmale im Allgemeinen, und dies schon gar nicht im Sinne von Schlürmanns Zitat. Die Aussage, die Schlürmann Dragsbo unterstellt, wäre ohnehin nicht nachvollziehbar: Dazu genügt als nur ein Beispiel unter vielen schon ein Blick in den Kieler Schlossgarten, wo Kaiser Wilhelm noch immer weiterhin sichtbar hoch zu Ross als „Befreier Schleswig-Holsteins“ daherkommt. Wenige Meter davon entfernt steht ein Halbrund, das die Unterstützung von Bismarcks Kriegszug gegen Frankreich verherrlicht – beides ohne jeden Hinweis auf die historische Einordnung und bar jeder Funktion als „Mahnmal“, sondern bislang einfach als Relikte einer vergangenen Zeit. Übrigens sind diese als zwei von vielen kaiserzeitlichen Denkmälern im Lande jünger als der Idstedt-Löwe, der seine lange und für eine Bronzestatue wohl einmalige Geschichte, die so vielschichtige Perspektiven bietet, künftig dort erzählen soll, wo sie 1862 unter ganz anderen Vorzeichen begann. Zum Frieden mahnen soll er natürlich auch – und ist das nicht die edelste Aufgabe eines Denkmals? Herr Schlürmann spricht dem Löwen jedoch jede andere Deutungsmöglichkeit als jene naiv-nationalistische von 1862 ab, was er in seinem Ende November in Flensburg gehaltenen Vortrag bekräftigte (Flensburger Tageblatt, 3.12.2010).

Bei seinen Internetrecherchen ist er dabei auf passende Zitate gestoßen und mutet dabei den Lesern krasse Fehlinformationen zu, die ein sorgfältig arbeitender Redakteur hätte erkennen müssen: „Antje Spoorendonk vom SSW bemerkte dazu treffend: ‚Die moderne Denkmalforschung weist immer wieder darauf hin, dass die Menschen heute klare Botschaften brauchen, die ohne langwierige historische Erläuterungen auskommen.‘ [...] folgerichtig regte der SSW im April 2010 eine ‚Verlegung‘ des Denkmals zum ‚Knivsberg‘-Bismarck auf den Aschberg an.“ (S. 47) Hier ist der Verfasser einem Aprilscherz der SSW-Presseabteilung auf den Leim gegangen. Dabei bemerkte er nicht einmal, wie unsinnig die angebliche Aussage aus dem Mund einer studierten Historikerin wie Anke Spoorendonk ist. Denn welche „klare Botschaft“ sollte der Löwe auf dem Aschberg vermitteln? Hätte der Autor sich etwas näher mit der Haltung der dänischen Minderheit und ihrer bekanntesten politischen Vertreterin zum Idstedt-Löwen befasst, wäre ihm dieser Fauxpas wohl nicht passiert.

Der Löwe und die Minderheit

Schlürmann will nicht akzeptieren, dass die Geschichte des Idstedt-Löwen seit 1864 weitergegangen ist. Auch bei der dänischen Minderheit spielt die Erinnerung an den letzten großen militärischen Sieg dänischer Truppen keine identitätsstiftende Rolle mehr, im Gegenteil: Man freut sich über die Rückkehr dieses geschichtlich so bedeutenden Denkmals im Zeichen einer neuen Zeit. Schlürmann hingegen beharrt auf der Alleingültigkeit der

ursprünglichen Deutung als nationales Siegesdenkmal und versucht, mit einem dreisten Angriff auf GFH-Redakteur Jörn-Peter Leppien einen Keil zwischen die Minderheit und ihre Zusammenarbeitspartner zu treiben, indem er ausführt: „Er stellt – zumindest in Teilen – auch die dänische Minderheit mit ihrem bisherigen nationalen Bekenntnisverständnis infrage. Leppien [...] fordert die dänische Minderheit dazu auf, die Wiederaufstellung des ‚Löwen‘ zum ‚Anlass zur selbstkritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit‘ zu nehmen. Er knüpft also die so lange ersehnte Rückkehr dieses Symbols für die dänische Minderheit implizit an Bedingungen, die seiner persönlichen ideologisch determinierten Geschichtsauffassung entspringen.“ (unten S. 51)

Die Unterstellung, die Rückführung an Bedingungen zu knüpfen und die Minderheit in ihrem Selbstverständnis in Frage zu stellen, ist schlichtweg infam. Schlürmann zitiert Leppien überdies falsch. Die angeblichen Bedingungen, die Leppien der Minderheit laut Schlürmann abverlange, lesen sich in dessen Aufsatz wie folgt: Im Zusammenhang mit einer Ausstellung der dänischen Minderheit unter dem Titel „Südschleswig – von einem Gegeneinander zu einem Füreinander“ erinnert er daran, dass der Löwe bei seiner Aufstellung einen nationalen Gegensatz weiter angeheizt hatte, „mit dem sich heute niemand mehr ernsthaft identifizieren kann, wie auch das oben zitierte Motto der Ausstellung zeigt. Der Idstedt-Löwe ist heute kein National-Denkmal mehr im alten Sinne. Seine Geschichte bietet vielmehr, auch für die dänische Minderheit, Anlass zur selbstkritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit. Das sieht auch die dänische Kulturministerin Carina Christensen so.“ (Leppien in GFH 2/2010, S. 133). Die Ausführungen der damaligen Ministerin zum Umgang mit der Geschichte (nicht nur) der Bissen-Statue fasst der Initiator zahlreicher geschichtspolitischer und –didaktischer Initiativen im Grenzland wie folgt zusammen: „Das dänische Nationaldenkmal des 19. Jahrhunderts gewinnt hier eine ganz andere, für manchen neue Qualität. Es wird nicht mehr mit einer mehr oder minder diffusen nationalen Symbolik in Verbindung gebracht, sondern als ein Denk-Mal betrachtet, das gegenwarts- und zukunftsbezogene Einsichten ermöglicht – nicht allein für Dänen, sondern genauso auch für Deutsche.“ (Ebenda, S. 134). Tatsächlich hat Leppien damit allgemein auf ein zentrales, unter ernstzunehmenden Historikern und Geschichtsdidaktikern heute völlig unumstrittenes Ziel historischer Vermittlung hingewiesen, das der Historiker Schlürmann allerdings offensichtlich noch nicht realisiert hat.

Schlürmanns Behauptung entbehrt also jeder Grundlage. Doch damit nicht genug, denn direkt im Anschluss diffamiert er Leppien ein weiteres Mal: „Auch seine Abqualifizierung des jährlichen dänischen Idstedt-Gedenkens auf dem Alten Friedhof und der dort auftretenden Redner als

„Ort ‚patriotischer‘ Rituale und politischer Sonntagsreden‘ ist reichlich fehl am Platze.“ (oben S. 52). Hier bezieht sich Jörn-Peter Leppien in Wirklichkeit direkt auf weitere Aussagen der damaligen dänischen Kulturministerin Carina Christensen, in denen diese u.a. dazu aufforderte, Geschichte differenziert zu betrachten und den Willen zu haben, Geschichte verstehen zu wollen. Mit seiner Wortwahl weist Jörn-Peter Leppien darauf hin, dass die Stellungnahme der Ministerin im krassen Gegensatz zu den in der früheren Debatte häufig von Löwen-Gegnern mit eben solchen Worten ausgedrückten Vorwürfen steht, dass ein auf den Flensburger Friedhof zurückgekehrter Löwe zu angeblichen nationaldänischen Kundgebungen reizen könnte (GFH 2/2010, S. 140). Die zusätzlich die Wahrheit entstellende Zusammenkoppelung mit der oben genannten Aussage von S. 133 stammt zudem allein aus Schlürmanns Feder. Die Vorwürfe, dass die Grenzfriedenshefte hier gegen die dänische Minderheit polemisieren würden, sind ebenso unwahr wie unverfroren.

Was Schlürmann diffamierend als Leppiens „persönliche, ideologisch determinierte Geschichtsauffassung“ (!) darstellt, ist mittlerweile in der Geschichtsforschung und -vermittlung weit verbreitet, wobei hinzuzufügen ist, dass Leppien mit seinen Weggefährten seit den 1970er Jahren maßgeblich dazu beigetragen hat, dass sich eine vorurteilsfreie Sicht der Geschichte der deutsch-dänischen Beziehungen, z. B. auch der Schlacht bei Idstedt am 25. Juli 1850, heute in Fachkreisen weitestgehend durchgesetzt hat. Diesen Fortschritt kann der Historiker Schlürmann offensichtlich bis heute nicht nachvollziehen. Mit seiner Polemik versucht er stattdessen, einen Keil zwischen die dänische Minderheit und den von ihm ausgemachten angeblich „sehr kleinen, aber einflussreichen deutschen Kreis“ (S. 51) zu treiben.

Denkmal gegen eine Mehrheit?

In dem der GFH-Redaktion angebotenen Manuskript, das sich wie erwähnt wesentlich von der veröffentlichten Fassung unterscheidet, stellt sich Schlürmann selbst in die Tradition der Löwengegner früherer Zeiten, wenn er behauptet, die Ratsversammlung habe durch den Beschluss zur Rückkehr des Denkmals „nationalistischen Kreisen in Dänemark mit ihrem unüberlegten Vorstoß bereits eine Steilvorlage geliefert“. Überhaupt war die Hauptforderung in dieser ersten Fassung, dass die deutsch sozialisierten Befürworter des Löwen sämtliche andere Argumente zugunsten der Rückführung fallen lassen und stattdessen zugeben sollten, dass die Neuaufstellung in erster Linie eine Geste an die dänische Minderheit sein sollte. Im Gegensatz hierzu gibt der Verfasser nun vor, dass er den Löwen der Minderheit aufrichtig gönne, doch führt er fort: „Mein Symbol wird er damit nicht. Dass die Entscheidung vom Juni 2009 bisher keinen starken

Widerspruch hervorgerufen hat, widerspricht keineswegs meiner Vermutung, dass ich mit dieser Position zu einer Mehrheit gehöre. Es gehörte ja gerade zur durchsichtigen Taktik, erst gar keine Diskussion aufkommen zu lassen, meine kritischen Beiträge wurden zensiert.“ (S. 51).

Niemand wird ernsthaft behaupten können, dass über den Idstedt-Löwen und dessen Standort in der Vergangenheit nicht ausgiebig diskutiert und alle Argumente ausgetauscht worden wären. Es gehört zu Schlürmanns durchsichtiger Taktik, hier den alten Wein der Löwen-Gegner aus der Zeit bis etwa Mitte der 90er Jahre in neuen Schläuchen vorgeblicher Minderheiten-Freundlichkeit zu servieren.² Nicht minder durchsichtig ist der schon in der Wortwahl bemerkenswerte Versuch, sich in populistischer Manier zum Vertreter einer schweigenden, ja zum Schweigen gezwungenen angeblichen Mehrheit hoch zu stilisieren, die angeblich mit dem Löwen nichts anfangen kann und folglich gegen dessen Wiedererrichtung sein müsse. Dies gipfelt in folgender Aussage: „Der dänischen Minderheit nimmt man ihr Denkmal und der deutschen Mehrheitsbevölkerung drängt man ein Mahnmal auf, das man durch eine pädagogische Großoffensive erst überhaupt bekannt machen muss (einschließlich der Entwicklung, an die gemahnt werden soll!)“ (S. 53).

Hierzu ist zunächst einmal zu sagen, dass man von dänischer Seite immer betont hatte, dass der Löwe nach Flensburg zurückkehren sollte, wenn dies in Flensburg gewünscht würde – und zwar nicht nur von der Minderheit, in deren Reihen zudem niemand behaupten würde, dass das Denkmal nur ihnen gehöre. Für Angehörige der deutschen Mehrheitsbevölkerung, die den Löwen bisher nicht kennen, sollte sich die Botschaft von der heutigen deutsch-dänischen Freundschaft und der Mahnung zum Frieden, der nicht immer selbstverständlich war, in der heutigen Zeit leicht erschließen. Der Alte Friedhof ist im Übrigen kein besonders auffälliger und weithin sichtbarer Standort, an welchem sich der Löwe den Flensburgern „aufdrängt“. Sehr wohl aber ist die Anlage, an der sonst nichts Wesentliches verändert wird, ein kulturhistorisch hervorgehobener Platz im Rahmen eines Denkmalensembles. Auch Schlürmanns herablassende Bemerkung, der Idstedt-Löwe solle am neuen Standort in Flensburg „Teil einer groß angelegten pädagogischen Freiluftanlage“ (S. 47) werden, zeigt in aller Deutlichkeit, dass dieser Historiker keinerlei Zugang zur Vermittlung von Geschichte anhand von Denkmälern hat.

Politik und Kultur

„Aber hat „Grenzfrieden“ nicht auch etwas mit weitgehendem „Konsens“ zu tun?“ (S. 53), fragt der selbst nicht mehr im Grenzland wohnhafte Verfasser und erkennt, dass der Konsens gerade darin besteht, unabhängig von bestehenden und auch weiterhin wirksamen Unterschieden friedlich

mit- und untereinander zu leben. Wie man einen Grenzfrieden erreicht, wenn man für die letzten Gegner von Neuerungen ein Vetorecht beansprucht, ist schleierhaft. Auch im schleswigschen Grenzland wären wir heute noch längst nicht so weit, wenn man nicht mitunter zukunftsweisende Entscheidungen gegen den Willen einzelner Bedenkenträger getroffen hätte. Selbst die Bonn-Kopenhagener Erklärungen, auf die und deren Resultate wir heute so stolz sind, wären nicht zu Stande gekommen, wenn die Bundesregierung sich seinerzeit nicht über die Landesregierung hinweggesetzt hätte.

Im Übrigen haben Vertreter aller Fraktionen in der Flensburger Ratsversammlung für die Löwen-Rückkehr gestimmt und eine überwältigende Mehrheit zu Stande gebracht, wie man sie in diesem Parlament selten erlebt. Dieser Beschluss spiegelt sowohl einen Generationswechsel in Politik und Kulturleben der Fördestadt als auch die fortgesetzte Normalisierung des deutsch-dänischen Verhältnisses wider. Selbst ein zuvor teils heftige nationale Emotionen auslösendes Thema wie der Idstedt-Löwe lässt sich nun frei von alten Vorurteilen sachlich und undramatisch behandeln. Dennoch behauptet Herr Schlürmann: „Eine ‚Entpolitisierung‘, also eine Versachlichung, machten bereits die Umstände der eingebrachten Motivation zur Umdeutung des Löwen unmöglich.“ (S. 52)

Schlussbetrachtung

Wir wollen an dieser Stelle nicht verhehlen, dass die – leider notwendig gewordene – Verteidigung gegen derlei Polemik uns wahrlich keine Freude bereitet, denn wir verwenden unsere Ehrenamtszeit gerne anders. Diskussionsbeiträge können gerne kontrovers sein. Persönliche Verunglimpfungen, üble Unterstellungen und wissenschaftliche Unredlichkeit sollen darin allerdings nicht vorkommen – egal gegen wen sie gerichtet sind. Dies gilt besonders für eine Zeitschrift mit einem gewissen wissenschaftlichen Anspruch; die Mitteilungen sind schließlich weder Boulevardzeitung noch Regenbogenpresse oder gar Satiremagazin. Angesichts des tiefgreifenden Dissens über die Grenzen der Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit, der durch die Erklärung des GSHG-Vorstands sichtbar geworden ist, müssen die Leserinnen und Leser der Mitteilungen der GSHG wohl leider damit rechnen, dass ihnen auch in Zukunft Verunglimpfungen von Personen und Institutionen als diskussionswürdige „Meinungen“ präsentiert werden.

*Die Redaktion der Grenzfriedenshefte: Dr. Jörn-Peter Leppien,
Dr. Matthias Schartl und Gerret Liebing Schlaber ph.d.,
ADS-Grenzfriedensbund, Marienkirchhof 6. 24939 Flensburg,
grenzfriedensbund@ads-flensburg.de*

1 In Anmerkung 1 auf S. 53 behauptet Schlürmann wahrheitswidrig, dass Jörn-Peter Leppien sich einem Gespräch verweigert hätte. Von Schlürmann spontan im Rahmen der Gedenkveranstaltung für seinen langjährigen guten Freund und Kollegen Manfred Jessen-Klingenberg darauf angesprochen, sagte Leppien jedoch zu. Schlürmann ließ jedoch nie von sich hören, bis durch Redakteur Lubowitz das Manuskript ebenjener Polemik an uns gesendet wurde.

2 Dass Schlürmanns Freundlichkeit gegenüber der dänischen Minderheit nicht zu tief geht, belegt auch der oben auf S. 50 gebrachte Begriff „Neo-Slesvigismus“ in Bezug auf den Appell an ein stärkeres grenzüberschreitendes schleswigsches Bewusstsein. Dieser Terminus – man beachte auch die an die ans Dänische angelehnte Schreibweise – wurde Anfang der 1980er Jahre von Kritikern der privat finanzierten Zeitschrift „Slesvigland“ geprägt, womit man deren (übrigens nur auf Süd-Schleswig bezogenen) Regionalismus als Tarnung für eine neue dänische „Kulturoffensive“ (ein damals noch häufig gebrauchter Kampfbegriff) bezeichnete.

Antwort auf die Einsendungen zur Diskussion über den „Idstedt-Löwen“

Mein Diskussionsbeitrag in den MGSHG 79, Okt. 2010 „Der Idstedt-Löwe. Anmerkungen zur Geschichtspolitik in Flensburg“, S. 43-57, hat heftige Reaktionen hervorgerufen, die sich nur zu einem geringen Teil auf die von mir aufgeworfenen Fragen und Thesen nach der Deutung und Entscheidungsfindung der Wiedererrichtung des „Idstedt-Löwen“ sowie auf moderne Erklärungsmodelle des dabei zu beobachtenden geschichtspolitischen Leitbildes beziehen. Die dabei entstandene Debatte um Meinungsfreiheit und Polemik will ich nicht kommentieren, die Erklärung des Vorstandes der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte findet sich in diesem Heft.

Zum Thema, also den in der Sache „Idstedt-Löwe“ vorgebrachten Argumenten, will ich mich im Einzelnen an dieser Stelle nicht mehr äußern. Ich empfinde und akzeptiere sie als Teil eines völlig üblichen wissenschaftlichen Diskurses, der gelegentlich auch mit harten Bandagen ausgetragen wird. Meinen Standpunkt habe ich äußern können, ich werde ihn auch zukünftig vertreten, überprüfen, diskutieren und weiterentwickeln. Verwundert haben mich die Angriffe auf die Redaktion der MGSHG, sie entsprechen keineswegs den üblichen Vorgehensweisen bei wissenschaftlichen Diskussionen und fallen letztlich auf ihre Urheber zurück.

Eine notwendige Anmerkung muss allerdings zum Beitrag von Frau Anke Spoorendonk (MdL, SSW) gemacht werden; indessen nicht zum Inhalt, sondern zum Vorwurf des „Missbrauchs eines Aprilscherzes“: Grundsätzlich gehe ich bei Pressemitteilungen des SSW davon aus, dass sie seriös gemeint sind, schließlich haben unsere politischen Parteien und ihre Mandatsträger einen Anspruch darauf, vom Bürger ernst genommen zu werden.

Abschließend möchte ich dazu anregen, in zehn Jahren gemeinsam zu überprüfen, ob der „Idstedt-Löwe“ den hohen in ihn als pädagogisches Mit-

tel zur Völkerverständigung gesetzten Erwartungen entsprochen hat, oder nicht. Daran werden sich alle Beiträge dieses Heftes messen lassen. Zum Nachdenken – vor allem in den eigenen Reihen – mag noch ein Auszug aus der Erklärung des Vorsitzenden der ADS/Grenzfriedensbund Herrn Lothar Hay (MdL, SPD) beitragen, die er anlässlich der 7. Dialogtagung am 28. Oktober 2010 unter dem Absatz „Welche Zukunftsfaktoren entscheiden?“ vortrug:

„Derzeit wird viel über das Miteinander gesprochen; die gemeinsame kulturelle Geschichte beschrieben: Es gilt, lieber nicht das Eigene zu betonen und das Verbindende herauszulesen. Wir haben offenbar ein hohes Bedürfnis an Harmonie; das ist über die lange Zeit der positiven Entwicklung der Grenzregion sicherlich notwendig gewesen. Nun aber besteht die Gefahr, dass das Harmoniebedürfnis auch die notwendigen Unterschiede einebnet und wir merken dies wegen unserer positiven Absichten vielleicht nicht einmal. Dabei sollten diese Unterschiede eher hervorgehoben werden als klein geredet oder gar vermieden. Davon haben Kulturen mehr, da Kultur vom Gegensatz und nicht von der Einebnung der Unterschiede lebt.“

Dr. Jan Schlürmann, Schlieffenallee 2, 24105 Kiel

Diskussionsbeiträge zur neuen Ausstellung im Marine-Ehrenmal Laboe

Die neue Ausstellung in Laboe. Eine kritische Analyse

Die neue Ausstellung im Marine-Ehrenmal zu Laboe will Tradition und Neuanfang miteinander verbinden. Sie setzt sich zum Ziel, die Öffentlichkeit auf der Basis des neuesten Standes der Wissenschaft zu informieren. Sie möchte sich kritisch mit der Geschichte der deutschen Marine auseinandersetzen und dabei auch die didaktischen Kriterien zeitgemäßer historischer Ausstellungen berücksichtigen. Das ist höchst verdienstvoll, stellt doch das Ehrenmal eine kulturelle Einrichtung dar, die weit über das Land hinaus Bedeutung besitzt. Die neue Ausstellung steht damit geradezu paradigmatisch für die offizielle Erinnerungspolitik des Landes. Dies gilt umso mehr, als Zielsetzungen und Ausgestaltung von der Landesregierung ausdrücklich als vorbildlich hervorgehoben wurden.

Auf den ersten Blick fällt jedoch auf, dass dieser „geschichtspolitische Leuchtturm“ keine eindeutige Zielsetzung besitzt. Er changiert zwischen Ehrenmal/Gedenkstätte, (versuchter) kritischer historischer Ausstellung, aktuellen marine- beziehungsweise militärpolitischen Intentionen und „at-

traktivem Ausflugsziel“. Er versucht pauschales ehrendes Gedenken der deutschen und internationalen Seekriegstoten, wissenschaftliche Darstellung der Marinegeschichte, Vermittlung „deutscher Seeinteressen“, sowie touristische Ausrichtung miteinander zu verknüpfen. Diese Multifunktion erschwert eine wissenschaftliche Darstellung in hohem Maße.

Hinzu kommt, dass die Offenheit des Fragehorizonts durch die Grundprämisse des Ehrenmals stark eingeengt ist: „Eine kritische Auseinandersetzung mit der deutschen Marinegeschichte bedeutet dabei nicht, dass die Erinnerung an die Marineangehörigen, die in beiden Weltkriegen ihr Leben verloren haben, herabgewürdigt wird – im Gegenteil: Das Gedächtnis an die Gefahren beider Weltkriege zu erhalten bleibt die Aufgabe des Marine-Ehrenmals“. Eine solche Sicht führt von vornherein zu einer nachträglichen und historisch höchst zweifelhaften Verwischung von Täter- und Opferperspektiven.

Messen wir nun die Ausstellung an ihren selbst gesetzten Zielen: Eine fachwissenschaftlich „moderne“ Ausstellung versteht Geschichte als Konstruktion. Es kommen verschiedene Ansätze zu Wort, etwa Geschichte von „oben *und* unten“, Sozialgeschichte, Kulturgeschichte, in keinem Fall nur Militär- und Politikgeschichte. Geschichte muss zudem „offen“ sein. Das schließt einen geschlossener Narrativ aus. Für die Marine könnte das heißen: Es gibt nicht nur Offiziere, sondern auch Mannschaften, nicht nur Gefechte, sondern auch das Leben an Bord, nicht nur Fakten, sondern auch Kontroversen und dementsprechend nicht nur „richtige“, sondern auch „alternative“ Interpretationen.

Fachdidaktisch wiederum muss das Ziel darin bestehen, bei den Besuchern ein reflektiertes Geschichtsbewusstsein zu fördern, für das Kontroversität und Multiperspektivität, nicht aber Überwältigung durch Aussteller und Ausstellung stehen. Der Besucher sollte die Ausstellung mit mehr Fragen als Antworten verlassen. Gestalterisch könnten Personifizierung, Vielfältigkeit der Ansätze, also Berücksichtigung des „ganzen Lebens“, Mischung verschiedenster Ausstellungsstücke (nicht nur Schiffe und Texte) und Handlungsorientierung diese Zielsetzung unterstützen. Eine „attraktive Kombination aus Texten, Bildern und gegenständlichen Ausstellungsstücken“ sowie „multimediale Angebote“, - wie versprochen – reichen nicht aus, sie müssen vielmehr didaktisch sinnvoll inszeniert werden.

Fazit: Die neue Ausstellung ist demgegenüber eindimensional, weitgehend unkritisch und fachdidaktisch nicht auf dem neuesten Stand. Sie ist suggestiv, die Konstruktion von Geschichte wird nicht sichtbar, im Gegenteil, es dominiert ein allwissender Erzähler, der Diskussionen geradezu ausschließt. Dies soll im Folgenden an einigen Textbeispielen verdeutlicht werden.

Fallbeispiel „Ausbruch des Ersten Weltkrieges“

Im Text heißt es dort: „Der eigentliche Grund ist das mangelhafte Krisenmanagement der Großmächte. Keine Seite hat den Krieg gewollt, doch unternimmt auch keine Seite ernsthafte Anstrengungen, ihn zu verhindern. So nimmt das Deutsche Reich das Risiko eines bewaffneten Konfliktes der europäischen Großmächte bereitwillig in Kauf, als es Anfang August 1914 Russland und Frankreich den Krieg erklärte“.

Bei diesem Textbeitrag zeigt sich eine doppelte Problematik: Der Text ist zum einen sachlich nur bedingt haltbar, die Diskussion in der Fachwissenschaft ist nach wie vor kontrovers. Wo aber sind hier Argumente und Gegenargumente? Zum anderen wird der Konstruktionscharakter von Geschichte verschleiert. Es gibt einen Erzähler, der weiß wie es wirklich war („eigentliche Grund“). Deswegen braucht der Besucher auch nicht mehr selber zu denken. Ein offenes Geschichtsbild sieht anders aus.

Fallbeispiel „Drittes Reich“

In den Texten heißt es dort: „Auch die Kriegsmarine war in Verbrechen verstrickt“ und weiter „Die meisten Marineangehörigen kämpften im guten Glauben, ihre Heimat zu verteidigen, ohne zu wissen, dass sie von einem verbrecherischen Regime missbraucht wurden“.

Sachlich fällt dieser Text weit hinter den Stand der Forschung zurück. Diese sieht in den Soldaten keineswegs bloße unpolitische Opfer eines grausamen Krieges. Weitgehend akzeptiert ist vielmehr die Tatsache, dass fast Jedermann wusste, dass Deutschland keinen Verteidigungskrieg führte. Die Marine war dabei ein aktiver Teil des verbrecherischen Systems, sie war nicht nur „verstrickt“. Auch die Marinesoldaten trugen mit ihrem Einsatz zur Verlängerung des nationalsozialistischen Systems und damit u.a. am Mord an den Juden und der Fortführung deutscher Verbrechen bei. Der Text bietet mithin keine kritische Auseinandersetzung über die Rolle der Marine im „Dritten Reich“, sondern es handelt sich um eine reine „Weißwaschung“.

Eine Möglichkeit dieses Thema anzugehen bestünde demgegenüber darin, an den für eine anschauliche historische Ausstellung wichtigen Biographien von Marineoffizieren *und* einfachen Marinesoldaten deren individuelle ideologische, politische und marinebezogene Involvierung in den Nationalsozialismus beziehungsweise deren Handlungsspielräume, Resistenz, Widerstand usw. transparent zu machen. Damit würde die Möglichkeit gegeben, mündigen Besuchern Materialien zu einer kritischen Reflexion anzubieten. Diese Chance aber wird nicht genutzt.

Welches Geschichtsbild steht nun hinter dieser Ausstellung?

Geschichte ist in ihr nach wie vor – trotz einiger Ausnahmen – Geschichte der großen Führer, nicht der einfachen Menschen. Sie ist vor allem Militär-

und Politikgeschichte, nur selten auch Sozial- oder Kulturgeschichte. Aspekte von Gendergeschichte – gerade bei einer solchen Männergesellschaft wie der Marine – von höchster Aktualität, kommen nicht vor. Vor allem aber: Geschichte ist eindeutig interpretierbar: Die Geschichte der deutschen Marine war so wie sie dargestellt wird eindeutig – und sie war gut so, trotz einiger leichter negativer Abweichungen. Sie muss daher prinzipiell auch nicht kontrovers diskutiert werden.

Dem entspricht die „Meistererzählung“. Es gibt einen „roten Faden“, der sich durch die Geschichte zieht: Vom „Tirpitz Plan“, bei dessen Darstellung die sozialgeschichtlichen Aspekte kaum gestreift werden, über die „schlimme Revolution“ von 1918/19, die leider in der Marine ihren Ursprung nahm, über den Kapp-Putsch, in den die Marine leider ebenfalls „verstrickt“ war, über ihre Führer im nationalsozialistischen System, die zwar Nazis waren, aber eigentlich immer „das Schlimmste“ verhindern wollten, zur Traditionspflege, die immer national, wenn nicht zeitweise sogar nationalistisch angelegt war, bis hin zur Gegenwart, in der die Bundesmarine undiskutiert berechnete „deutsche Seeinteressen“ vertritt, als hätte es nie politische Diskussionen darüber gegeben.

Wie wäre es, dieses konstruierte Bild mit einer Gegennarration zu kontrastieren? Damit würde der Besucher zum diskutieren gezwungen und könnte sich nach eigenem Überlegen für eine Variante (oder auch keine?) entscheiden. In einer solchen Narration könnte man die Revolution von 1918 als eine großartige Leistung hervorheben, die den Weg für die erste deutsche Republik eröffnete – und an deren Spitze die Marine stand. Man könnte die Ambivalenz der Marine zwischen Volksmarinedivision *und* Beteiligung am Kapp-Putsch als paradigmatisch für die Rolle des Militärs in der Weimarer Republik herausarbeiten. Man könnte (hier zugleich mit dem Stilmittel der Personifizierung) die Spannung zwischen Pazifismus und „militärischem Heldentum“ am Beispiel des Pfarrers und U-Bootkommandanten Martin Niemöller skizzieren und damit die Darstellung über die Marine im ns-System erheblich erweitern. Dies könnte nicht zuletzt auch über die Bedeutung von Deserteuren geschehen. Auch die Rolle der Zwangsarbeit beim Bau von militärischen Einrichtungen könnte vertieft werden und nicht zuletzt könnte man die Verweigerung der Nachkriegsmarine problematisieren, sich – im Gegensatz zur Volksmarine in der DDR - von ihrer Vergangenheit loszusagen.

Dazu aber bedürfte es eines anderen Verständnisses von Geschichte und einer anderen Ausstellung.

*Prof. Dr. Karl Heinrich Pohl, Historisches Seminar der
Christian-Albrechts-Universität, Olshausenstr. 40, 24098 Kiel*

Zur Kritik an der Ausstellung in der Historischen Halle des Marine-Ehrenmals durch Prof. Dr. Karl Heinrich Pohl

Am 17. Juni 2010 wurde die neue Ausstellung in der Historischen Halle des Marine-Ehrenmals eröffnet. Sie zeigt auf dem aktuellen Stand der historischen Forschung sowohl die Entwicklung des Marine-Ehrenmals von einer Heldengedenkstätte zu einem Friedensmahnmal mit internationaler Bedeutung, als auch die Entwicklungslinien der deutschen Marinen vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte.

Die neue Ausstellung bietet eine kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte der deutschen Marinen und ihrer Rolle in der jüngeren deutschen Vergangenheit. Es wird deutlich gemacht, dass sich auch die Kriegsmarine tief in das verbrecherische System des NS-Regimes verstrickt hat, das den Zweiten Weltkrieg bewusst und mutwillig vom Zaun gebrochen hat. Es wird zugleich unmissverständlich deutlich gemacht, dass es im Marine-Ehrenmal nicht um Heldenverehrung, sondern um das Gedenken an die Seekriegstoten zweier Weltkriege geht, wobei nicht nur an die deutschen, sondern auch an die alliierten Toten zur See erinnert wird.

Die Ausstellung wurde vom Verfasser in Zusammenarbeit mit einem Historischen Beirat, dem unter anderem Prof. Dr. Michael Epkenhans (Militärgeschichtliches Forschungsamt in Potsdam), Dr. Heinrich Walle (Lehrbeauftragter an der Universität Köln) und der ehemalige Landesarchivdirektor Prof. Dr. Reimer Witt angehören, auf der Basis aktueller Forschungsergebnisse konzipiert und gestaltet. Gern hätten wir auch die zeitgeschichtliche Expertise des IZRG mit einbezogen. Wir hatten aus diesem Grund Prof. Dr. Robert Bohn in den Beirat berufen, doch nahm dieser weder an den Beiratssitzungen teil, noch schriftlich Stellung zu den ihm zugesandten Ausstellungstexten.

In die neue Dokumentation in der Historischen Halle sind die Fachkenntnisse von namhaften Marinehistorikern und erfahrenen Ausstellungsmachern eingeflossen.

Gleichwohl wurde die Ausstellung von einigen Historikern der Kieler Universität heftig kritisiert. Eine entsprechende Stellungnahme mit Datum vom 7. Juni 2010 wurde verfasst - ohne dass die fünf Unterzeichner aber die Ausstellung zuvor gesehen hatten, wie einer der entschiedensten Kritiker, Prof. Dr. Karl Heinrich Pohl, in einem Bericht des Flensburger Tageblatts vom 2. Juli 2010 eingestehen musste. In dieser Stellungnahme, die nicht auf der tatsächlichen Ausstellung, sondern auf einem zum damaligen Zeitpunkt bereits mehr als ein Jahr alten, vorläufigen Konzept basierte, wurde die Ausstellung als „wenig professionell“ und auf einem „unkritischen historischen Ansatz“ beruhend bezeichnet. In seinem Interview mit den Kieler

Nachrichten vom 20. August 2010 hat Prof. Dr. Pohl seine Vorwürfe mit der Behauptung untermauert, die Ausstellung lasse „jede kritische Selbstreflexion vermissen.“ Von der Unrichtigkeit dieser Aussagen abgesehen, widerspricht ein solcher Angriff auf die wissenschaftliche Integrität des Verfassers und der übrigen Beiratsmitglieder auch vehement dem Stil eines wissenschaftlichen Diskurses.

Ebenso wird die von Prof. Dr. Pohl in verschiedenen Medien wiederholt geäußerte, unsachliche und persönlich herabsetzende Kritik, die im Vorwurf der „Geschichtsklitterung“ an den Verfasser während einer Diskussionsveranstaltung gipfelte, entschieden zurückgewiesen. Nach Auffassung des Verfassers und des Deutschen Marinebundes zeugen diese Anwürfe mehr von Prof. Dr. Pohls undifferenziert-manichäischem Geschichtsbild, als von einer wirklichen Auseinandersetzung mit den Inhalten der Ausstellung, zumal er sich selbst in seinen Ausführungen über ein neues Ausstellungskonzept für das Wehrgeschichtliche Ausbildungszentrum an der Marineschule Mürwik in dem Jahrbuch „Demokratische Geschichte“, Band 17 (2006) in Bezug auf die deutsche Marinegeschichte nur „eine beschränkte Sachkompetenz“ bescheinigt. Dieser Eindruck mangelnden Hintergrundwissens wird auch in seinen Äußerungen über die neue Ausstellung im Marine-Ehrenmal deutlich. Offenbar ist Prof. Dr. Pohl nicht mit der aktuellen Literatur zu diesem Thema vertraut. Bereits die Lektüre neuerer Überblickswerke, wie beispielsweise „Militärgeschichte“ von Rolf-Dieter Müller oder „Die deutsche Kriegsmarine 1935-1945“ von Francois-E. Brézet, hätten hier leicht Abhilfe schaffen können.

Die von Herrn Pohl vorgebrachte, inhaltliche Kritik entbehrt jeglicher Grundlage. Die Verstrickung der Kriegsmarine und ihrer Oberbefehlshaber in das NS-Unrechtsregime wird in der Ausstellung klar benannt. Gleichzeitig wird aber versucht, ein differenziertes Bild der Kriegsmarine zu zeichnen und ihre Angehörigen weder einseitig zu verdammen, noch kritiklos zu heroisieren oder gar eine „Ehrenerklärung für die Kriegsmarine“ abzugeben, wie es dem Verfasser von Herrn Pohl während der bereits erwähnten öffentlichen Diskussion vorgehalten wurde.

Auch der von Prof. Dr. Pohl in seinem Interview mit den Kieler Nachrichten vom 20. August 2010 erhobene Vorwurf einer „Verwischung von Täter- und Opferperspektiven“ muss entschieden zurückgewiesen werden. Anders als von Prof. Dr. Pohl in seinen Äußerungen wiederholt angedeutet, war die Kriegsmarine kein monolithischer Block von Kriegsverbrechern. Auch für die Angehörigen der Kriegsmarine gilt die in einem Vortrag auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum zur Täter-Opferproblematik in der deutschen Erinnerungskultur im Dezember 2005 gemachte Feststellung von Ellen Ueberschär: „Die Wehrmachtssoldaten waren weder Sieger noch Opfer, sie ausschließlich als Täter zu qualifizieren, erscheint ebenso

ungerecht.“ Unter den Marinesoldaten gab es Personen wie Karl Dönitz, die Schuld auf sich geladen haben, aber auch Widerstandskämpfer wie Alfred Kranzfelder. Dazwischen gab es zahllose graduelle Abstufungen zwischen Verstrickung in die NS-Verbrechen und dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Es ist, wie es Rolf Wernstedt in seinem während der erwähnten Tagung in Loccum im Dezember 2005 gehaltenen Vortrag treffend ausdrückt, schwierig *„flächendeckend mit einem Täterbegriff zu operieren, wenn keine individuelle Schuld nachgewiesen werden kann.“* Viele Soldaten kämpften im Glauben, ihre Heimat zu verteidigen, und wurden von einem verbrecherischen System missbraucht, wie beispielsweise Heinrich Walle in der Einführung zu dem von ihm mit herausgegebenen Band *„Aus Feldpostbriefen junger Christen 1939-1945. Ein Beitrag zur Geschichte der Katholischen Jugend im Felde“* feststellt.

Anders als die öffentliche Kritik von Prof. Dr. Pohl vermuten lässt, beschränkt sich die Ausstellung jedoch nicht nur auf die Zeit des Zweiten Weltkriegs. Das Ziel der Dokumentation ist vielmehr, dem Besucher, der üblicherweise nicht über ein tieferes marinehistorisches Hintergrundwissen verfügt, im gesamtgeschichtlichen Kontext die Entwicklung der deutschen Marinen von der Gründung der Bundes- oder Reichsflotte von 1848 bis heute auf allgemein verständliche Weise zu vermitteln und damit - idealerweise - ein Interesse an einer Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte zu wecken, das den Besucher veranlasst, weiter- und tiefergehende Fragen zur deutschen (Marine-)Geschichte zu stellen.

Das Ministerium für Bildung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein bezeichnete in der Antwort auf eine kleine Anfrage von Dr. Robert Habeck, Vorsitzender der GRÜNEN-Fraktion im Kieler Landtag (Schleswig-Holsteinischer Landtag, Drucksache 17/720 vom 14.07.2010), die neue Ausstellung in der Historischen Halle als *„schlüssige Darstellung der Geschichte der Deutschen Marine im 19. und 20. Jahrhundert“*, die *„eine gute Grundlage, sich mit der Marinegeschichte auseinanderzusetzen“*, biete und die Neugestaltung insgesamt als *„besucherfreundlich und museumsdidaktisch beispielgebend“*. Nicht die subjektiv-dogmatische Kritik von Prof. Dr. Pohl, sondern diese unvoreingenommene Begutachtung durch das schleswig-holsteinische Bildungsministerium stellt für den Deutschen Marinebund eine relevante Beurteilung der neuen Dokumentation dar. Selbst Dr. Habeck lobte die Ausstellung in einem Fernseh-Interview im NDR-Kulturjournal vom 26.07.2010: *„Es gibt keinen Revanchismus und kein starkes faschistisches Gedankengut mehr. Das war früher wirklich ein bisschen anders.“*

Wie bereits in dem von Prof. Dr. Pohl kritisierten Konzept dargelegt wurde, wird die Dokumentation in der Historischen Halle künftig durch zusätzliche Ausstellungsteile erweitert. So sind Tafeln mit Lebensläufen von

Marineoffizieren und Mannschaftsdienstgraden aus beiden Weltkriegen in Vorbereitung, die einen Blick auf die Marinegeschichte aus verschiedenen Perspektiven ermöglichen.

Ebenso sind für die Zukunft Sonderausstellungen geplant, die durch den Deutschen Marinebund oder in Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern entstehen oder von Kooperationspartnern übernommen werden. Dabei sind grundsätzlich auch Ausstellungen zu kontroversen Themen denkbar, da der Deutsche Marinebund das Marine-Ehrenmal als einen Ort der lebendigen Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte betrachtet.

Selbstverständlich kann auch über die neue Ausstellung in der Historischen Halle diskutiert werden. Dies ist seitens des Deutschen Marinebunds sogar ausdrücklich erwünscht. Wissenschaft lebt von Kontroversen - allerdings nur solange diese auf ehrlichem Respekt vor der jeweils anderen Meinung beruhen. Diesen Respekt hat Prof. Dr. Pohl jedoch in seinen persönlichen Anwürfen vermissen lassen. Ihm geht es bei seiner Kritik offensichtlich allein um die Behauptung des Wahrheitsanspruchs seiner einseitigen Geschichtsbetrachtung und nicht um eine offene historische Debatte, die mit Sicherheit zu interessanten Diskussionen geführt und wichtige Anregungen zum Umgang mit der eigenen (Militär-)Geschichte gegeben hätte. Diese Chance wurde von Prof. Dr. Pohl vertan. Ein schriftliches Gesprächsangebot seitens des Deutschen Marinebunds wurde von ihm ohne Begründung telefonisch abgelehnt. Dies ist in unseren Augen ein deutlicher Hinweis auf Prof. Dr. Pohls Diskursunwilligkeit.

Diese Haltung von Prof. Dr. Pohl bedauern wir sehr. Doch möchten wir an dieser Stelle eine Einladung aussprechen: Jeder, der an einer offenen, fairen Diskussion über die neue Ausstellung im Marine-Ehrenmal interessiert ist, wird den Verfasser ebenso wie den Deutschen Marinebund gesprächsbereit finden.

Ebenso ist jeder Interessierte eingeladen, die neue Ausstellung in der Historischen Halle zu besuchen und sich ungehindert von ideologischen Scheuklappen ein eigenes Bild zu machen.

Literaturhinweise:

Francois-E. Brézet: Die deutsche Kriegsmarine 1935-1945, München 2003.

Rolf-Dieter Müller: Militärgeschichte, Böhlau UTB, Köln/Weimar/Wien 2009.

Karl-Theodor Schleicher und Heinrich Walle (Hg.): Aus Feldpostbriefen junger Christen 1939-1945. Ein Beitrag zur Geschichte der Katholischen Jugend im Felde, Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft, hg. von Jürgen Elvert und Michael Salewski, Bd. 60, Stuttgart 2005.

Ellen Ueberschär (Hg.): Soldaten und andere Opfer? Die Täter-Opferpro-

blematik in der deutschen Erinnerungskultur und das Gedenken an die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft, Dokumentation einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum vom 9. bis 11. Dezember 2005 unter Beteiligung von Mitarbeitern des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge und der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten, Rehburg-Loccum 2007.

Dr. Jann M. Witt, Strandstraße 92, 24235 Laboe

Reform vor der Reformation: Die Windesheimer und Bursfelder Reformbewegungen in den Klöstern Holsteins und der Hansestädte Lübeck und Hamburg – Ein Projektausschnitt

Obiit dominus Johannes abbas Bursfeldensis reformator hujus monasterii, so lautet ein Eintrag im Nekrolog des Klosters Cismar aus dem 15. Jahrhundert, der auf das Wirken spätmittelalterlicher monastischer Reformkongregationen im nordelbischen Raum verweist: Man wollte sich im Cismarer Konvent an den berühmten Abt Johannes Hagen (1439-1469) erinnern, welcher als Vorsteher des niedersächsischen Klosters Bursfelde Haupt der gleichnamigen Kongregation war. Diesem benediktinischen Klosterverband wurde 1449 auch das ostholsteinische Kloster Cismar inkorporiert, Abt Johannes Hagen daher als „Reformer dieses Klosters“ in den Nekrolog eingetragen. Ziel der Bursfelder Kongregation war die Reform des klösterlichen Lebens, die Rückwendung zu den ursprünglichen Idealen des Mönchtums, zu persönlicher Armut und gemeinsamem Leben, zu strenger Askese und einheitlicher Liturgie. Neben der Bursfelder war die Windesheimer Kongregation der größte Klosterverband, welcher im Zuge der Ordensreformen des 15. Jahrhunderts entstand. Er vereinigte vom niederländischen Mutterkloster Windesheim ausgehend über 80 Augustinerchorherrenstifte, unter ihnen auch die Konvente von Segeberg und Bordesholm. Reformaktivitäten beider Kongregationen lassen sich in Holstein, Lübeck und Hamburg auch in einer Reihe von Frauenklöstern nachweisen, so im Benediktinerinnenkloster Preetz und – ordensübergreifend – auch in den Zisterzienserinnenklöstern Reinbek, Harvestehude und St. Johannis in Lübeck.

Den Wirkungen dieser aus dem Kontinuum monastischen Verfalls und rückbesinnender Erneuerung resultierenden Reformbewegungen auf die erwähnten Klöster in Holstein und den Hansestädten soll im Rahmen meiner Magisterarbeit am Lehrstuhl für Regionalgeschichte der CAU zu Kiel nachgegangen werden, und zwar in zweifacher Hinsicht: den Einwirkungen als der Frage nach der Einführung der Reformen mit den daran beteiligten Handlungsträgern und den Auswirkungen als der Frage nach der klösterlichen Reformumsetzung.

Da die monastische Reform des Spätmittelalters in der schleswig-holsteinischen Landesforschung bisher vor allem isoliert in Klostermonographien betrachtet wurde, liegt der Schwerpunkt der Studie auf einer vergleichenden Betrachtung, werden vor allem die Interdependenzen zwischen den Klöstern, ihre überregionale Einbindung und ihr gemeinsames Herrschaftsumfeld in den Blick genommen. Mit dem territorialen Bezugsrahmen wird zudem ein insbesondere von den Reformzentren Bursfelde und Windesheim aus gesehen peripherer klosterlandschaftlicher Raum betrachtet: Es sind Klöster Holsteins, die als maximale Koordinaten der nördlichen Ausdehnung der Reformkongregationen genannt werden oder denen Vorstoßcharakter zugeschrieben wird.

Um einen Einblick in die bisherige Arbeit zu geben, soll an dieser Stelle der idealtypische Prozess einer Reformeinführung verknüpft mit Informationen zu den Klöstern im Raum und ersten Forschungsergebnissen dargestellt werden.

Initiierung der Reform

Der Entschluss und die Initiative zur Reform eines Klosters ging in den meisten Fällen nicht von ihm selbst aus, sondern von außerklösterlichen Akteuren wie geistlichen und weltlichen Herrschaftsträgern oder auch von Windesheimer und Bursfelder Reformern selbst. Wichtig war die tatsächliche oder behauptete Legitimation für den Eingriff, also das Berufen auf bischöfliche Ordinarsgewalt, Vogteirechte oder päpstliche Mandate.

Kein Aspekt der spätmittelalterlichen Klosterreformen ist bisher intensiver untersucht worden als der große Anteil landesherrlicher Gewalt an ihnen, primär gedeutet als vorreformatorisches Phänomen des Ausbaus landesherrlichen Kirchenregiments. Auch für den Untersuchungsraum ist in der Landesforschung wiederholt die bedeutende Rolle der Holsteiner Grafen bzw. Herzöge bei der Klosterreform betont worden. Dies ist jedoch für die nichtmendikantischen Klöster des Landes in Teilen zu revidieren: So wirkte der letzte Schauenburger Graf Adolf VIII. sogar gegen die Reform, indem er den gegen die reformierte Klosterleitung opponierenden Konvent von Segeberg unterstützte und so die Arbeit der dortigen Reformerschwerte. Letztlich ging von den Klosterreformen im Untersuchungsgebiet, die eine Verbindung zur Windesheimer oder Bursfelder Kongregation aufweisen, nur die des Zisterzienserinnenklosters Reinbek auf landesherrliche Initiative, nämlich Herzogs Friedrich I., zurück. Dieser erwirkte, geleitet von einem konkreten territorialen Interesse gegenüber dem Lauenburger Herzog, einen päpstlichen Reformbefehl für den Nonnenkonvent, welcher einen Eingriff ermöglichte. Charakteristisch für den Untersuchungsraum ist vielmehr der bedeutende Anteil bischöflicher Reforminitiativen: Sowohl die Reformen der Männerkonvente von Cismar, Segeberg und Bordsesholm

als auch ein Reformversuch im Zisterzienserinnenkonvent von Harvestehude gingen auf bischöfliche Reforminitiativen zurück. Zentrale Persönlichkeit war dabei der Lübecker Bischof Nikolaus Sachow (1439-1449), welcher sowohl die Bursfelder als auch die Windesheimer Reform in holsteinischen Klöstern, nämlich in Segeberg und Cismar, einführte und damit im Land etablierte. Sein frühes und intensives Engagement für die monastische Reform erklärt sich vor allem durch seinen Aufenthalt auf dem Konzil von Basel, welcher ihm die Möglichkeit bot, mit den dortigen Reformeliten in Kontakt zu treten und am *reformatio*-Diskurs zu partizipieren. So gewann er gegenüber den Landesherrn einen Kommunikationsvorsprung.

Neben landesherrlichen und bischöflichen lassen sich auch eigenklösterliche Reforminitiativen für das Untersuchungsgebiet belegen: Abgesehen vom gut erforschten Wirken der Preetzer Priörin Anna von Buchwald (1484-1508) mit ihrem Buch im Chor scheint es auch im Augustinerchorherrenstift Bordesholm mehr als bisher angenommen zu reformerischen Eigenbemühungen gekommen zu sein, die nicht als windesheimisch zu bezeichnen sind.

Beauftragung mit der Reformeinführung

Zwar lassen sich bei einigen Initiatoren wie beim erwähnten Bischof Nikolaus Sachow eigene Eingriffe in das zu reformierende Kloster nachweisen, typisch war jedoch die Beauftragung von Mitgliedern der beiden Kongregationen mit der Reformeinführung. Die Aktivität mindestens eines Windesheimer oder Bursfelder Reformers im Kloster bildet so auch das Kriterium für die Einbeziehung eines Klosters in Holstein, Lübeck oder Hamburg in die Studie. Prominentester Reformers im Raum war der Windesheimer Johannes Busch. Ihm sind durch seinen Tatenbericht „*Liber de reformatione monasteriorum*“ viele Kenntnisse zur Reform nördlich der Elbe zu verdanken, doch blieb sein eigener Reformanteil hier im Vergleich zu anderen Regionen eher gering. Neben den Mitgliedern der Kongregationen wurden häufig auch andere geistliche und weltliche Personen mit der Unterstützung und Mitwirkung bei der Reformeinführung beauftragt. So forderte der Administrator des Erzbistums Bremen-Hamburg den Hamburger Rat nachdrücklich auf, die Reformkommission in Harvestehude auch gegen den Widerstand der Nonnen tatkräftig zu unterstützen. In Preetz gehörten Adlige zur Reformkommission, in Reinbek verlangte man die Anwesenheit des Herzogs selbst. Insbesondere vom Mitwirken der weltlichen Obrigkeit versprach man sich die Durchsetzung der Reform auch gegen Widerstand des Konvents.

Vollzug des *actus reformationis*

Der formale Akt der Reformeinführung, der *actus reformationis*, wurde nach einem genau fixierten liturgisch-rechtlichen Prozess durch Visitato-

ren bereits inkorporierter Klöster vollzogen. Um der Reform im Konvent zur Durchsetzung zu verhelfen, wurden die von Windesheimern oder Bursfeldern reformierten Männerklöster wenn möglich den Kongregationen inkorporiert, wodurch auch die einheitlichen Statuten und die Liturgie des jeweiligen Verbandes übernommen wurden. Zudem wurden die Klöster eingebunden in das sichernde und kontrollierende Netz aus Generalkapiteln und Visitationen.

Nicht immer vollzog sich der *actus reformationis* ohne Gegenwehr der Klosterinsassen. Dem Hamburger Bürgermeister Hermann Langenbeck ist ein Bericht über den energischen Widerstand der Harvestehuder Nonnen und ihrer *frunde* zu verdanken, an dem der Reformversuch letztlich scheiterte. Zum *actus reformationis* gehörte daher zumeist auch die Absetzung der alten Klosterleitung und die Einführung reformierter Mönche oder Nonnen, um etwaigen Widerstand im Konvent zu brechen. Dies geschah nachweislich in allen drei Männerklöstern. In Reinbek und Harvestehude scheiterte die Einführung reformierter Nonnen, die im nördlichen Gebiet, wie in den Quellen deutlich wird, ein rares Gut darstellten. Hierin ist neben der fehlenden Kongregationseinbindung ein Grund dafür zu sehen, dass im Untersuchungsgebiet die Reformen der Frauenkonvente bis auf Preetz scheiterten bzw. im Sande verliefen.

Gelang die Reformeinführung, wie in den Männerkonventen von Segeberg, Cismar und Bordesholm, kann nach der Umsetzung der monastischen Reform gefragt werden, und zwar sowohl nach dem Engagement für die Kongregation und als reformierendes Kloster als auch nach der Umsetzung der Reformbestimmungen in die monastische Lebenspraxis.

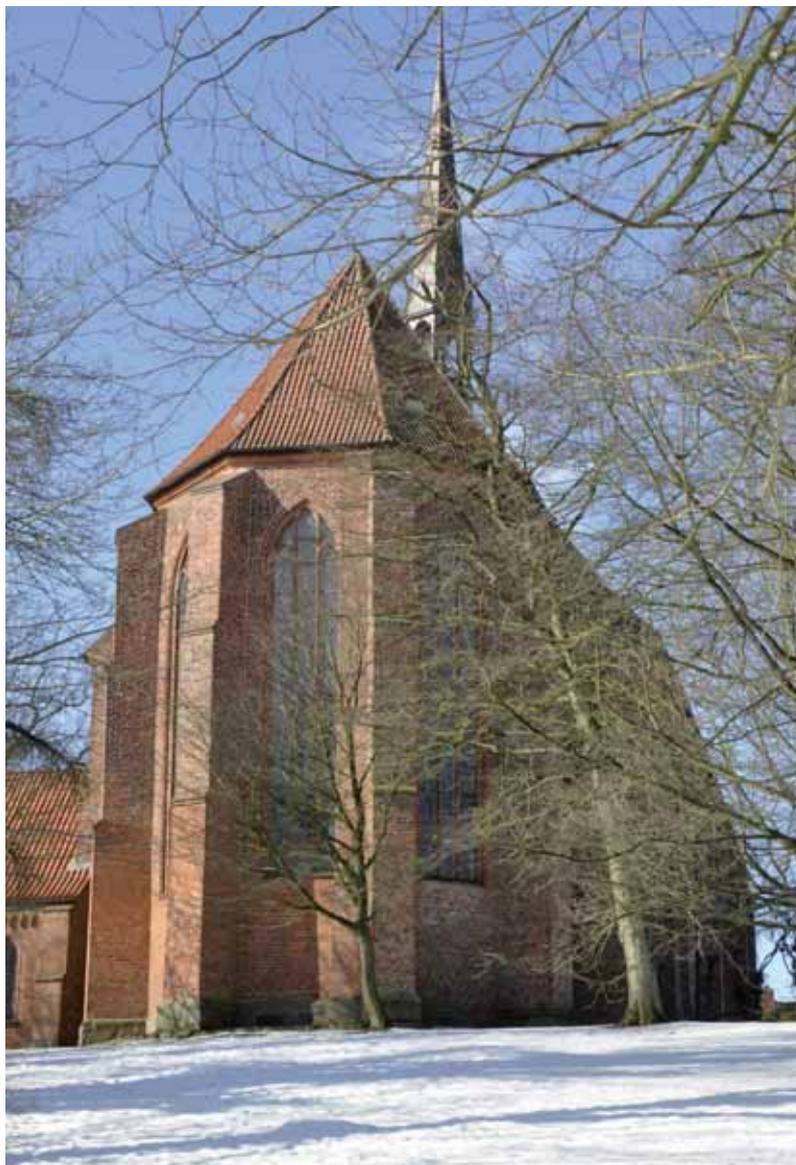
Für alle drei Klöster ist dabei im Vergleich zu anderen zeitgleich inkorporierten Klöstern eine eher geringere Bedeutung innerhalb der Kongregationen zu konstatieren, welche ihre Ursache vor allem in der abgeschiedenen, enklavenartigen Lage der Konvente fernab der Reformzentren hatte. So waren die Klöster aufgrund der großen Entfernung zum Beispiel nicht verpflichtet, jährlich zum Generalkapitel anzureisen, sondern mussten nur alle drei bis vier Jahre teilnehmen. Das Wirken des Cismarer Abtes Heinrich II. von Minden (1473-1494) belegt jedoch, dass dennoch ein aktives Reformwirken möglich war: Ihm ist die einzige überregionale Multiplikatorenfunktion eines holsteinischen Klosters zu verdanken, in dem er die Inkorporation des dänischen Benediktinerklosters Vore (Oratorium Dacie) in den Bursfelder Klosterverband vermittelte.

Zur Untersuchung der innermonastischen Reformauswirkungen bieten sich vor allem klösterliche Schriftzeugnisse an. Dabei ist darauf zu achten, dass sie nicht nur in die reformierte Zeit datieren, sondern einen tatsächlichen, belegbaren Reformbezug aufweisen. Dies ist bei den beiden exemplarischen Quellen der Fall, die im Rahmen der Studie näher analysiert wer-

den sollen, nämlich bei dem schon zu Beginn erwähnten Nekrolog Cismars und bei einem seltenen Bestand von Professurkunden aus dem Augustinerchorherrenstift Bordesholm.

Übrigens: Ob der berühmte Bursfelder Abt Johannes Hagen tatsächlich seinen Fuß auf ostholsteinischen Boden setzte und persönlich in Cismar wirkte, muss ungeklärt bleiben. Die Bezeichnung als *reformator hujus monasterii* kann auch im übertragenen Sinn gemeint gewesen sein, weitere Belege für Aktivitäten Hagens in Cismar gibt es jedenfalls nicht.

Marina Loer



*Klosterkirche
Bordesholm.*

Erinnerung an die Exkursionen im Jahre 2011

Wie in jedem Jahr veranstaltet die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte auch in diesem Sommer wieder drei landesgeschichtliche Exkursionen. Diese führen nach **Alsen** (Sonntag, d. 22. Mai 2011), an die **Schlei** (Sonnabend, d. 20. August 2011) und nach **Ostholstein** (Sonnabend, d. 17. September 2011).

Da die Termine näher rücken, möchten wir auf diesem Wege noch einmal an die Veranstaltungen erinnern. Interessierte mögen sich die Termine im Kalender vormerken und nicht davor zurückschrecken, sich möglichst zeitnah bei Frau Günther anzumelden.

Ausgangspunkt der Exkursionen wird jeweils Kiel sein; der Bus wird aber auch an anderer Stelle halten, um Exkursionsteilnehmer aufzunehmen (vgl. zu den genauen Orten und Zeiten unter den einzelnen Exkursionen).

Die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte veranstaltet die Exkursionen für ihre Mitglieder; Freunde und Gäste sind jedoch jederzeit willkommen.

Einladung zu einer Exkursion nach Alsen: „Residenzen im Ostseeraum: Augustenburg, Sonderburg, Norburg“, am Sonntag, den 22. Mai 2011

Die Exkursion wird unter Leitung von Prof. Dr. Detlev Kraack und Jörg Memmer durchgeführt werden. Ausgehend von Kiel (vor der Klinik Dr. Jensen in der Auguste-Viktoria-Str. am Kieler ZOB) 8.30 Uhr (der Bus wird um 9.15 Uhr in Schleswig am Schleihallenparkplatz und um 9.45 Uhr am ZOB in Flenburg halten und kann dort nach vorheriger Absprache jeweils Exkursionsteilnehmer aufnehmen) werden wir mit kurzen Halten in Sandbjerg, Gravenstein und Düppel nach Sonderburg fahren, wo wir uns das Schloss mit Kapelle und Rittersaal ansehen wollen. Von dort aus soll es weitergehen nach Augustenburg. Durch den Nörreskov (u. a. Ruine von Österholm aus dem 16. Jh. und naher Ort der älteren Burganlage der Stures mit Wassergraben) wollen wir weiter nach Norburg fahren; wenn auf dem Rückweg noch Luft ist, werden wir an der Kirche von Eken halten, bevor es wieder zurück nach Kiel geht (geplante Rück-

kehr: ca. 19.00 Uhr; entsprechend Schleswig ca. 18.15 Uhr; Flensburg ca. 17.45 Uhr).

Kostenbeitrag: 25,- Euro für Mitglieder der Gesellschaft (12,- Euro für Studierende); 30,- Euro für Nichtmitglieder, zu zahlen nach Erhalt der Anmeldebestätigung.

Wichtig: Da es nach Dänemark geht, möge bitte niemand vergessen, seinen Personalausweis bzw. Reisepass mitzuführen.

**Einladung zu einer Exkursion entlang der Schlei:
„Die Schlei – verlängerter Arm der Ostsee“, am Sonnabend,
den 20. August 2011**

Die Exkursion wird unter Leitung von Prof. Dr. Detlev Kraack und Jörg Memmer durchgeführt werden. Der Bus wird in Kiel (vor der Klinik Dr. Jensen in der Auguste-Viktoria-Str. am Kieler ZOB) um 8.30 Uhr abfahren (Abfahrt aus Flensburg 7.15 Uhr; Zustieg nach vorheriger Absprache in Schleswig um 7.45 Uhr möglich). Wir werden zunächst nach Kappeln fahren und uns dort eine historische Aalräucherei sowie die Stadt mit Heringszaun und Kirche ansehen, von dort aus geht es weiter nach Arnis, wo wir nach dem Besuch von Stadt und Kirche eine kleine Picknick-Pause einlegen wollen. Nach der Mittagspause stehen das Gut Lindauhof und Ulsnis mit seinem interessanten historischen Ensemble von Kirche, Pastorat und Pastoratsgarten auf dem Programm (vgl. dazu Bernd Wendland: Historische Pfarrhöfe und Pastoratsgärten. Das Beispiel des Pastorats Ulsnis in Angeln, Neumünster 2004 [Geschichte & Kultur, 15]). Am Anleger in Missunde werden wir dann um 16 Uhr ein Schiff besteigen und über die Schlei nach Schleswig fahren (Ankunft 17 Uhr), wo uns der Bus für die Rückfahrt nach Kiel erwarten wird (geplante Ankunft in Kiel ca. 18 Uhr).

Kostenbeitrag: 30,- Euro für Mitglieder der Gesellschaft (15,- Euro für Studierende); 35,- Euro für Nichtmitglieder, zu zahlen nach Erhalt der Anmeldebestätigung.

**Einladung zu einer Exkursion nach Ostholstein:
„Mit Kreuz, Schwert und Pflug - Die Kolonisation Wagriens“
am Sonnabend, den 17. September 2011**

Die Exkursion wird unter Leitung von Prof. Dr. Detlev Kraack und Jörg Memmer durchgeführt werden. Von Kiel aus (Abfahrt 8.30 Uhr vor der Klinik Dr. Jensen in der Auguste-Viktoria-Str. am Kieler ZOB; Abfahrt in Flensburg um 7.15; Zustieg am Schleihallenparkplatz in Schleswig 7.45

Uhr) wollen wir - der B 76 folgend – über Plön und Eutin zunächst nach Altenkrempe fahren, um uns dort die Kirche anzusehen. Von dort aus soll es weitergehen nach Oldenburg (Wallmuseum, Burgwallanlage, Kirche, Stadt), wo wir an geeigneter Stelle eine Mittagspause machen werden. Mit kurzen Halten an den Megalithgrab- und Burganlagen im Raum Futterkamp werden wir danach unsere nächsten Ziele in und bei Lütjenburg ansteuern (St. Michaelis-Kirche in Lütjenburg, Überreste der Motte in Darry, Turmhügelburg-Rekonstruktion im Nienthal). Geplante Rückkehr nach Kiel: ca. 18.00 Uhr (entsprechend Schleswig 18.45 Uhr u. Flensburg 19.15). Kostenbeitrag: 30,- Euro für Mitglieder der Gesellschaft (15,- Euro für Studierende); 35,- Euro für Nichtmitglieder, zu zahlen nach Erhalt der Anmeldebekräftigung.

Anmeldungen zur Teilnahme an den Exkursionen – mit Angabe der Personenzahl und ggf. des Zustiegsortes – werden möglichst schriftlich erbeten an das Sekretariat der Gesellschaft, Frau Sylvia Günther, Puck'sche Koppel 2, 24217 Schönberg, Tel. u. Fax (0 43 44) 45 19 (E-Mail: sylvie.guenther@web.de). – Auch möge man Frau Günther Bescheid geben, ob man sich für das Picknick selbst mit Butterbroten eindeckt oder vom Busfahrer, der ohnehin Getränke mitführt und uns an geeigneter Stelle auch einen Kaffee anbieten wird, einen kleinen Imbiss erwerben möchte.

Angesichts der langen Vorlaufzeit müssen wir uns bei allen drei Veranstaltungen geringfügige Änderungen im Programm vorbehalten.

Auf eine rege Teilnahme an den Veranstaltungen des Jahres 2011 freuen sich

Detlev Kraack und Jörg Memmer

811–2011 – 1200 Jahre deutsch-dänische Grenze. Aspekte einer Nachbarschaft

Internationale Fachtagung des Lehrstuhls für Nordeuropäische Geschichte der Christian-Albrechts-Universität, vom 13.-15. Mai 2011 in Kiel
Tagungsleitung: Prof. Dr. Martin Krieger

Im Jahre 811 wurde die Eider erstmals als Grenze zwischen dem Karolingerreich und Dänemark in den Quellen genannt. Beinahe ein Jahrtausend lang stellte dieser Fluss nicht nur die physische Grenze dar, sondern bildete ebenso Erinnerungsort wie später Gegenstand nationaler Debatten. Aber auch die nachfolgenden Grenzziehungen an der Königsau/Kongea und

nördlich der Stadt Flensburg konstituierten Orte der Abgrenzung wie auch der Schaffung kollektiver Identitäten – und sind es bis heute geblieben. Die interdisziplinäre Tagung untersucht die deutsch-dänische Grenze in ihrer zeitlichen und inhaltlichen Breite und will Impulse für einen neuen Blick auf das Thema liefern.

Freitag, 13. Mai 2011

16.00 *Prof. Dr. Gerhard Fouquet (Präsident der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel)* Eröffnung.

16.15 *Prof. Dr. Martin Krieger, Kiel*
Einführung in das Thema.

Natur und Archäologie an der Grenze

16.30 *Prof. Dr. Ulrich Müller, Kiel*
Grenzen, Grenzgänger, Grenzregionen: Die Archäologie des frühen Mittelalters zwischen Elbe und Kongeå.

17.00 *Dr. Anke Feiler-Kramer, Kiel*
Vor 1200 Jahren an der Grenzfurt bei Fockbek: „super fluvium Egidoram in loco qui vocatur ..., ... sacramentis pax confirmatur.“

Kaffeepause

17.50 *Dr. Astrid Tummusheit, Schleswig*
Neue Ausgrabungen am Danewerk. Zwischenbericht und Deutungsversuche.

18.20 *Prof. Dr. Hansjörg Küster, Hannover*
Natürliche Grundlagen von Grenzen in Schleswig-Holstein.

Abendvortrag

20.00 *Prof. Dr. Thomas Steensen, Bredstedt*
Die Nordfriesen an der Grenze: Rück- und Ausblick.

Sonnabend, 14. Mai 2011

Modell und Theorie

9.00 *Dr. Alexander Drost, Greifswald*
Historische Grenzräume und kognitive Grenzziehungen der Gegenwart. Die Grenze im Mittelalter

- 9.30 *Prof. Dr. Oliver Auge, Kiel*
Konflikt und Koexistenz. Die Grenze zwischen dem Reich und Dänemark bis zur Schlacht von Bornhöved (1227) im Spiegel zeitgenössischer Quellen.
- 10.00 *Prof. Dr. Nils Hybel, Kopenhagen*
Danish Kings and German Emperors ca. 800-1200.
- 10.30 *Prof. Dr. Bjørn Poulsen, Aarhus*
Was trennte Schleswig und Holstein im Spätmittelalter? Von frühem Nationalbewußtsein und Fürstentreue.

Kaffeepause

Die Grenze in der Frühen Neuzeit

- 11.20 *Prof. Dr. Kurt Villads Jensen, Odense*
Das dänische Imperium. Idee und Konzept.
- 11.50 *Prof. Dr. Michael Bregnsbo, Odense*
Das dänische Imperium der frühen Neuzeit aus norddeutscher, historiographischer Perspektive.
- 12.20 *Dr. Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidt, Hamburg*
Die holsteinische Landstadt Hamburg auf dem Weg in die Reichsunmittelbarkeit.

Mittagspause

- 14.00 *Dr. Karsten Skjold Petersen, Kopenhagen*
The Eider-Stone and the Danish Fortress of Rendsburg.
- 14.30 *Dr. Jan Schlürmann, Kiel*
Eider und Eiderkanal im Wirtschaftsnetz des Gesamtstaates.
- 15.00 *PD Dr. Wolfgang Burgdorf, München*
Die Grenzen des Reiches in politischer und staatsrechtlicher Perspektive.

Kaffeepause

Die Grenze im 19. und 20. Jahrhundert

- 16.00 *Prof. Dr. Steen Bo Frandsen, Sonderburg*
Die deutsch-dänische Grenze im Zeitalter des nationalen Gegensatzes.
- 16.30 *Frank Lubowitz, M.A., Apenrade*
„Grenzland Schleswig“. Die Clausenlinie und die Grenzziehung 1920 zwischen Eider- und Königsaugrenze.
- 17.00 *Prof. Dr. Karl-Christian Lammers, Kopenhagen*
Die neue dänisch-deutsche Grenze als „Versailles-Grenze“? Die Grenze in den dänisch-deutschen Beziehungen 1933 bis 1955.
- 19.00 Podiumsdiskussion
Botschafter Dr. Christoph Jessen (Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Kopenhagen)
1200 Jahre deutsch-dänische Grenze. Aus einer schwierigen Vergangenheit in eine gemeinsame Zukunft.
Generalkonsul Prof. Dr. Henrik Becker-Christensen (Königlich Dänisches Generalkonsulat Flensburg)
Minderheitenpolitik im deutsch-dänischen Grenzland. Von den Bonn-Kopenhagener Erklärungen bis heute.
Caroline Schwarz (Beauftragte für Minderheiten und Kultur des Landes Schleswig-Holstein)
Licht und Schatten im deutsch-dänischen Grenzland.
Hinrich Jürgensen (Hauptvorsitzender des Bundes Deutscher Nordschleswiger, Apenrade)
Die deutsche Minderheit in Dänemark: Aktuelle Situation und Perspektiven.

Diskussion

Sonntag, 15. Mai 2011

Identität und Erinnerungskultur

- 9.00 *Dr. Torsten Fried, Schwerin*
Eine Propagandamedaille für zwei Herrscher: Karl VI. und Christian VI.
- 9.30 *Dr. Lars Henningsen, Flensburg*
Sprach-, Kirchen- und Identitätsgrenzen: Schleswig als komplizierter Fall.

10.00 *Prof. Dr. Inge Adriansen, Sonderburg*
Dänemark bis an die Eider! Die deutsch-dänischen Grenzen als Erinnerungsorte im 19. und 20. Jahrhundert.

10.30 *Katrin Leineweber, M.A., Kiel*
Die Eider als Kulturlandschaft. Von der Quelle bis zur Mündung.

Kaffeepause

Die deutsch-dänische Grenze heute

11.30 *Prof. Dr. Manfred Bornewasser, Greifswald*
Grenzen zwischen Trennung und Durchlässigkeit: Subjektive Einflussfaktoren auf die Bewertung der polizeilichen Zusammenarbeit.

12.00 *Dr. Martin Klatt, Sonderburg*
Euroregion Schleswig, Sønderjylland-Schleswig, Süddänemark – Schleswig-Holstein. Von der Grenze zur grenzüberschreitenden Region?

12.30 Abschlußdiskussion

Kooperationspartner:

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Kopenhagen/København
Syddansk Universitet, Sonderburg/Sønderborg
Bund Deutscher Nordschleswiger, Apenrade/Aabenraa

Tagungsort: Internationales Begegnungszentrum der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Kiellinie 5, 24105 Kiel

Organisation/Anmeldung:

Prof. Dr. Martin Krieger
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
Historisches Seminar
Lehrstuhl für Nordeuropäische Geschichte
D-24118 Kiel

Tel.: 0431 880 2298; 0431 880 5316

Email: krieger@email.uni-kiel.de

Kostenbeitrag: EUR 15,-- pro Person (Studierende frei)

1111-2011: 900 Jahre Belehnung des Hauses Schauenburg mit Holstein und Stormarn: Ansätze und Perspektiven der Forschung

Landesgeschichtliche Tagung des Kieler Lehrstuhls für Regionalgeschichte, der Stadt Itzehoe und der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte in Itzehoe am Sonnabend, 4. Juni 2011

Tagungsleitung: Prof. Dr. Oliver Auge, Prof. Dr. Detlev Kraack, Kirsten Puymann

Der gängigen Lesart der Überlieferung zufolge wurden die Schauenburger 1111 mit Holstein und Stormarn belehnt. Als Grafen regierten sie diesen Herrschaftsbereich bis zu ihrem Aussterben im Mannesstamm im Jahre 1459 – in der Teilgrafschaft Pinneberg sogar noch bis ins 17. Jahrhundert – und drückten dem Land und auch dem Herzogtum Schleswig, in dem sie seit dem Ausgang des 14. Jahrhunderts das nicht immer unumstrittene Sagen hatten, in herrschafts-, gesellschafts-, wirtschafts- und kirchengeschichtlicher Hinsicht ihren Stempel auf. Die Entwicklungen während ihrer Herzogs- und Grafenherrschaft bildeten die entscheidende Grundlage für das Zusammenwachsen Schlesiens und Holsteins zu einem Land Schleswig-Holstein. Doch sind die Leistungen der Schauenburger und die Tendenzen ihrer langen Herrschaft dem kollektiven Gedächtnis weitgehend entrückt. Die landesgeschichtliche Tagung in dem ehemals herrschaftlichen Zentralort der Schauenburger Itzehoe will das ebenso denkwürdige wie fragwürdige Jubiläum 1111-2011 zum Anlass nehmen, um diese vielfach in Vergessenheit geratenen Leistungen im Lichte neuer Forschungsergebnisse einer kritischen Würdigung zu unterziehen.

Programm:

10.00-10.15: Begrüßung durch die Tagungsleitung

10.15-11.00: *Günther Bock, Großhansdorf*

Das Ende der Hamburger Grafen 1110 – eine historiographische Konstruktion

11.00-11.45: *Stefan Inderwies M.A., Kiel*

Die Schauenburger als Städtegründer und als Stadtherren

11.45-12.30: *Dr. Nathalie Kruppa, Göttingen*

Die Klostergründungen der Schauenburger

Gemeinsames Mittagessen

13.30-14.15: *Dr. Ortwin Pelc, Hamburg*

Die Burgen und Residenzen der Schauenburger in Nordelbingen

14.15-15.00: *Dr. Gerhard Risch, Hamburg*

Die schauenburgischen Grafen und der holsteinische Adel im 13. und 14. Jahrhundert

Kaffeepause

15.30-16.15: *Prof. Dr. Oliver Auge, Kiel*

Die Familien- und Heiratspolitik der Schauenburger Dynastie

16.15-17.00: *Frank Lubowitz M.A., Flensburg/Apenrade*

Von Grafen zu Herzögen: Die Schauenburger und Südjütland/Schleswig

17.00-17.45: *Prof. Dr. Detlev Kraack, Plön*

Das Nachleben der Schauenburger als Grafen von Holstein

17.45-18.00: Zusammenfassung und Ausblick

Abendimbiss

19.30: Grußwort der Stadt Itzehoe, Bürgervorsteher Heinz Köhnke

Öffentlicher Abendvortrag:

Dr. Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidt, Hamburg

Itzehoe und die Schauenburger

Gefördert von der Stadt Itzehoe und der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte.

Die Tagung steht allen Interessierten offen! Zur Finanzierung der Verpflegung während der Kaffeepausen wird von allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine Tagungspauschale von 10 Euro erhoben. Studierende erhalten eine Ermäßigung von 2 Euro. Für den Abendvortrag ist der Eintritt frei.

Tagungsort: Ständesaal im Alten Rathaus in Itzehoe, Markt 1, 25524 Itzehoe (an der rückwärtigen Gebäudewand bestehen unentgeltliche Parkmöglichkeiten)

Information und Anmeldung bis zum 27. Mai 2011:
 Stadt- und Kreisarchiv Itzehoe
 Markt 1, 25524 Itzehoe
 Tel.: 04821/603242
 Fax.: 04821/602384
 Email: kreis-und-stadtarchiv@itzehoe.de

Themen und Tendenzen der Regionalgeschichtsforschung

Kolloquium Prof. Dr. Oliver Auge im Sommersemester 2011

Dienstag 19.04.2011

Joachim Stüben, Heist

Regionalgeschichte und Heilsgeschehen – Mutmaßungen über das Geschichtsverständnis des Presbyter Bremensis

Dienstag 26.04.2011

Swantje Piotrowski, M.A., Kiel

Die Kieler Universität in der frühen Neuzeit – eine Familienuniversität?

Eike-Sebastian Schmidt, Kiel

Die Rezeption der Hanse in der deutschen Geschichte des 19. und frühen 20. Jh.

Dienstag 03.05.2011

Frederic Zangel, Kiel

Die Koldinger Union von 1466 im norddeutschen und skandinavischen Kontext

Melanie Greinert, Kiel

Die Hochzeitsfeste am Gottorfer Hof im 17. Jh.

Dienstag 10.05.2011

Frank Omland, Hamburg

Hitler – Demokrat oder Diktator? Plebiszite in der Zustimmungsdiktatur.

Das Beispiel Schleswig-Holstein 1933 – 1938

Dienstag 24.05.2011

Sarah Organista, Kiel

Zwischen Vorurteil und Selbstverständnis: Die gesellschaftliche Stellung von Akademikerinnen an der CAU zwischen 1948 und 1980

Stefan Magnussen, Kiel

Husum als Handelszentrum zwischen *Groter Mandrenke* und Reformation

Dienstag 31.05.2011

(Gemeinsame Sitzung mit dem IZRG)

Carolin Hoppe, Kiel

Von Ostholstein nach Nordamerika (und zurück): Die schleswig-holsteinische Auswanderung und Rückwanderung zwischen 1867 und 1914 am Beispiel der Kreise Plön und Segeberg

Dienstag 07.06.2011

Nele Korff, Kiel

Studentinnen nach 1945 – Die Entwicklung des Frauenstudiums am Beispiel der CAU

Mónika Gaál, Kiel

Die Heiratspolitik der Gottorfer in der Frühen Neuzeit

Dienstag 14.06.2011

Nils Fieselmann, Kiel

Alte Vorurteile und neue Herausforderungen – Sinti und Roma in Kiel nach 1945

Dienstag 21.06.2011

Prof. Dr. Venborg Pedersen, Kopenhagen

Deiche, Fettvieh und Teetassen. Haubarg Rothelau in Eiderstedt und die Bauernelite der Landschaft 1600-1850

Mittwoch 22.06.2011

Prof. Dr. Venborg Pedersen, Kopenhagen

Sein und Schein der Augustenburger Herzöge 1700-1850

08.15-09.45, Audimax HS:C

Dienstag 28.06.2011

Prof. Dr. Franklin Kopitzsch, Hamburg

Stadt- und regionalgeschichtliche Aktivitäten der Arbeitsstelle für Hamburgische Geschichte

Dienstag 05.07.2011

Bastian Graf, Kiel

(Gemeinsam mit dem IZRG in Schleswig)

Der Blick auf die anderen: Deutsche Schulbücher im Ost-West-Konflikt

Dienstag 12.07.2011

Arvid von Bassi, Kiel

Leben und Werk von Karl-Dietrich Erdmann von 1945 bis 1955

Sofern nicht anders angegeben, finden alle Vorlesungen und Projektvorstellungen des Kolloquiums von 18.00 – 21.00 Uhr im Historischen Seminar der Christians-Albrechts-Universität statt.

Herausforderung Landesgeschichte

Landesgeschichtliche Vortragsreihe des SHHB

Donnerstag, 12. Mai 2011

Prof. Dr. Detlev Kraack

Von Haithabu nach Lübeck – Siedlung und Handel im Mittelalter

Donnerstag, 09. Juni 2011

Prof. Dr. Oliver Auge

Spielball oder Spieler? Die Schauenburger nördlich der Elbe zwischen dänischem König, sächsischem Herzog, Landesadel und Hansestädten

Donnerstag, 08. September 2011

Prof. Dr. Uwe Albrecht / Prof. Dr. Detlev Kraack

Das Rantzausche Zeitalter. Wirtschaftliche und kulturelle Blüte im 16. Jahrhundert

Donnerstag, 06. Oktober 2011

Dr. Jörg Rathjen / Dr. Jann Markus Witt

Die Gottorfer Frage und das Ringen um die Ostseeherrschaft 1620–1720

Donnerstag, 10. November 2011

Dr. Jan Schlürmann

Schleswig-Holsteins Weg in die Moderne 1770 – 1864: eine Gesellschaft gerät in Bewegung

Die Vorträge finden jeweils um 19 Uhr im Vortragssaal des Jüdischen Museums in Rendsburg statt. Eintritt: 5,- Euro (Schüler und Studierende haben freien Eintritt).

Vortragsreihe im Nordfriisk Instituut 2011

(21. Nordfriesisches Sommer-Institut)

Mittwoch, 22. Juni 2011

Werner Junge, Flensburg

Wie der Rundfunk nach Nordfriesland kam.

Etwas Vorgeschichte und 60 Jahre NDR-Studio Flensburg

Mittwoch, 6. Juli 2011

Silke v. Bremen, Sylt

Die erste deutsche Zahnärztin: eine Nordfriesin – von Sylt.

Vier spannende Lebensläufe aus dem nördlichsten Teil unserer Republik.

Mittwoch, 20. Juli 2011

(Gemeinsam mit der Interessengemeinschaft Baupflege)

Ellen Bauer, Tetenbüll

Spurensuche. Erkenntnisse zur Architektur in Nordfriesland.

Mittwoch, 3. August 2011

Prof. Dr. Wolfgang Riedel, Flensburg

Ländliche Räume in Nordfriesland – zwischen allen Stühlen.

Perspektiven ländlicher Räume im nördlichen Schleswig-Holstein.

Mittwoch, 17. August 2011

Maike Schmidt, Kiel

Die Nordfriesen und der Walfang.

Mittwoch, 31. August 2011

Prof. Dr. Arno Bammé, Klagenfurt

Unikum, Multitalent und Bürgerschreck. Der Eiderstedter Künstler Hein Hoop (1927–1986).

Gefördert von der Nord-Ostsee Sparkasse und der Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG sowie dem Friesenrat.

Die Vorträge finden jeweils um 19.30 Uhr im Nordfriisk Instituut, Süderstraße 30, 25821 Bräist/Bredstedt statt.

Protokoll der ordentlichen Mitgliederversammlung der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte in der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek in Kiel am 23. November 2010

Nachdem die für den 3. Juli 2010 im Landesarchiv in Schleswig vorgesehene Mitgliederversammlung wegen zu geringer Teilnahme nicht beschlussfähig tagen konnte, hatte der Vorstand zum 23. November zur Mitgliederversammlung nach Kiel in die Landesbibliothek eingeladen. Nach Begrüßung durch den Hausherrn Dr. Jens Ahlers gab es den ersten Programmpunkt: einen interessanten, reich bebilderten Vortrag von Prof. Dr. Oliver Auge über adelige Selbstdarstellung und Legitimation um das Jahr 1600 am Beispiel der Rantzauschen Tafel auf Schloss Krengerup auf der dänischen Insel Fünen.

Begrüßung durch den Vorsitzenden

Nach einer Pause mit einem kleinen Imbiss, den freundlicherweise die Landesbibliothek zur Verfügung gestellt hatte, eröffnete Vorsitzender Jörg-Dietrich Kamischke um 21 Uhr die eigentliche Mitgliederversammlung der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte. Er begrüßte die Versammelten und die vier Ehrenmitglieder Prof. Miethke, Dr. Momsen, Dr. Rothert und Prof. Wulf. Herr Kamischke erinnerte an die gescheiterte Mitgliederversammlung im Juli und freute sich über den nun so guten Besuch der Veranstaltung. Er ging kurz auf die aktuellen Sorgen um den Fortbestand der Landesbibliothek ein und erwähnte die aufgrund von Sparzwang drohende Schließung des Altonaer Museums in Hamburg, die inzwischen aber abgewendet ist. Herr Kamischke stellte die fristgerechte Einladung und die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest. Erschienen waren 55 Mitglieder.

Geschäftsbericht der Schriftführerin

Dr. Elke Imberger erläuterte den Tätigkeitsbericht für das Jahr 2009 (Mitteilungen, Heft 78, S. 73-75). Zum dort erwähnten Preis der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte ergänzte Herr Kamischke, dass der Preis für 2010 bereits verliehen wurde und auch für 2011 erneut ausgeschrieben worden ist.

Bericht des Rechnungsführers und Haushaltsvoranschlag

Dr. Martin Skaruppe erläuterte seinen Kassenbericht für das Jahr 2009 und stellte den Haushaltsvoranschlag für 2010 vor (Mitteilungen, Heft 78, S. 75-77). Beides wurde einstimmig angenommen. Herr Skaruppe verwies außerdem auf das strukturelle finanzielle Defizit der Gesellschaft. Er teilte mit, dass der Vorstand erwägt, den Mitgliedsbeitrag zu erhöhen, und zwar um 10 € auf 40 € für Einzelpersonen bzw. auf 50 € für Ehepaare. Für Studierende und Auszubildende soll es keine Beitragserhöhung geben. Über die Erhöhung der Mitgliedsbeiträge muss die nächste Mitgliederversammlung entscheiden.

Bericht der Rechnungsprüfer und Antrag auf Entlastung des Vorstands

Dr. Ernst-Joachim Fürsen verlas den von ihm und Ulrich Pilch verfassten Bericht, in dem eine ordnungsgemäße, ordentliche Buchführung attestiert wurde. Herr Fürsen beantragte die Entlastung des Vorstands, die ohne Gegenstimmen bei Enthaltung der Vorstandsmitglieder erteilt wurde. Herr Fürsen dankte dem Vorstand für seine Arbeit.

Wahlen zum Vorstand

Rechnungsführer Dr. Martin Skaruppe und Beisitzer Dr. Ortwin Pelc wurden ohne Gegenstimmen bei eigener Enthaltung wieder in den Vorstand gewählt.

Wahl der Rechnungsprüfer

Dr. Ernst-Joachim Fürsen und Ulrich Pilch wurden einstimmig im Amt bestätigt.

Anträge

Es lagen keine Anträge vor.

Verschiedenes

Auf Bitte des Vorsitzenden hin berichtete Dr. Jens Ahlers über die Situation der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek, deren Fortbestand im Zuge der Sparpolitik der Landesregierung in Frage gestellt worden war. Am Tage der GSHG-Mitgliederversammlung am 23. November 2010 hatte dazu eine Sitzung im Kultusministerium mit beigeladenen Experten stattgefunden, in der sich alle Experten für die Erhaltung der Landesbibliothek aussprachen. Herr Ahlers hatte den Eindruck gewonnen, dass die Schließung der Landesbibliothek nicht mehr aktuell ist. Dr. Hans-F. Rothert, der als Vertreter der Geschichtsgesellschaft an der Sitzung teilgenommen hatte, ergänzte, Unterstützung für die Sache der Landesbibliothek sei nach wie vor vonnöten.

Herr Kamischke erwähnte den Brief zur Erhaltung der Landesbibliothek, den er im Namen der Gesellschaft an den Ministerpräsidenten geschrieben hatte, und verlas Auszüge aus dem Antwortschreiben des Chefs der Staatskanzlei.

Da es anschließend keine weiteren Fragen mehr gab, dankte der Vorsitzende den Anwesenden für Ihr Kommen, bedankte sich bei Prof. Auge für den Vortrag und Herrn Ahlers für die Gastfreundschaft und schloss um 21.50 Uhr die Mitgliederversammlung.

Dr. Elke Imberger
Schriftführerin

**Einladung zur Mitgliederversammlung der Gesellschaft für
Schleswig-Holsteinische Geschichte am Sonnabend, dem
2. Juli 2011 in Kiel in der Schleswig-Holsteinischen
Landesbibliothek (Sartori & Berger-Speicher, Wall 47/51)**

Programm

10.00 Uhr Vortrag von Werner Junge, Leiter des NDR-Studios Flensburg:
„Wie der Rundfunk in den Norden kam – 80 Jahre Radiogeschichte mit Hörproben“

anschließend Kaffeepause

11.00 Uhr Mitgliederversammlung und Verleihung des Preises der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 2011

13.00 Uhr Mittagsimbiss in der Landesbibliothek

14.00 Uhr Führung durch das Kieler Rathaus mit dem Kieler Stadtarchivar
Dr. Johannes Rosenplänter

Tagesordnung der Mitgliederversammlung:

1. Begrüßung durch den Vorsitzenden
2. Geschäftsbericht der Schriftführerin
3. Bericht des Rechnungsführers
4. Haushaltsvoranschlag für das Jahr 2011
5. Bericht der Rechnungsprüfer

6. Antrag auf Entlastung des Vorstands
7. Wahlen zum Vorstand
8. Wahl der Rechnungsprüfer
9. Erhöhung der Mitgliedsbeiträge
10. Änderung der Satzung
11. Verleihung des Preises der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte
12. Anträge
13. Verschiedenes

Erläuterungen

zu 7.:

Die dreijährige Amtszeit des stellvertretenden Vorsitzenden Prof. Dr. Detlev Kraack, der Schriftführerin Dr. Elke Imberger sowie der Beisitzer Werner Junge und Frank Lubowitz ist abgelaufen, alle kandidieren wieder.

zu 9.:

Das strukturelle finanzielle Defizit der Gesellschaft macht nach Ansicht des Vorstands eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge erforderlich. Der Vorstand schlägt vor, die Beiträge für Einzelmitglieder um 10 Euro auf 40 Euro pro Jahr und die Beiträge von Ehepaaren um 10 Euro auf 50 Euro pro Jahr zu erhöhen. Die Beiträge für Schüler, Auszubildende, Studierende und Referendare bleiben davon unberührt bei 10 Euro.

zu 10.:

Um etwaigen Problemen mit dem Finanzamt bei der Freistellung der Gesellschaft von der Körperschaftsteuer vorzubeugen, ist es notwendig, in die Satzung die Vergabe des GSHG-Preises sowie die Aufwandsentschädigung für einzelne Vorstandsmitglieder aufzunehmen. Außerdem soll zur Vereinfachung der Geschäftsführung die jährliche Mitgliederversammlung terminunabhängig veranstaltet werden können. Daher müssen die §§ 2, 7 und 14 verändert werden.

§ 2 soll durch den kursiv gedruckten Einschub ergänzt werden: „Die Gesellschaft gibt die ‚Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte‘, die Zeitschrift ‚Nordelbingen‘ und andere den Zwecken der Gesellschaft dienende Schriften heraus. *Den Zwecken der Gesellschaft dient auch die Vergabe von Preisen.* Sie liefert ihren Mitgliedern die Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte für den Jahresbeitrag unentgeltlich. Zweckverwandte Vereine und Institute können nach Beschluss des Vorstandes Schriften der Gesellschaft im Schriftenaustausch erhalten.“

§ 7 soll durch den kursiv gedruckten Einschub ergänzt werden: „Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, seinem Vertreter, dem Schriftführer (geschäftsführendes Vorstandsmitglied), dem

Rechnungsführer und mindestens drei Beisitzern. Jedes Vorstandsmitglied wird von der Mitgliederversammlung auf drei Jahre gewählt. Jedes Jahr scheidet ein Drittel der Vorstandsmitglieder aus. Für die erste Wahlperiode bestimmt das Los die ausscheidenden Mitglieder. Wiederwahl ist zulässig. Für im Laufe der Wahlzeit ausgeschiedene Mitglieder finden Ersatzwahlen statt. Gewählt ist, wer die absolute Stimmenmehrheit auf sich vereinigt. Wird eine absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht, so entscheidet Stichwahl unter den beiden Kandidaten, welche die höchste Stimmenzahl erhalten haben. Die Wahl geschieht in offener Abstimmung, auf Antrag muss geheim abgestimmt werden. Der Vorstand versammelt sich auf Einladung des Vorsitzenden nach dessen Ermessen oder sobald drei Mitglieder es beantragen; die Berufung erfolgt schriftlich unter Angabe der Tagesordnung. Zur Gültigkeit eines Vorstandsbeschlusses ist die Anwesenheit von mindestens vier Mitgliedern, darunter des Vorsitzenden oder seines Vertreters, erforderlich; es entscheidet Stimmenmehrheit und bei Stimmengleichheit die Stimme des Vorsitzenden. Ein Vorstandsbeschluss darf auch im Wege schriftlicher Abstimmung erfolgen, sofern kein Mitglied widerspricht. Der Vorstand leitet die Gesellschaft. Er besorgt alle Angelegenheiten der Gesellschaft, soweit sie nicht dem Beirat und der Mitgliederversammlung vorbehalten sind. Insbesondere bestellt er die Herausgeber und die Redaktionsausschüsse der von der Gesellschaft herausgegebenen periodischen Veröffentlichungen und die Mitglieder der übrigen für die Durchführung der einzelnen wissenschaftlichen Aufgaben erforderlichen Arbeitsausschüsse. Beschlüsse dieser Arbeitsausschüsse bedürfen der Bestätigung durch den Vorstand. *Der Vorstand ist ehrenamtlich tätig. Einzelnen Vorstandsmitgliedern kann eine pauschale Aufwandsentschädigung gewährt werden. Über deren Höhe entscheidet der Vorstand ohne Mitwirkung der gegebenenfalls betroffenen Vorstandsmitglieder.* Vorstand im Sinne von § 26 des Bürgerlichen Gesetzbuches sind der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende, jeder für sich allein.“

In § 14 heißt es bisher: „Vor dem 1. August jeden Jahres findet die ordentliche Mitgliederversammlung statt.“ Stattdessen soll es in § 14 nun heißen: „Die ordentliche Mitgliederversammlung findet einmal im Jahr statt.“

Der Vorstand

Bericht über die Tätigkeit der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte im Jahre 2010

Mitglieder

Am 31. Dezember 2010 hatte unsere Gesellschaft 1.143 zahlende Mitglieder, dazu 200 Tauschpartner unserer Schriften. Im Laufe des Jahres traten 25 Personen bei, 21 Personen traten aus und 12 Mitglieder sind verstorben. Der leichte Mitgliederschwund, den wir jetzt seit vielen Jahren zu verzeichnen haben, setzt sich leider fort. Damit verringern sich natürlich auch unsere finanziellen Mittel, ein strukturelles Defizit in der Kasse zeichnet sich ab.

Mitgliederversammlung

Nachdem die für den 3. Juli 2010 im Landesarchiv Schleswig-Holstein in Schleswig vorgesehene Mitgliederversammlung wegen zu geringer Teilnahme nicht beschlussfähig tagen konnte, fand die Mitgliederversammlung der Gesellschaft am 23. November 2010 in der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek in Kiel statt. Das Protokoll ist in diesem Heft der „Mitteilungen“ abgedruckt.

Vorstands- und Beiratssitzungen

Der Vorstand hielt zwei Sitzungen ab. Schwerpunkte der Beratungen und Aktivitäten waren: die Publikationen der Gesellschaft – vor allem Bände für die Reihe „Quellen und Forschungen“ sowie die große Landesgeschichte –, dann personelle Erweiterungen des Beirats, die Situation der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek, deren Fortbestehen gefährdet ist, notwendige Veränderungen der Satzung unserer Gesellschaft und unsere problematische finanzielle Lage. Leider hat der Rechnungsführer feststellen müssen, dass das Kerngeschäft der Geschichtsgesellschaft, nämlich die Publikation von „Zeitschrift“ und „Mitteilungen“, auf längere Sicht defizitär ist. Dieses Defizit ist struktureller Art und durch die permanent leicht sinkende Mitgliederzahl hervorgerufen. Um Lösungen für das Finanzproblem zu finden, setzte der Vorstand eine Finanzkommission aus Rechnungsführer, Schriftführerin und den Beisitzern Prof. Hering und Herrn Buhse ein. Diese erarbeitete Sparvorschläge, von denen der gravierendste – aber auch effektivste – die Erhöhung der Mitgliedsbeiträge um 10 Euro ist. Allerdings sollen die Beiträge für Studierende und in der Ausbildung befindliche Personen von der Erhöhung ausgenommen sein. Über Beitragserhöhung und Satzungsänderung muss die Mitgliederversammlung 2011 beschließen (siehe Einladung zur Mitgliederversammlung in diesem Heft der „Mitteilungen“).

Der wissenschaftliche Beirat hielt eine Sitzung ab, wichtigste Themen waren die Situation der Landesbibliothek und des von der Schließung bedrohten Altonaer Museums in Hamburg, ein Tag der Landesgeschichte und eine externe Begutachtung der für unsere „Zeitschrift“ vorgesehenen Beiträge, um ihre internationale Wertigkeit zu erhöhen und uns weiterhin ausländische, speziell skandinavische Universitätsmitarbeiter als Autoren zu verschaffen.

Preis der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte

Der diesjährige Preis unserer Gesellschaft ging an Martin Johannes Schröter aus Hamburg für seine noch unveröffentlichte Doktorarbeit „Das Kloster Reinfeld“. Die Preisverleihung erfolgte am 3. Juli 2010 im Landesarchiv Schleswig-Holstein in Schleswig.

Publikationstätigkeit

Unter eigener Herausgeberschaft wurden Band 135 der „Zeitschrift“, die Hefte 78 und 79 der „Mitteilungen“, die „Kleine Schleswig-Holsteinische Bankgeschichte“ von Peter Wulf und Band 115 der „Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins“ (Knud Andresen, Schleswig-Holsteins Identitäten. Die Geschichtspolitik des SHHB 1947-2005) veröffentlicht.

Zusammen mit dem Arbeitskreis für Wirtschafts- und Sozialgeschichte publizierten wir in der Reihe „Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins“ die Bände 45 (Katastrophen in Norddeutschland. Vorbeugung, Bewältigung und Nachwirkungen vom Mittelalter bis ins 21. Jahrhundert, Herausgeber: Ortwin Pelc), Band 46 (Essen und Trinken. Zur Ernährungsgeschichte Schleswig-Holsteins, Herausgeber: Detlev Kraack und Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidt) und Band 47 (Mensch und Meer in der Geschichte Schleswig-Holsteins und Süddänemarks, Herausgeber: Martin Rheinheimer). Unter Mitherausgeberschaft der Geschichtsgesellschaft erschien Band 79 der Reihe „Nordelbingen“ (herausgegeben zusammen mit der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, der Architekten- und Ingenieurkammer Schleswig-Holstein, der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek, dem Landesamt für Denkmalpflege und dem Kunstverein Flensburg).

Vortrags- und Informationsveranstaltungen

Wie in der Vergangenheit fanden auch in den Wintermonaten des Jahres 2010 wieder Vortragsabende in der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek statt, die gemeinsam von Gesellschaft und Landesbibliothek veranstaltet wurden. Hans-Günther Andresen sprach über großstädtische Anfänge und Umbrüche in der südlichen Kieler Innenstadt, Nils Hinrichsen referierte über Benennungen nach Hindenburg in Schleswig-Holstein an drei

Beispielen aus Kaiserzeit, Weimarer Republik sowie NS-Zeit und Prof. Dr. Oliver Auge beschäftigte sich mit Mord, Gefangennahme, Erpressung als politischen Mitteln im schleswig-holsteinischen Mittelalter. Ein weiterer Vortrag von Prof. Auge galt der adeligen Selbstdarstellung am Beispiel der Rantzauschen Tafel auf Schloss Krengerup auf Fünen.

Zusammen mit dem Arbeitskreis für Wirtschafts- und Sozialgeschichte und dem Historischen Seminar der Kieler Universität veranstaltete die Gesellschaft am 16. Juni 2010 einen gut besuchten „Landesgeschichtlichen Abend“ für Studierende im Historischen Seminar der Kieler Universität, um das studentische Interesse an Landesgeschichte zu fördern. Dabei berichteten Prof. Auge, Prof. Kraack und Dr. Lorenzen-Schmidt über laufende und zukünftige Aktivitäten des landesgeschichtlichen Lehrstuhls, der Geschichtsgesellschaft sowie des Arbeitskreises und warben für beide Vereine.

Exkursionen

Im Frühjahr und Sommer veranstaltete die Gesellschaft wieder drei Tagesexkursionen zu geschichtlichen Stätten. Die erste Fahrt ging unter der Leitung von Prof. Kraack und Jörg Memmer nach Bornhöved und Bordesholm, die zweite Exkursion, geleitet von Prof. Kraack, führte nach Flensburg und widmete sich der Blütezeit der Stadt um 1600. Die dritte Fahrt unter der Leitung von Prof. Kraack und Jörg Memmer ging nach Ripen/Ribe.

Alle Vorträge und Exkursionen waren gut besucht. Wir danken den Referenten und Exkursionsleitern ganz herzlich dafür, dass sie Mitgliedern und Gästen schleswig-holsteinische Geschichte in anschaulicher Weise nahe gebracht haben.

Einsatz für die Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek

Das Fortbestehen der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek war im Zuge der Sparpolitik der Landesregierung zeitweise in Frage gestellt. Dieses Thema wurde nicht nur auf Sitzungen des Vorstands und des Beirats erörtert, sondern auch auf der Mitgliederversammlung. Darüber hinaus fand am 23. November 2010 dazu eine Sitzung des Kultusministeriums in Kiel mit beigeladenen Experten statt. Zu den Geladenen gehörte auch die Geschichtsgesellschaft, als deren Vertreter Dr. Hans-F. Rothert an der Sitzung teilnahm und sich für die Landesbibliothek einsetzte.

Spenden an die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte

Die Arbeit der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte wurde auch 2010 durch Spenden und Zuschüsse unterstützt. Besonders hervorzuheben sind Zuwendungen der Brunswiker Stiftung, die den Preis der

Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte und die Kosten der Mitgliederversammlung, in deren Rahmen der Preis verliehen wurde, finanzierte, sowie der Sparkassenstiftung Schleswig-Holstein, die den Druck der „Kleinen Schleswig-Holsteinischen Bankgeschichte“ bezahlte.

Wir bedanken uns ganz herzlich für alle diese Zuwendungen, ohne die unsere Arbeit nicht geleistet werden könnte!

Jörg-Dietrich Kamischke
– Vorsitzender–

Dr. Elke Imberger
– Schriftführerin –

Bericht des Rechnungsführers

Jahreskassenbericht
Abrechnung für das Geschäftsjahr 2010
(01.01.–31.12.2010)

I. Einnahmen / Ausgabenrechnung

Einnahmen		Ausgaben	
1. Beiträge	37.014,72 €	1. Personalkosten	10.218,00 €
2. Spenden	0,00 €	2. Geschäftskosten	4.219,68 €
3. Brunswiker Stiftung	4.000,00 €	3. Vers./Beiträge	131,56 €
4. Quellen und Forsch.	0,00 €	4. Mitteilungen	8.460,92 €
5. Sonstige Einnahmen	2.644,74 €	5. Zeitschrift	10.439,32 €
6. Schriftenverkauf	4.850,34 €	6. Nordelbingen	3.000,00 €
7. Bankzinsen	657,37 €	7. Quellen u. Forschungen	0,00 €
8. Exkurs./Veranstaltungen	1.661,18 €	8. Bankgebühren	438,16 €
9. Einzelveröffentlichung „Kleine Bankengeschichte“	5.000,00 €	9. Veranstaltungen/Vorträge	2.549,40 €
10. Überschuss	3.288,90 €	10. Sonstige Kosten	3.000,00 €
		10.1 AK für Wirtschafts- u. Sozi.	2.500,00 €
		11. Geschichte Schl.-Holst.	0,00 €
		12. Einzelveröffentlichung „Kleine Bankengeschichte“	5.000,00 €
		13. Portokosten f. Zeitschr. u. Mitteilungen	6.160,21 €
		14. Preisgeld 2010	3.000,00 €
	59.117,25 €		59.117,25 €

II. Entwicklung der Konten

	Anfangsbestand 1. Januar 2010	Zu-/Abgang	Endbestand 31. Dezember 2010
1. Förde Sparkasse	3.707,30 €	-358,26 €	3.349,04 €
2. Förde Sparkasse S-Kapitalkto	49.681,30 €	-3.362,59 €	46.318,71 €
3. SYDBANK	4.543,95 €	431,95 €	4.975,90 €
	57.932,55 €	-3.288,90 €	54.643,65 €

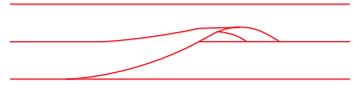
III. Sonstige Konten

Darüber hinaus führte die Gesellschaft per 31.12.2010 das nachstehend aufgeführte Konto mit folgendem Saldo:

1. Arbeitskreis Wirtschaft und Sozialgeschichte	2.331,73 €
---	------------

Haushaltsvoranschlag für das Geschäftsjahr 2011 (01.01. - 31.12.2011)

Einnahmen		Ausgaben	
1. Beiträge	36.000,00 €	1. Personalkosten	10.000,00 €
2. Spenden	3.000,00 €	2. Geschäftskosten	5.000,00 €
3. Quellen und Forsch.		3. Vers./Beiträge	200,00 €
4. Sonstige Einnahmen		4. Mitteilungen	9.000,00 €
5. Schriftenverkauf	1.456,18 €	5. Zeitschrift	11.500,00 €
6. Bankzinsen	500,00 €	6. Nordelbingen	3.000,00 €
7. Exkurs./Veranstaltungen	2.000,00 €	7. Quellen u. Forschungen	4.500,00 €
8. Entnahme aus Rücklagen	26.743,82 €	8. Bankgebühren	500,00 €
		9. Veranstaltungen/Vorträge	3.000,00 €
		10. Sonstige Kosten	2.500,00 €
		10.1 AK für Wirtschafts- u. Sozial	2.500,00 €
		11. Geschichte Schl.-Holst.	9.000,00 €
		12. Portokosten f. Zeitschr. u. Mitteilungen	6.000,00 €
		13. Preis der Geschichts- gesellschaft 2011	3.000,00 €
	69.700,00 €		69.700,00 €



GESELLSCHAFT FÜR
SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE
GESCHICHTE

**Preis der Gesellschaft
für Schleswig-Holsteinische Geschichte
2012**

1. Die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte lobt für das Jahr 2012 erneut einen Preis aus.
Die Auszeichnung trägt den Namen „Preis der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte“ und ist mit 3000 Euro dotiert.
2. Die Gesellschaft will mit dieser Auszeichnung eine besondere Leistung auf dem Gebiet der Erforschung der schleswig-holsteinischen Geschichte oder ihrer Vermittlung würdigen.
3. Der Preis kann an Personen, an Gruppen oder für Projekte vergeben werden.
4. Über die Preisvergabe entscheidet der Vorstand der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte.
Wenn mehrere Bewerbungen preiswürdig sind, kann der Preis geteilt werden.
5. Der Vorsitzende der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte überreicht den Preis in einer öffentlichen Veranstaltung.
6. Bewerbungen und Vorschläge werden bis zum 31. März 2012 an die Schriftführerin der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte erbeten:
Dr. Elke Imberger, Adam-Olearius-Weg 8, 24837 Schleswig, Tel. (0 46 21) 86 18 43 oder (0 46 21) 97 78 33, e-mail: Elke.Imberger@t-online.de

Kiel, 14. März 2011

Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte

Jörg-Dietrich Kamischke
Vorsitzender

Die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte gedenkt ihrer im Jahr 2010 verstorbenen Mitglieder

Dr. Ingeborg Bichel, Kiel
 Hans-Uwe Bittmann, Schleswig
 Jürgen Drümmer, Gettorf
 Prof. Dr. Klaus Friedland, Kitzberg
 Dr. Gerhard Kowalzig, Molfsee
 Dr. Horst Ralf, Flensburg
 Wulf Rauno, Heikendorf
 Björn Svensson, Haderslev
 Ludwig Undütsch, Bad Bayersoien
 Theodor Walter, Lübeck
 Horst Weiß, Schwentinental
 Jörg Wirth, Kaltenkirchen

Neue Mitglieder 2010/11

(soweit in den Mitteilungen 78 noch nicht veröffentlicht)

Die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte
begrüßt ihre neuen Mitglieder

Prof. Dr. Gerd Bockwoldt, Eutin; Dr. Horst Broers, Kiel; Prof. Dr. Martin Brunkhorst, Schleswig; Ingo Buchholz, Büsum; Eitel-Friedrich Ebert, Lentförden; Jan Henrik Ehrhardt, Kiel; Sirtha-Mareike Fries, Quakenbrück; Melanie Greinert, Kiel; Ulrike und Prof. Cordt-Wilhelm Hegerfeldt, Neuss; Familie Ellen Heuer, Itzehoe; Dennis Hormuth, Kiel; Dr. Daniel Ihonor, Kiel; Hans-Rudolf Jenßen, Eutin; Timm-H. Jessen, Fleckeby; John Niels Jurgons, Kiebitzreihe; Ulrich Kalscheuer, Süsel; Irene Leu, Kiel; Stefan Magnussen, Kiel; Renate Münzenmayer, Kiel; Franziska Nehring, Kiel; Friedrich-Wilhelm Obersteller, Bad Bramstedt; Albert Oelker, Itzehoe; Thilo Ernst Pries, Kiel; Peter Reimer, Schönberg; Dr. Sigmar-Jürgen Samwer, Köln; Peter Schiller, Kisdorf; Annette Schlapkohl, Tornesch; Hubert und Monika Schröter, Ammersbek; Jelena Steigerwald, Kiel; Dr. Erich Thiesen, Büdelsdorf; Jutta Wehrend-Schulz, Plön; Horst Weiß, Schwentinental.

Autorenverzeichnis

Dr. Peter Danker-Carstensen, Amberg 13, 18055 Rostock
Bettina Dioum, Landesarchiv Schleswig-Holstein, Prinzenpalais, 24837
Schleswig
Burkhard von Hennigs, Timm-Kröger-Weg 3, 23843 Bad Oldesloe
Katja Hillebrand, Historisches Seminar der Christian-Albrechts-Universi-
tät, Olshausenstr. 40, 24098 Kiel
Dr. Elke Imberger, Adam-Olearius-Weg 8, 24837 Schleswig
Prof. Dr. Detlev Kraack, Seestr. 1, 24306 Plön
Marina Loer, Historisches Seminar der Christian-Albrechts-Universität,
Olshausenstr. 40, 24098 Kiel
Dr. Klaus-J. Lorenzen-Schmidt, Staatsarchiv, Kattunbleiche 19, 22041
Hamburg
Frank Lubowitz, Claedenstr. 9, 24943 Flensburg

Bildquellen

Max Stehn, Elmshorn, um 1930, S. 3, 13
Peter Danker Carstensen, S. 14
Historisches Seminar, S. 21, 22, 23, 89
LASH Abt. 399.185 Nr. 32, S. 25
Dagmar Rösner, SHHB, S. 28
Förderverein Jersbeker Park e.V., S. 30, 33
Staatsarchiv Hamburg, S. 37

